PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 20. April 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

22. April 1976 Jg. 4 Nr. 16 50 Pfennig

Ein „Aufschwung" der Ausbeuterwirtschaft

Der Aufschwung habe begonnen, und die Krise sei überwunden, erklären einstimmig Bundesregierung und Wirtschaftsinstitute der Bourgeoisie. Bundeskanzler Schmidt erklärt, das sei „das Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit. Die Deutschen können sicher sein, daß die Arbeit so weitergeht. Die ganze Welt fühlt sich ja dessen sicher. Ich habe die Weltkreditmärkte als Kronzeugen!" (Der Spiegel, Nr. 16/1976)

In der Tat, auf den Weltkreditmärkten hat das westdeutsche Finanzkapital ganze Länder zum Schuldner gemacht. Die Mittel dazu hat das Finanzkapital aus der gesteigerten Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse gezogen – das ist es, was der Kanzler „gemeinsame Arbeit" nennt.

Die Automobilkapitalisten melden eine stolze Produktionssteigerung von über 40 Prozent in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Die Industrieproduktion insgesamt steigt um etwa 6 Prozent. Und die Zahl der Beschäftigten in der Industrie hat um 6 Prozent abgenommen (letzte verfügbare Zahl Dezember 1975 gegenüber Dezember 1974). 6 Prozent weniger Lohnabhängige produzieren also 6 Prozent mehr; im Durchschnitt hat also jeder einzelne 12 Prozent mehr produziert. Das sind Durchschnittszahlen. Bei VW ist es z.B. so, daß eine um 15 000 verringerte Belegschaft 40 Prozent mehr produziert.

Die Kehrseite dieser maßlos gesteigerten Ausbeutung ist die kaum verringerte Zahl von über einer Million Arbeitslosen. Hier sind sich die Bourgeoisie, die Regierung und die Wirtschaftsprofessoren genauso einig wie über den Aufschwung: Die Arbeitslosigkeit wird kaum abnehmen und übers Jahr auf dem Stand von ungefähr einer Million bleiben. Die Kapitalistenklasse strebt zielstrebig auf einen Wirtschaftsboom – ohne die Beschäftigtenzahl zu erhöhen, durch maßlose Erhöhung der Mehrarbeit für die Beschäftigten bei gleichzeitiger Senkung der Löhne.

Schon jetzt sind die Löhne für die Mehrzahl der Arbeiter real gesenkt worden. Und der vermehrte Verschleiß der Arbeitskraft drückt sich aus in der Senkung des durchschnittlichen Renteneintritts auf 61 Jahre und in der Verkürzung der durchschnittlichen Lebenserwartung, die für Arbeiter, die mit 60 in Rente gehen, um 6 Jahre geringer ist als für den Gesamtdurchschnitt der Sechzigjährigen (siehe KVZ Nr. 14, Seite 15).

So sieht der Aufschwung auf der einen Seite aus. Auf der anderen Seite, dort wo der Aufschwung stattfindet, heißt es kurz und bündig: „Die Unternehmensgewinne müssen steigen, damit wir endlich den Schub kriegen, der uns zu dem lang beschworenen Boom verhilft." (Schmücker im „Spiegel"-Interview, 19. April)

Und sie sind schon gestiegen, die „Unternehmensgewinne". Während es 9 195 Bankrotte gab, konnten 1975 in einigen Branchen die Großkonzerne ihre Profite beträchtlich steigern, so vor allem die Automobilindustrie um 40 Prozent.

Bei Daimler-Benz lief das laut „Spiegel" letzter Woche so: „Ohne zusätzliches Personal zu heuern, gewann Daimler-Benz 1975 fast 4 Milliarden Umsatz dazu. Folge: Der von jedem Daimler-Werker im Schnitt erwirtschaftete Firmenumsatz stieg allein im vergangenen Jahr von 110 000 auf 134 000 DM." Im gleichen „Spiegel" Nr. 17 erfahren wir über die Ausbeutung bei BMW: „Die Arbeitsproduktivität wurde um 27,7 Prozent hochgedrückt." Und bei Ford: „Ford-Chef Lutz ... will trotz des Autobooms ‚den niedrigen Beschäftigungsstand möglichst lange halten'."

Das ist die Ausbeuterstrategie, die sie alle einschlagen wollen, und aufgrund dieser Ausbeutungsstrategie sollen die Gewinne 1976 in allen Branchen gewaltig steigen. Die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung hat die Gewinnaussichten von 140 Großunternehmen, die 42 Prozent des Industrieumsatzes auf sich vereinen und 80 Prozent des börsennotierten Aktienkapitals konzentrieren, für 1976 untersucht. Nach Branchen kommt sie dabei zu folgendem Ergebnis:

Geplante Steigerung der Profite für 1976

Chemie plus 35 %,
Elektro plus 33 %,
Energieversorgung plus 25 bis 30 %,
Maschinenbau plus 20 %,
Bau plus 25 %,
Kaufhäuser plus 17 %,
Reifenindustrie plus 80 %,
Papierindustrie plus 50 %,
Stahl plus 100 %. (Nach: Handelsblatt, 25. März)

Riesengewinne haben in den letzten beiden Jahren die Großbanken gemacht. Die Commerzbank hat 1975 ihren Profit um ein Drittel erhöht, nachdem sie im Jahr zuvor den Gewinn schon einmal um 50 Prozent erhöht hatte. (Handelsblatt, 1. April) Die Dresdner Bank erhöhte ihre Profite um 35 Prozent und erhöhte die Dividenden und Ausschüttungen an die Aktionäre. Ein Viertel des Ertrags hatte sie aus dem Auslandsgeschäft. Die Banken sind Vorreiter für die Eroberung der Weltmärkte und den Kapitalexport. Sie sind Organe der Zentralisation des Kapitals zum imperialistischen Finanzkapital.

Nur etwa ein Drittel des Kapitals der Industrieunternehmen ist Eigenkapital, der Rest von zwei Dritteln des in der Industrie fungierenden Kapitals ist Fremdkapital, Kredite der Banken, die dafür Zinsen erhalten. (Handelsblatt, 8. April) Diese Zinsen sind Teil des Profits, der aus der Ausbeutung der Lohnarbeit gepreßt wird. An der Höhe des „Fremdkapitals" kann man den Grad der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital erkennen. Diese Verschmelzung ist noch weiter fortgeschritten als es das Fremdkapital selbst zeigt, weil die Großbanken selbst noch einen Großteil des Aktienkapitals selbst besitzen.

Boom der Ausbeutung

Das Finanzkapital geht auf einen Boom ohne Abbau der Arbeitslosigkeit, durch Steigerung der Arbeitsintensität, der Ausbeutung, und bei nur geringer Erweiterung der Produktion. „Die Produktion werde bei der Mehrzahl der Industriezweige geringer wachsen als die Produktivität, in einigen sogar stagnieren. Daher werde die Beschäftigungszahl in der Industrie merklich abnehmen, in den Dienstleistungsbetrieben nur noch abgeschwächt zunehmen!" Das erklärte ein Vertreter der Prognos AG, eines der kapitalistischen Wirtschaftsforschungsinstitute, auf der Bundeskonferenz der IG Chemie in Berlin. (Handelsblatt, 2. April)

Das ist ein deutliches Eingeständnis der Fäulnis des Imperialismus in seiner gegenwärtigen imperialistischen Phase – nur die Ausbeutung trauen die Kapitalisten sich noch zu steigern zu können, die Produktion aber wird weiter stagnieren. Die Profite sollen wachsen, und die Zunahme des gesellschaftlichen Elends, der Armut der Massen soll gewaltig gesteigert werden.

Dieser Fäulnis entspricht die wachsende Bedeutung des Kapitalexports. Die ausgepreßten Profite können nicht mehr produktiv angelegt werden, sondern werden als Kapital exportiert zur Ausbeutung, Ausraubung und Unterdrückung fremder Völker und zur Ausbootung der Konkurrenz. So wuchs im Jahr der Krise 1975 der Kapitalexport von 4,5 Milliarden DM 1974 auf 5,2 Milliarden DM (um 15 Prozent). Ein beträchtlicher Teil des Kapitalexports dient dazu, in die imperialistischen Konkurrenzländer hinein zu expandieren, um im Herzen der imperialistischen Konkurrenzländer Ausbeutungsstützpunkte aufzubauen. So gingen die meisten westdeutschen Kapitalexporte, nämlich 748 Millionen DM, in die USA und überflügelten damit die US-Investitionen in der BRD, die 1975 623 Millionen DM betrugen. Nach Großbritannien betrug der westdeutsche Kapitalexport 616 Millionen DM, Belgien/Luxemburg 537 Millionen DM, Frankreich 432 Millionen DM, Schweiz 410 Millionen DM, Kanada 255 Millionen DM, Niederlande 148 Millionen DM, Österreich 116 Millionen DM.

Nach Brasilien gingen 450 Millionen DM, nach Spanien 221 Millionen DM, Algerien 119 und nach Südafrika 119 Millionen. Insgesamt gingen 28,4 Prozent in Entwicklungsländer. (Handelsblatt 8. April)

Fortsetzung und Ausweitung der Offensive des Finanzkapitals auf dem Weltmarkt

Für die Elektroindustrie ließ der Vorstandsvorsitzende Plettner von der Siemens AG raus, wie diese Entwicklung weiter betrieben werden soll: „Sie wird ihre Stellung unter den führenden Ländern nur bei einem weiteren Ausbau ihres Auslandsgeschäfts behaupten können." „Mehr Auslandsgeschäft setzt natürlich auch mehr Auslandsinvestitionen voraus." Und weiter: „Bei einem Auslastungsgrad von 75 Prozent ist es schwer vorstellbar, daß die Elektroindustrie in den nächsten Jahren neue Arbeitsplätze schaffen könnte. (...) Die Konjunkturbelebung wird zunächst kaum zu einer Neueinstellung von Arbeitnehmern führen, davon sollte man sich jedoch nicht allzusehr beeindrucken lassen." Siemens habe „den Ehrgeiz, auf verschiedenen Gebieten noch an Marktanteilen zu ge-

Fortsetzung Seite 2



Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime geht voran. Das rhodesische Regime mußte jetzt die wichtigste Verbindungsstraße nach Südafrika sperren, nachdem die bewaffneten Kräfte der ZANU ihre Aktionen erstmals bis in den äußersten Süden von Zimbabwe vorgetragen haben. Dabei wurden drei Rhodesier getötet. Das Bild zeigt Afrikanerinnen aus Zimbabwe bei der militärischen Ausbildung durch die ZAPLA, die Befreiungsarmee der ZANU, der Befreiungsfront des Volkes von Zimbabwe.



Auf die Provokation des Marsches der Zionisten für die definitive Annexion des westjordanischen Teils von Palästina antworteten die arabischen Massen mit großen Protestaufmärschen, die brutal von den israelischen Besatzungstruppen angegriffen wurden. (Siehe Seite 14)

„Internationalisierung"

In der gegenwärtigen Welt sind alle Widersprüche in einzelnen Ländern, die inneren Klassenkämpfe, überschattet von den Einmischungsversuchen der imperialistischen Mächte und insbesondere durch die Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft. Ein Beispiel dafür ist der Libanon, in dem sich die arabischen Massen gegen eine schmale, christliche Oberschicht erhoben haben, die das Land seit Jahren ausbeutet und unterdrückt. Hinter dieser christlichen Oberschicht steht der westliche Imperialismus, insbesondere der US-Imperialismus. Schon einmal ist die US-Militärmacht in den Libanon eingedrungen, um die Macht dieser Clique zu erhalten und Libanon als neben Israel wichtigsten Brückenkopf in der arabischen Welt zu verteidigen. Heute zieht der US-Imperialismus vor der libanesischen Küste seine Trägerflotte zusammen und im Land selber treibt ein Sonderbotschafter der USA sein Unwesen, der sich bereits als Hintermann bei der Zerschlagung der palästinensischen Befreiungsorganisationen in Jordanien üble Berühmtheit erworben hat.

Die Sowjetunion versucht sich der anderen Seite aufzudrängen und sich direkt und über verschiedene Mittelsmänner massiv in die Auseinandersetzung im Libanon einzuschalten. Die kleineren imperialistischen Mächte läßt das Treiben der beiden Supermächte nicht ruhen. Frankreich hatte ebenfalls einen Sonderbotschafter in den Libanon geschickt, der bei seiner vorübergehenden Abreise nach Frankreich auch gleich mitteilte, daß sein Land gerne bereit wäre, mit eigenen Truppen an einer „Befriedungsaktion" im Libanon teilzunehmen. Damit die französische Bourgeoisie ihr Anteil Blut lecken und ein Stück an der Beute ergattern kann.

Wenn die imperialistische Einmischung weit genug gediehen ist, wird der Fall im allgemeinen reif dafür, von den imperialistischen Mächten vor dem Sicherheitsrat verhackstückt zu werden. Dort stecken dann die imperialistischen Mächte, allen voran die beiden Supermächte, diplomatisch ihre Interessen ab, die sie vor Ort durch Intrigen, Waffenhandel, verdeckte und offene Intervention austragen. Die herrschende Clique im Libanon hat den Sicherheitsrat bereits in Spiel gebracht. Sie konnte damit nicht durchkommen, weil sich Syrien wie auch die Moslemsprecher dagegen gewandt haben. Auch im jüngsten Abkommen Assads und Arafats wird jeder Versuch, „die Libanon-Krise zu internationalisieren" zurückgewiesen. Tatsächlich haben die imperialistischen Mächte und allen voran die beiden Supermächte gerade das im Sinn: „Internationalisierung" heißt für sie einfach offizielle Anerkennung ihrer Einmischung. Der Klassenkampf im Libanon zeigt erneut, daß die revolutionären Volkksmassen, die sich zum Kampf für ihre Befreiung erheben, heute überall sich zuallererst gegen jede imperialistische Einmischung erheben müssen.

Der Sicherheitsrat als eines der Instrumente imperialistischer Einmischung wird nächstens aller Voraussicht nach durch einen neuen Bewerber im Kampf um die Neuaufteilung der Welt bereichert werden: den BRD-Imperialismus. Das paßt ausgezeichnet in die Pläne der Bundesrepublik, die ökonomische Expansion immer deutlicher mit dem Auftreten als mögliche Interventionsmacht zu verbinden. Mit dem Eintritt in den Sicherheitsrat werden diese Bestrebungen sozusagen salonfähig. Genscher sagt das so: Nach seiner Auffassung bedeute die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat mehr weltpolitische Mitverantwortung und verstärkte Mitsprache. Er unterstrich, daß sich Bonn des gestiegenen außenpolitischen Gewichts bewußt sei.

Ein „Aufschwung" der Ausbeuterwirtschaft

Fortsetzung

winnen. (...) Die Investitionsquote (in der BRD) werde eher zurückgehen. (...) Wir werden aber unvermindert unsere Rationalisierungs- und Auslandsinvestitionen fortsetzen", schloß Plettner. (Handelsblatt, 15. April)

Was Plettner hier für den Siemens-Konzern sagt, ist die Eroberungs- und Ausbeutungsstrategie des Finanzkapitals insgesamt: Erhöhung der Ausbeutung durch Rationalisierungsinvestitionen und unter Ausnutzung der wachsenden Reservearmee von Arbeitslosen, Ausweitung des Exportanteils und Verwendung der Profite für Kapitalexporte, um die Offensive gegen die imperialistische Konkurrenz und zur Ausbeutung fremder Völker fortzusetzen und auszudehnen.

Bei der Chemieindustrie, wo die Tarifabschlüsse noch anstehen, sind die Äußerungen noch nicht so offen. In den bürgerlichen Wirtschaftszeitungen überwiegen die „schlechten Zahlen vom letzten Jahr".

Bei den Auslandsinvestitionen lag die hochzentralisierte Chemieindustrie jedoch weiter an der Spitze. Von dem Gesamtstand der Auslandsinvestitionen seit 1951 von 42 Milliarden DM fallen allein 8 Milliarden DM an die Chemieindustrie, und das heißt im wesentlichen auf die drei Großkonzerne. Als höchstzentralisierte Branche sind die Profite in der Chemieindustrie insgesamt am höchsten, wobei die drei Giganten BASF, Bayer und Höchst 9,1 Prozent Gewinn vom Umsatz machen, gegenüber 3,4 Prozent der übrigen Chemieindustrie. (Handelsblatt, 1. April)

Die BASF sucht jetzt einen Standort für ein neues Werk an der Nordsee, nachdem sie schon in Antwerpen „beträchtliche Investitionen" getätigt hat, wie das „Handelsblatt" am 2. April berichtete.

Der VW-Konzern will nun endgültig beschließen, sein weltweites Imperium durch ein Werk in den USA auszubauen.

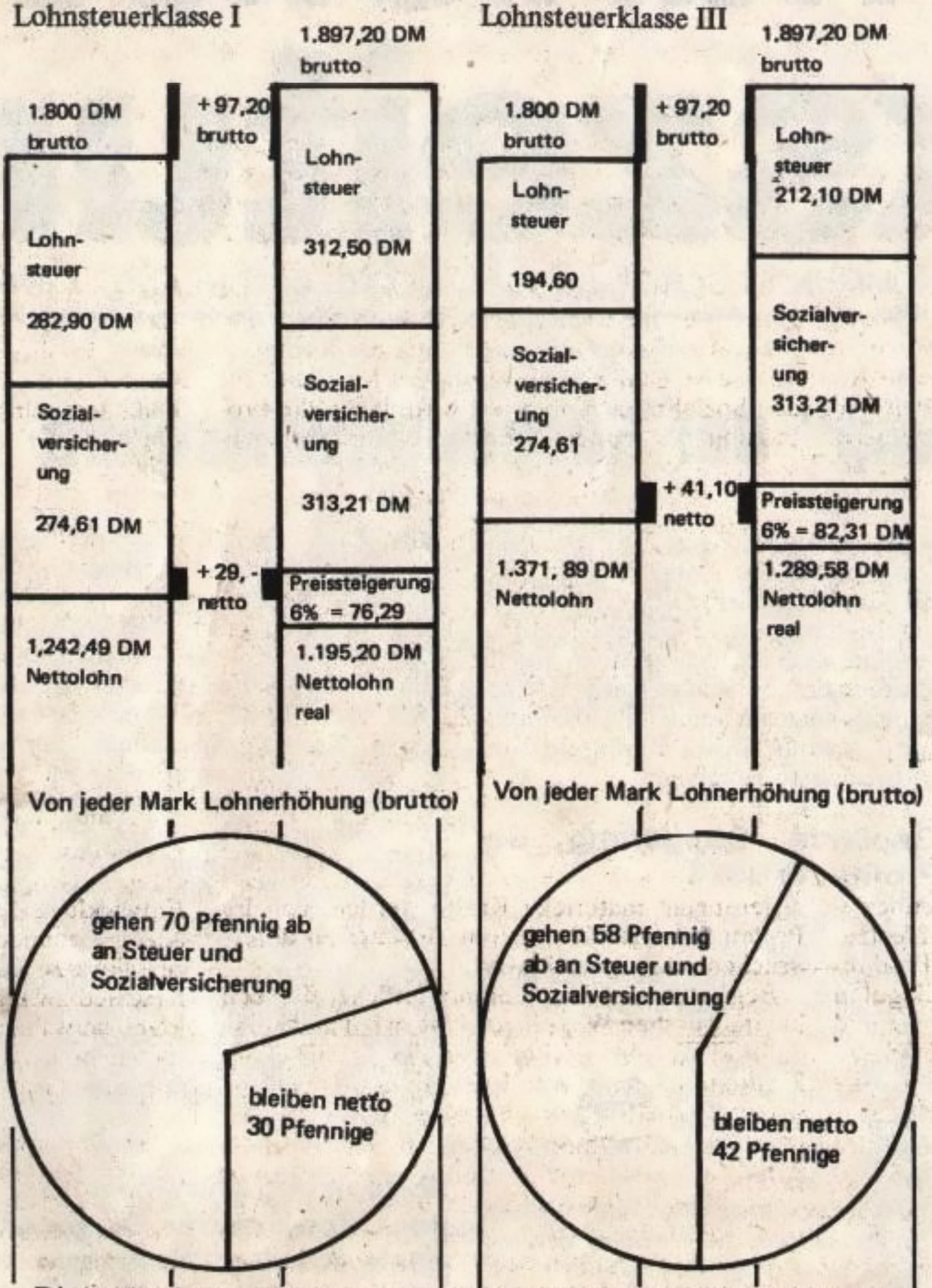
Das sind nur Beispiele, die verdeutlichen, was die statistischen Zahlen über den Kapitalexport bedeuten.

In seiner letzten Ausgabe hat nun auch der „Spiegel" bemerkt, daß die Ausbeutung enorm zugenommen hat. „In den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres sackten die Lohnstückkosten ... deutlich unter den Vorjahresstand." Und in einem Interview mit VW-Chef Schmücker fragt der „Spiegel" besorgt:

„Die Mehrzahl der Arbeitnehmer wird in diesem Jahr real weniger verdienen als 1975, zugleich aber feststellen, daß die Firmenleitung der Automobilindustrie ihnen Sonderschichten abverlangt und ganz offensichtlich klotzig verdient. Muß es da nicht irgendwann im Verlauf des Jahres nach dem Vorbild der wilden Streiks im Herbst 1973 zu Unruhen in den Betrieben kommen?" Schmücker gab darauf die Antwort, daß es „für die Arbeitnehmer sicherlich nicht leicht zu verkraften sei, daß ihre realen Einkommen in diesem Jahr nicht wachsen". Aber übereinstimmend mit der Bundesregierung müsse er feststellen: „Die Unternehmensgewinne müssen steigen." Und der „Spiegel" selbst gibt die Antwort. Die Gefahr von Streiks „ließ die Bosse kühl: Die hohe Arbeitslosenzahl, so ihre Rechnung, werde die Gewerkschaften daran hindern, einen aggressiven Lohnkampf zu riskieren. Überdies scheuten die Funktionäre im Wahljahr 1976 schon den regierenden Sozialdemokraten zuliebe vor allzuviel Militanz in den Betrieben zurück." (Alle Zitate: Spiegel Nr. 17/1976)

Natürlich verschweigt der „Spiegel", daß der Widerstand gegen die Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben nicht abgebrochen ist, worüber man sich in der Kommunistischen Volkszeitung informieren kann. Das Verschweigen gehört zur Strategie der Bourgeoisie gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Relativ klar aber kommt aus den Äußerungen des „Spiegel" heraus, worauf die Bourgeoisie setzt.

5,4 % Abschlüsse – realer Lohnabbau



Die beiden Beispiele zeigen an einem Lohn von 1800 brutto, für die Steuerklasse I (unverheiratet) und III (verheiratet) das Ergebnis einer 5,4 %-Lohnerhöhung bei 6 % Preissteigerung. Von 97,20 Brutto-Lohnerhöhung bleiben nach Abzug der progressiv steigenden Lohnsteuer und der erhöhten Sozialabgaben im ersten Fall 29 DM netto, im zweiten Fall 41,10 DM netto Lohnerhöhung. Die Preissteigerung macht aber soviel aus wie 76 DM bzw. 82 DM, so daß der Reallohn im ersten Fall um 47 DM, im zweiten Fall um 41 DM niedriger ist. Um soviel kann man wertmäßig weniger für den Lohn einkaufen, auch wenn der Zahl nach ein paar Mark mehr ausbezahlt werden. Der bürgerliche Staat indessen sackt von jeder Mark Brutto-Lohnerhöhung im ersten Fall 70 Pfennig, im zweiten Fall 58 Pfennig ein. Die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat wächst schneller als die Inflation.

Vermehrung der Ministerialbeamten

Um mehr als 600 Prozent ist in einigen Bundesländern seit 1955 die Zahl der Ministerialräte, Ministerialdirigenten und Ministerialdirektoren vermehrt worden. In Niedersachen von 35 Ministerialräten 1955 auf 279 heute. In Nordrhein-Westfalen von 89 auf 627, in Bayern von 83 auf 479.

Die bürgerliche Klasse braucht den Staat gegen das Volk, um ihr Eigentum zu schützen und damit die Ausbeutung der arbeitenden Massen. Sie muß hohe Bestechungssummen an ihre Funktionäre zahlen, um Leute zu bekommen, die ihre Sache gegen das Volk bedingungslos vertreten. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. April)

Teure Oberaufseher der Profitmacherei

Um 23 Prozent waren 1974 die ausgewiesenen Gewinne industrieller Aktiengesellschaften in Westdeutschland zurückgegangen. Gleichzeitig sind die Bezüge für Vorstandsmitglieder in der Industrie um 5,7 Prozent erhöht worden, im Durchschnitt aller Kapitalgesellschaften sogar um 7,4 Prozent. Die Vorstandspensionen wurden um 13,5 bzw. 14,5 Prozent heraufgesetzt. Um sich von diesen Prozentangaben das rechte Bild machen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß ein Vorstandsmitglied bei Daimler 642 180 DM im Jahr bekommen hat. Eine Erhöhung um 5,7 Prozent macht da 36 604 DM aus oder den Jahreslohn zweier Arbeiter. Die durchschnittlichen Bezüge der insgesamt 2 412 Vorstandsmitglieder in westdeutschen Aktiengesellschaften lagen 1974 bei 221 680 DM. Das macht 534,7 Millionen DM für alle zusammen. Für Aufsichtsratsbezüge mußten die westdeutschen Arbeiter noch einmal 905,1 Millionen DM erarbeiten. Und damit waren gerade die obersten Aufseher der kapitalistischen Profitmacherei bezahlt. In der Statistik werden sie mit unter „Lohn- und Gehaltskosten" aufgeführt und bei jeder Lohnverhandlung den Arbeitern als drückende Lohnkosten entgegengehalten. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 15. April)

Plakatbeschlagnahmungen, Hausdurchsuchung, Festnahmen:

Oberbürgermeisterwahlen am 9. Mai in Heidelberg

Am Donnerstag, dem 15. April, hat das Heidelberger Amtsgericht eine Beschlagnahmeordnung gegen ein Wahlplakat des KBW verfügt. Begründung: Es beleidige den Oberbürgermeister Heidelbergs, Reinhold Zundel (SPD). Noch in der Nacht zum Freitag wurden mehrere Plakatkleber in Eppelheim, einem Vorort Heidelbergs, von Polizei festgenommen, ihr Wagen beschlagnahmt und ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl zwei Wohnungen durchsucht.

Bereits im Januar, kurz nachdem die Kandidatur von Helga Rosenbaum, KBW-Mitglied im Heidelberger Gemeinderat zu den Oberbürgermeisterwahlen bekanntgegeben wurde, hat Zundel die Staatsanwaltschaft gegen die Kandidatur des KBW in Bewegung gesetzt: Gegen Helga Rosenbaum hat er Anzeige erstattet wegen Beleidigung durch den Wahlaufruf des KBW. Nachdem in der ganzen Stadt ein Plakat aufgetaucht war, das mit Zundels Unterschrift diese Anzeige und ihre Begründung bekanntgemacht hat, ließ er das Büro des KBW von Polizei überfallen und durchsuchen sowie die Druckerei, die die KVZ herstellt, weil dieses Plakat eine Fälschung gewesen sei.

Zundel ist der Kandidat der Reichen und der Geldsäcke. Er vertritt die Interessen der Banken und Kaufhauskonzerne, die sich an seiner Altstadtsanierung gesundstoßen. Er gilt unter seinesgleichen als „mutiger Vorkämpfer gegen den Radikalismus".

Er ist oberster Chef der Verwaltung in der Stadt und er ist oberster Chef der Polizei. Diese in der Gemeindeordnung festgelegte Personalunion ist nötig. So läßt sich bei jeder Fahrpreiserhöhung, bei jedem Hausabriß wegen der Altstadtsanierung auch gleich der passende Polizeieinsatz planen.

Seit seiner Amerikareise 1973 ist Reinhold Zundel auch noch Ehrensheriff von Dallas, Texas. Seine Autorität beruht zwar nicht auf dem Colt, sondern auf dem Polizeiknüppel, sie ist aber genauso schnell angekratzt. „Dem Volk den Gürtel enger schnallen – Knüppel frei!" – das wurde Zundel auf dem Plakat als Sprechblase in den Mund gelegt. Das hat ihn getroffen, weil es der schlichten Wahrheit entspricht. In der Anordnung heißt es, es sei eine Beleidigung für die Persönlichkeit des Reinhold Zundel, zu behaupten, er habe das Volk mittels Hiebwaffe zu erheblichen Verzichten genötigt. Genau dies aber hatte er bei der Beratung des letzten Haushalts im Gemeinderat fast wörtlich vertreten. Das enthüllt den wirklichen Charakter nicht nur eines Politikers vom Schlage Zundels, sondern des ganzen Staatsapparates: Gewährleistung von Ausbeutung und Ausplünderung in Interesse der Kapitalisten mittels nackter Gewalt. Es geht also nicht um die beleidigte Person, sondern um die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität.

Die folgende Tabelle zeigt Zundels besondere Leistungen vor allem in den letzten beiden Jahren:

Gebührenerhöhungen 1974, 1975 und für 1976 beschlossene:

1.1.74	Abwasser und Müll	20 %
	Strom und Fernheizung	etwa 7 %
1.4.74	Bestattungsgebühren	20 %
	Verbrennungsgebühren	15 %
	Reihengräber	100 %
1.4.74	Gaspreise	15 bis 27 %
	EintrittspreiseSchwimmbäder	
1.5.74	Säuglingskrippen, Krabbelstuben, Schulkinderhorte	etwa 12 %
1.7.74	Strom und Fernheizung	8 bis 10 %
1.7.74	Pflegesätze städt. Altersheime	etwa 12 %
1.1.75	Abwasser und Müll	15 %
	Städt. Kindertagesstätten	19 %
	Städt. Kindergärten	12 %
1.1.76	Abwasser	9,4%
	Müll	
	Jugendfreizeitstätten	
	Essensgeld in Schülerhorten usw.	
1.8.76	Säuglingskrippen, Krabbelstuben und Schulkinderhorte	
1976	Pflegesätze städt. Altersheime	
1976	Friedhofsgebühren	
1976	Abwasser und Müll	

Dazu kommen noch die Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßenbahn 1965, 1971, 1973 und 1975.

Das will er sich alles in den Wahlen bestätigen lassen als gerecht und im Interesse des Volkes. Bestätigt werden soll ihm seine Funktion als Garant für die Ausplünderung des Volkes und für die Geschäftemacherei der besitzenden Klasse.

Nicht nur bei diesen regelmäßig durchgeführten Erhöhungen der Straßenbahnpreise hat es geheißen „Knüppel frei!". Freiwillig tragen die Werktätigen keineswegs die ganze Last der Steuern und Abgaben. Dazu muß man sie schon „nötigen". Daß diese Nötigung in den letzten Jahren immer häufiger die Form offener Feldschlachten angenommen hat, liegt daran, daß es immer weniger werden, die darauf vertrauen, daß es im Vertrauen auf die bürgerlichen Politiker noch weitergehen kann. Alle Parteien im Rathaus haben die Politik dieses SPD-Oberbürgermeisters mit getragen und mit beschlossen. Beliebt gemacht haben sie sich dabei nicht. Deshalb gab es jetzt auch vor den Wahlen in jeder Partei und insbesondere in der SPD mehr oder weniger starke Tendenzen, sich von diesem Zundel abzusetzen.

Inzwischen hat eine „Bürgeraktion" die Wahlkampfführung Zundels übernommen. Ihre Führer sind Alois Link, CDU-Stadtrat, Kapitalist und Chef der Industrie- und Handelskammer, sowie Herbert Neumann, SPD-Vorstandsmitglied, Vorsitzender des Heidelberger DGB. Ein wahres Ei des Kolumbus: eine „überparteiliche" Bürgeraktion vereinigt die sonst in Wahlkämpfen so feindseligen Parteien und bringt gleichzeitig Seite an Seite die Führer der bedeutendsten politischen Verbände ins rechte Spiel: der Kapitalistenführer gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen Neumann, bekannt als offener Gegner der Arbeiter.

So stand also zunächst zur Wahl: Zundel als Kandidat der Heidelberger Allparteienregierung, Vertreter der Interessen des Finanzkapitals, und Helga Rosenbaum, die KBW-Stadträtin, als Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes.

Ein zu schroffer Gegensatz, als daß ihn die bürgerliche Klasse hätte aushalten können, ohne wenigstens den Versuch zu unternehmen, ihn abzustumpfen. Ein weiterer Kandidat mußte her, der gegen Zundel kandidiert, ohne gleich gegen das System zu kandidieren. Er wurde gefunden in der FDP und ist ein aufstrebender Ministerialdirigent aus dem Hause des Polizeiministers Maihofer. Bei seiner Aufstellung beim Kreisparteitag wurde festgestellt, daß er kandidieren müsse, um eine „weitere Radikalisierung der Bevölkerung zu vermeiden". So nebenbei hofft dieser Karrierist sich in dem Wahlkampf die Meriten zu verdienen, die ihm einen aussichtsreichen Kandidatenplatz bei den Bundestagswahlen zusichern. Zweimal ist er im Wahlkreis Bonn schon durchgefallen.

Der smarte Beamte, der sich gern bürgernah gibt und auf den Namen Menke-Glückert hört, zieht nicht so recht. „Menke-Glitschig" wurde er bei seinen Wahlveranstaltungen tituliert und „Reformzundel". Auf Fragen, wie er sich in bezug auf die Fahrpreiserhöhungen verhalten würde, antwortete er: „Jeder OB muß sehen, wie er zu ausgeglichenen Finanzen kommt, und wenn nötig werde er auch für eine Tariferhöhung eintreten. Ich kann da nicht anders handeln als der jetzige Amtsinhaber und auch keine Welt aus dem Hut zaubern." Tränengas wolle er nicht einsetzen, aber „bei einer Dauerbürgerkriegssituation kann man es auch nicht belassen".

Der Wahlschwindel kommt in Heidelberg nicht so recht in Gang. Die Selbständigkeit, die die Massen in den letzten Jahren gewonnen haben, ist nicht so leicht vom Tisch zu wischen. Deshalb kommt auch im Wahlkampf, der eigentlich den bürgerlichen Politikern die demokratische Legitimation für ihre volksfeindliche Politik verschaffen soll, der nackte Polizeiknüppel hervor.

Gegen die Polizeiüberfälle, die Beschlagnahmeaktionen und Festnahmen hat die Ortsgruppe des KBW für den kommenden Samstag zu einer Demonstration aufgerufen unter der Losung „Nieder mit Imperialismus und Reaktion – Es lebe der Sozialismus!" – (k., Heidelberg)

Rüstung der Supermächte

Nach Berechnungen einer Studie des amerikanischen Kongresses verwendet die Sowjetunion knapp 15 Prozent ihres Bruttosozialprodukts für die Rüstung. In den USA liegt nach denselben Angaben die Rüstungslast bei 6,7 Prozent, allerdings von einem wesentlich höheren Bruttosozialprodukt. Die Arbeiterklasse und die Völker in der Sowjetunion haben an der Kriegsvorbereitung besonders schwer zu tragen. Von den Militärausgaben im Warschauer Pakt betragen die der Sowjetunion 85 Prozent. Ihr Anteil am gesamten Bruttosozialprodukt des Warschauer Pakts macht nur 70 Prozent aus. Bei den USA sind die Zahlen 70 Prozent der Militärausgaben der NATO und 51 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Volksmassen in den USA und der Sowjetunion müssen teuer dafür zahlen, daß die Supermächte andere Länder und Völker in Abhängigkeit halten und unterdrücken. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. April)

US-Imperialismus schlägt Bank zur Ausplünderung der Dritten Welt vor

Die USA haben für die im Mai bevorstehende Welthandelskonferenz, auf der die Länder der Dritten Welt eine Bindung der Rohstoffpreise an die Preise der Industrieerzeugnisse fordern, einen Gegenvorschlag vorgelegt. Eine „Internationale Ressourcen-Bank" soll gebildet werden, die unter Leitung der Weltbank Projekte zur Ausbeutung der Rohstoffe in der Dritten Welt finanziert. In der Weltbank haben die westlichen imperialistischen Länder unter Führung der USA die Mehrheit. Für das Bankkapital von 1 Milliarde Dollar sollen je zur Hälfte die imperialistischen Länder und die ölproduzierenden Länder der Dritten Welt geradestehen. Die Bank soll ein Kreditvolumen von 10 Milliarden Dollar haben, die sie durch Anleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt beschafft. Als Sicherheitsgarantie soll die Verpfändung der zukünftigen Produktion dienen. Mit anderen Worten: die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt.

Volksrepublik China

Die Betriebsverfassung im Kampf zweier Linien

Nach der Niederschlagung der konterrevolutionären Machenschaften, die zu schweren Zwischenfällen auf dem Tien An Men Platz geführt hatten, nach der Absetzung Deng Hsiao Pings durch das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und der Berufung Hua Kuo Fengs zum Ministerpräsidenten und Stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees setzen die Massen in der ganzen Volksrepublik China die Kritik an der revisionistischen Linie Deng Hsiao Pings fort, um die Ergebnisse der Kulturrevolution zu festigen und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig werden Rekordergebnisse in der industriellen Produktion bekannt, die die chinesische Arbeiterklasse im ersten Viertel des laufenden Jahres bei der Erfüllung des neuen Fünfjahresplans erreicht hat. So haben die Industriearbeiter der Region Peking ein Rekordergebnis erzielt. 4000 technische Neuerungen, darunter 200 sehr wichtige, wurden in diesem Vierteljahr eingeführt. Mehr als 300 neue Produkte wurden hergestellt. Die Produktion von Motorpflügen und mechanischen Zugmaschinen sowie von Pumpen für die Landwirtschaft wurde beträchtlich gesteigert. Die Produktion von chemischen Fetten wurde um 18 % gesteigert und die Produktion von Benzin für den landwirtschaftlichen Gebrauch mehr als verdoppelt.

Das berühmte Eisenerzkombinat von Anschan hat ebenfalls ein Rekordergebnis erzielt. Aus vielen Landesteilen wird über ähnlich gute Ergebnisse berichtet. Überall wird die Studienbewegung weiterbelebt, um den Klassenkampf fortzusetzen, Revolution zu machen und die Produktion zu fördern. „Um die Waffe der Kritik gut in der Hand zu behalten, studieren die Kader und die Massen mit höherem Bewußtsein die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und des Vorsitzenden Mao, vor allem die Reihe jüngster wichtiger Weisungen des Vorsitzenden Mao. Viele Einheiten haben aufs Neue ihre Studienpläne ausgearbeitet, die Zeit für die Studien neu geordnet und den Inhalt erweitert", berichtet die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua aus Peking. Gleichzeitig schreibt die Pekinger Volkszeitung am 18. April: „Nach ihrem Scheitern werden sich die konterrevolutionären Kräfte unvermeidlich in einen verzweifelten Kampf stürzen und einen heftigen Gegenangriff organisieren. Die Verantwortlichen in der Partei vom Schlage Deng Hsiao Pings, die den kapitalistischen Weg eingeschlagen haben und keine Selbstkritik üben, sind die hohen Tiere der Bourgeoisie geworden und die Hauptkraft bei der Kraftprobe mit dem Proletariat, um den Kapitalismus in China zu restaurieren."

In der „Roten Fahne", der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei Chinas, kritisiert ein Artikel das Programm Deng Hsiao Pings. In diesem Artikel wird unter anderen Fragen auch untersucht, was das Programm Deng Hsiao Pings für die Verwaltung der Betriebe bedeutet. Diesen Abschnitt haben wir aus der französischen Ausgabe der Hsinhua vom 16. April ins Deutsche übersetzt:

„Der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Marxismus-Leninismus und der revisionistischen Theorie der Produktivkräfte beruht nicht in dem Problem, zu wissen, ob man die Produktion entwickeln muß oder nicht und ob man den Aufbau und die Wirtschaft voranbringen soll. Die Marxisten-Leninisten haben der Entwicklung der Produktivkräfte schon immer eine große Bedeutung beigemessen. Aber sie sind auch der Meinung, daß die Entwicklung der Produktivkräfte untrennbar mit der Veränderung der Produktionsverhältnisse und des Überbaus verbunden ist und daß die Produktion nur mit der Stoßkraft der Revolution entwickelt werden kann. Gut entwickelte Produktionsverhältnisse öffnen einen Weg zur Entfaltung der Produktivkräfte. Der Mensch ist die wichtigste Produktivkraft.

Im Sozialismus führt die Politik das Kommando. Sie ist, da die Begeisterung des Menschen für den Sozialismus mobilisiert wird, fähig, die Produktion in großen Schritten voranzubringen. Jene, die die Theorie der Produktivkräfte propagieren, lehnen den Klassenkampf, die Revolution des Überbaus und der Produktionsverhältnisse ab. Sie nehmen die Entwicklung der Produktivkräfte als einzigen bestimmenden Faktor. Das also liegt dem Problem zugrunde. Wenn wir uns ganz der Produktion hingeben und dem Aufbau, wie es der Verantwortliche, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und keine Selbstkritik übt, gepredigt hat, wenn wir uns nicht um den Klassenkampf und die Revolution kümmern, wenn der Revisionismus an die Macht kommt und die Restauration des Kapitalismus Erfolg hat, werden die entwickelte Ökonomie und Produktion wie auch die verwirklichten ‚vier Modernisierungen' materielle Kräfte werden, um das Proletariat und die anderen Arbeiter zu unterdrücken und zu versklaven.

Begeistert sich der Verantwortliche, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und keine Selbstkritik übt, wirklich für die sozialistische Produktion? Nein! Sein Eifer gilt der kapitalistischen Produktion, der Sabotage der sozialistischen Produktionsverhältnisse wie der Produktivkräfte. ‚Die Produktion gut voranbringen' heißt in seinem Sinne in Wirklichkeit den Kapitalismus wiederherstellen. Diese verborgene Absicht zeigt sich in ganz klarer Weise in der Passage des ‚allgemeinen Programms', die die Leitung der Betriebe behandelt. In diesem Programm wird gesagt: Mit dem Fortschritt der Produktion und der Technik ‚werden die Reglements immer strenger und erfordern von den Menschen eine immer strengere Beachtung'. ‚Das gilt genauso für die kapitalistische Gesellschaft wie für die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.' Diese Äußerungen haben den Klassencharakter des Reglements vollständig geleugnet. Sie leugnen völlig den grundlegenden Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus auf der einen Seite und Kapitalismus auf der anderen Seite. Die Reglements spiegeln die Beziehungen der Menschen in der Produktion wider und haben einen eindeutigen Klassencharakter. Die Reglements der Unternehmensleitungen in der kapitalistischen Gesellschaft sind dazu da, das Proletariat und die übrigen Arbeiter auszubeuten und bluten zu lassen. Bei uns in einem sozialistischen Land sind die Arbeiter und Werktätigen die Herren der Gesellschaft. Wir sagen, daß man sich auf die Arbeiter und übrigen Werktätigen stützen muß, um Reglements aufzustellen, die der Entfaltung der sozialistischen Wirtschaft entsprechen. Wir sind sowohl gegen Anarchismus wie gegen bürgerliche diktatorische Maßnahmen, die aufgestellt werden, um die Arbeiter und übrigen Werktätigen zu beherrschen, zu unterjochen und zu unterdrücken. Das ‚Statut des Eisen- und Stahlkombinats von Anschan', das durch den Vorsitzenden Mao persönlich angeregt worden ist, ist eine grundsätzliche Festlegung, auf der ein sozialistisches Unternehmen seine Reglements ausarbeitet. Das ‚allgemeine Programm' verliert darüber kein Wort, aber macht ein großes Getue, um ‚immer strengere Reglements' aufzustellen. Tatsächlich haben die Unternehmensleitungen der kapitalistischen Länder außerordentlich genaue und strenge Richtlinien festgelegt: Man kalkuliert selbst die Zeit für die natürlichen Bedürfnisse der Arbeiter, und wenn diese die vorgeschriebene Zeit überschreiten, werden sie mit allen möglichen Strafmaßnahmen verfolgt. Das ‚allgemeine Programm' ist so weit gegangen, diese Art von Richtlinien als über den Klassen und außerhalb der Zeit stehend darzustellen. Es behauptet, wenn das für die kapitalistische Gesellschaft wahr ist, dann gilt es in gleicher Weise auch für die sozialistische und kommunistische Gesellschaft.

Im Zusammenhang mit den anderen Sätzen dieses Verantwortlichen, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und keine Selbstkritik übt, kann man klar sehen, daß er, wenn er das Programm lanciert hat ‚Die drei Weisungen als Hauptkettenglied ergreifen', in dem auch die Entwicklung der Produktion als ‚Hauptkettenglied' genommen wird, seiner Formel ‚weiße Katze, schwarze Katze' folgen wollte, die keinen Unterschied zwischen dem Imperialismus und dem Marxismus macht, daß er letzten Endes seine revisionistische Linie anwenden und den Kapitalismus, nicht den Sozialismus praktizieren wollte.

Die Betriebsverfassung ist schon lange der Gegenstand des Klassenkampfes in der Volksrepublik China. Soll die Arbeiterklasse in den Betrieben herrschen oder soll die Bourgeoisie in den Betrieben herrschen, das ist eine entscheidende Frage des Kampfes zweier Linien. Die „Betriebsordnung des Eisen- und Stahlkombinats Anschan" ist ein entscheidendes Dokument der proletarischen Linie in diesem Kampf. 1970 wurde sie in der Peking Rundschau folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die in der *‚Betriebsordnung des Eisen- und Stahlkombinats Anschan'* festgelegten fünf grundlegenden Richtlinien verkörpern die objektiven Gesetze, wie das Proletariat seine Betriebe führen soll, vollständig, wissenschaftlich und treffend. In diesen fünf Prinzipien ist der Marxismus-Leninismus schöpferisch entwickelt worden.

Die Politik entschlossen an die Spitze und alles von den Maotsetungideen leiten zu lassen, ist die Seele der sozialistischen Betriebe. *Stärkung der Führung durch die Partei* bedeutet, daß die Arbeiterklasse in den Betrieben fest die Führung in der Hand hat und ist die grundlegende Garantie dafür, daß sich die Diktatur des Proletariats konsolidiert. *Kraftvolle Massenbewegungen* und Verlassen auf die breiten revolutionären Massen sind die Quelle, aus der die sozialistischen Betriebe Kraft schöpfen, in der Revolution und beim Aufbau Siege zu erringen. Durch *Einführung eines Systems der Teilnahme der Kader an der produktiven Arbeit und der Arbeiter an der Betriebsleitung, Reform unvernünftiger und veralteter Regeln und Vorschriften und enge Zusammenarbeit von Kadern, Arbeitern und Technikern* wurden die Beziehungen zwischen dem Überbau und der Basis, zwischen Führungsgruppe und Masse und innerhalb der Masse in den sozialistischen Betrieben in schöpferischer Weise behandelt und wurde die Richtung für die Betriebsführung gewiesen. *Mit den technischen Neuerungen und der technischen Revolution mit Volldampf voran!* Darin widerspiegelt sich das hohe Streben der chinesischen Arbeiterklasse, sich auf die eigene Kraft zu verlassen, bei der Entwicklung der Industrie unabhängig und selbständig seinen eigenen Weg einzuschlagen und das fortgeschrittene Weltniveau einzuholen und zu überholen."

Dieser Betriebsordnung galten schon die Angriffe Liu Schao-tschis. Sie diente in der Großen Kulturrevolution als Vorbild. Deng Hsiao Ping, der die Ergebnisse der Kulturrevolution revidieren wollte, versuchte auch die Betriebsverfassung, wie sie in der Betriebsordnung von Anschan festgelegt ist und durch die Kulturrevolution in vielen Betrieben durchgesetzt worden ist, zu revidieren. Der Widerstand der Arbeiterklasse gegen solche bürgerlichen Bestrebungen hat überhaupt nichts Erstaunliches, und wenn es die bürgerliche Presse tausendmal so darstellt. Nicht erstaunlich ist es auch, daß gerade in Anschan die Absetzung Deng Hsiao Pings gefeiert worden ist, wie Hsinhua am 13. April berichtet:

„Seit der Entwicklung des Kampfes gegen den Wind der rechten Abweichung, der die gerechten Ergebnisse in Frage stellen will, studieren die Arbeiter und Angestellten des Eisen- und Stahlkombinats Anschan die Theorie der Diktatur des Proletariats und eine Reihe von wichtigen Weisungen des Vorsitzenden Mao über die Antwort auf den Wind der rechten Abweichung. Sie kritisieren von Grund auf das rvisionistische Programm und die revisionistische Theorie der Produktivkräfte von Deng Hsiao Ping, dem Verantwortlichen, der den kapitalistischen Weg eingeschlagen hat und keine Selbstkritik übt. Das hat ihre Begeisterung für den sozialistischen Aufbau weiter angespornt. In vorderster Linie der Produktion arbeiten die Kader der verschiedenenen Ebenen des Eisen- und Stahlkombinats an der Seite der Arbeiter, indem sie an der breiten Kritik teilnehmen und technische Neuerungen durchführen. Seit Anfang dieses Jahres sind mehr als 550 technische Neuerungen im ganzen Eisen- und Stahlkombinat verwirklicht worden."

Längst hat die chinesische Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas in der Theorie und in der Praxis bewiesen, daß die revisionistische Theorie der Produktivkräfte auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Es ist aber gesetzmäßig, daß die Bourgeoisie immer erneut mit der Theorie hervorkommt, die Arbeiterklasse müsse den Klassenkampf einstellen, um die Produktion voranzubringen. In Wirklichkeit will sie den Kapitalismus restaurieren und die Diktatur des Proletariats durch die eigene Diktatur ersetzen. Daß der Bourgeoisie dabei die Sympathie der internationalen bürgerlichen Presse gehört, z.B. die Sympathie des „Spiegel", wird niemand wundern. - (gs)

Südafrika: Ein Stützpunkt des BRD-Imperialismus

Mit der Behauptung, dem Grundsatz zu folgen, „Politik und Handel nicht ohne Not miteinander zu verknüpfen" (Staatsminister Moersch: „Perspektiven afrikanisch-deutscher Beziehungen", 9. Oktober 75), und daß Investitionen und freier Handel das beste Mittel seien, um die wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer zu lösen und Unterdrückungsverhältnisse zu beseitigen, betreibt die Bundesregierung verstärkt die Expansion des BRD-Imperialismus in der Dritten Welt. In Afrika liegt dabei der Schwerpunkt auf der Südafrikanischen Republik. Mit ungeheuer reichen Rohstoffvorkommen und durch das Apartheidsystem garantierte billigste Arbeitssklaven raffen sich die Kapitalisten dort die höchsten Profite. Als Brückenkopf der Imperialisten ist Südafrika wichtig für die neokoloniale Beherrschung und Ausplünderung des ganzen südlichen Afrika und im Kampf gegen die nationalen Befreiungsbewegungen. Seine Lage ist strategisch wichtig im Ringen mit dem Sozialimperialismus um die Kontrolle der Schiffahrtsrouten im Südatlantik und Indischen Ozean von Südostasien und den Arabischen Golf nach Europa. Die Schwächung des Imperialismus und US-Imperialismus unter den Schlägen des Befreiungskampfes der Völker nutzt der BRD-Imperialismus, um zu einer Neuverteilung der Rohstoff- und Absatzmärkte zu kommen.

Rasante Expansion des BRD-Imperialismus in Südafrika

Seit 1965 sind die Direktinvestitionen westdeutschen Kapitals in der Südafrikanischen Republik von 280 Millionen DM auf 1972 2,6 Milliarden gestiegen, für 1975 schätzte der „Blick durch die Wirtschaft" vom 23. Oktober 1975, daß sie auf 4 Milliarden steigen würden. „Sechaba" Nr. 10/76 (Organ des Afrikanischen Nationalkongresses) gibt den Stand Ende 1974 mit 1,6 Milliarden Rand an, das sind 5 Milliarden DM. Laut „Handelsblatt" betrugen die Direktinvestitionen 1975 119 Millionen DM. Der Gesamtumfang des westdeutschen Kapitals in der Südafrikanischen Republik, das die Ausbeutung der schwarzen Arbeitskraft betreibt, liegt weit höher, berücksichtigt man seine Akkumulation in der Südafrikanischen Republik, d.h. daß sich das Kapital in der Südafrikanischen Republik selbst durch die Ausbeutung der afrikanischen Lohnsklaven rapide vermehrt. „Und das ist, so scheint es, erst der Anfang: Seit einigen Monaten ist die Bundesrepublik Südafrikas Handelspartner Nummer eins." (Handelsblatt, 1. Oktober 1975) Hans Gunther Sohl, Vorsitzender der Bundesvereinigung der deutschen Industrie sagte in einer Pressekonferenz in Johannesburg am 5. November 1975, „daß Südafrika nach den USA und Japan an dritter Stelle als Exportmarkt in Übersee steht und die BRD für Südafrika für deren Produkte an zweiter" (Sechaba 10/76). Die BRD ist inzwischen der größte Kreditgeber der weißen Siedlerkolonie und nach den USA der zweitgrößte Investor.

„Die meisten dieser Investitionen gingen in die Bereiche Stahl und Chemie der Schwerindustrie." (Sechaba 10/76) „Es gibt heute kaum einen großen Konzern, der in Südafrika nicht vertreten ist, zumeist sogar über Tochtergesellschaften." (Handelsblatt 1. Oktober 1975) Das heißt, die südafrikanischen Kolonialisten, die das Apartheidsystem angezogen hat, sind vor allem BASF, Klöckner, Siemens, AEG, BMW, Daimler Benz, Volkswagen, Hoechst usw. Insgesamt sind etwa 400 deutsche Unternehmen bei der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer registriert.

Derart scharf auf Investitionen in Südafrika ist das westdeutsche Monopolkapital, weil das Land ungeheuer reich an mineralischen Rohstoffen ist und das Apartheidsystem die höchsten Profite in der Welt garantiert.

Südafrika: El Dorado der BRD-Kapitalisten

„Südafrika ist eines der reichsten Rohstoffländer dieser Erde. Bei Gold und Antimonförderung liegt das Land an erster Stelle in der Welt. Südafrika verfügt über 70 Prozent der Weltvorräte an Platin, 75 an Chrom, mehr als 30 Prozent an Uran (hauptsächlich in Namibia) und 75 Prozent aller Diamantvorkommen." (Handelsblatt 1. Oktober 1975) Um den Imperialisten das Maul wässrig zu machen, hat das südafrikanische Regime mit Krediten vor allem der BRD eine Bestandsaufnahmen gemacht. 65 verschiedene mineralische Rohstoffe mindestens – teilweise in riesigem Umfang – wurden festgestellt. Als Energieträger ist reichlich Wasserkraft vorhanden, die Steinkohlevorkommen werden auf mindestens 24 Milliarden Tonnen geschätzt, außerdem werden Erdöl und Erdgasfelder an der Atlantikküste vermutet. Die Bundesregierung hat 1975 eine Studie anfertigen lassen über die Verteilung der strategisch wichtigen Rohstoffe. Sie stellt fest (Stand 1974): Von den weltweiter mineralischen Rohstoffvorkommen befinden sich in der Südafrikanischen Republik: Chromit 62,2 % (Rhodesien weitere 33,6 %), Vanadium 19,7 % (die UdSSR verfügt allein über 59,1 %), Mangan 47,1 % (UdSSR 26,6 %). In Zaire sind 27,5 %, in Sambia 14 % aller Vorkommen an Kobalt. (Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 7/4479/1975).

In Rhodesien befindet sich darüberhinaus das größte Asbestlager der Welt und wird das meiste Lithium gefördert. Die Abhängigkeit der BRD-Imperialisten von diesen Rohstoffen geht aus einer Bundeswehrstudie hervor, die ebenfalls 1975 angefertigt wurde: Die Bundesrepublik bezieht von ihrem Gesamtbedarf an lebenswichtigen Rohstoffen aus der Südafrikanischen Republik: Rohkupfer 20 %, Mangan 46 %, Chrom 52 % und Vanadium 60 %. Von diesen Rohstoffen, die alle wichtig für die Kriegsproduktion sind, ist die Einfuhrabhängigkeit der BRD 100 %. An Uran, das in der Studie nicht erwähnt ist, importiert die BRD 40 % über die Südafrikanische Republik aus Namibia.

Das Apartheidsystem sorgt für die höchsten Profite:

Die rassistische Unterdrückung im Apartheidsystem verfolgt den Zweck, die etwa 20 Millionen zählende schwarze und farbige Bevölkerung den Kapitalisten zu Hungerlöhnen für Sklavenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dazu wurden sie von ihrem Land enteignet – 74 % der Bevölkerung, die Afrikaner, besitzen 13 % des schlechtesten Landes, 18,2 % Weiße besitzen 87 %. Streiks sind verboten, genauso eigene Gewerkschaften der Afrikaner. Mit 74 % Bevölkerungsanteil erhalten die Afrikaner nur 18,8 % des Nationaleinkommens, während die Weißen über 68,8 % (Stand 1969) verfügen. 1969 betrug das Prokopfeinkommen im Jahr bei Weißen 1400 bis 1500 Rand (Wechselkurs derzeit 1 Rand gleich 3 DM) und bei Afrikanern in Städten 120 bis 130 Rand, in den Bantustans sogar nur 30 bis 35 Rand. Neuere Zahlenvergleiche zeigen, daß daran sich nichts geändert hat. Nach der Zeitung Rand Daily Mail, Johannesburg, betrug das durchschnittliche Monatseinkommen

im Bergbau:
1973 Afrikaner 27 Rd, Weiße 405 Rd
1974 Afrikaner 67 Rd, Weiße 598 Rd
in der Industrie:
1973 Afrikaner 41 Rd, Weiße 376 Rd
1974 Afrikaner 100 Rd, Weiße 486 Rd
(nach: Sechaba Nr. 10/1976).

Wenn die BRD-Regierung die wirtschaftliche Expansion rechtfertigt mit der Behauptung, „Politik und Handel würden nicht ohne Not miteinander verknüpft", so handelt es sich um eine freche Lüge. Sie betreibt führend nicht nur die Ausbeutung, sondern auch die Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung. In Namibia unterhält sie als einziger Staat noch ein Konsulat. Sie behandelt Südafrika bereits wie einen Hinterhof. Mit einem Kredit von 30 Millionen, wird berichtet, ließ sie das Vorster-Regime eine geologische Untersuchung, eine Bestandsaufnahme der Mineralvorkommen anfertigen. Sie finanziert den Ausbau des Eisenbahnnetzes von den Bergwerken im Land an die Küste und ist maßgeblich am Ausbau der Häfen beteiligt.

Fortsetzung Seite 14

Jugendinitiative Bremen-Neustadt

Seit über einem Jahr: Kampf für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung

Die Jugendinitiative Neustadt ist entstanden im Frühjahr des letzten Jahres. Dies ist ein Bericht über die Entwicklung des Kampfes um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in der Bremer Neustadt und über unser Eingreifen.

Mitte März des letzten Jahres brannte das staatliche Freizeitheim in der Neustadt ab und die Mitglieder einer Jugendgruppe gegen Jugendarbeitslosigkeit, die sich dort regelmäßig getroffen hatten, standen auf der Straße.

In dieser Jugendgruppe arbeiteten auch KBW-Genossen mit. Daß etwas unternommen werden mußte, war allen sofort klar. Sie organisierten eine Kundgebung vor dem abgebrannten Haus, zu der 50 Jugendliche kamen und wo der sofortige Wiederaufbau des Freizeitheims gefordert wurde. Sie wandten sich an die Neustädter Bevölkerung und binnen kurzer Zeit wurden über 700 Unterschriften für die Forderung gesammelt. Die Behörden rührten sich nicht.

Am 21. April wurde die Jugendinitiative „Jugendfreizeitheim Neustadt" gegründet. Die Initiative beschloß, sich am 1. Mai zu beteiligen unter den Forderungen „Sofortiger Wiederaufbau des Jugendfreizeitheims Thedinghauser Straße und Schaffung einer geeigneten Übergangsregelung". Auf der Kundgebung des KBW sprach ein Vertreter der Initiative. Seine Rede über die Lage der Arbeiterjugend und ihre Forderung nach Jugendzentren fand großen Beifall.

Die Forderung wird erhoben

In den darauffolgenden Monaten führte die Initiative Verhandlungen mit dem Jugendamt und trug ihre Forderung vor die verschiedenen Gremien im Stadtteil. Auf der Grundlage der dabei gemachten Erfahrungen wurde in der Initiative klar: Es geht nicht nur um ein Dach über dem Kopf, es geht auch darum, wer unter diesem Dach was zu sagen hat, das Jugendamt oder die Jugendlichen selbst.

Die Jugendinitiative nutzt den Flohmarkt und veranstaltet ein Fest, um ihre Forderung nach einem Haus am Buntentorsteinweg, das sie als Übergangslösung haben wollen, bekannt zu machen. Für Ende Juni wird eine Veranstaltung vorbereitet, wo das Jugendamt Rede und Antwort stehen soll.

Dazu werden die verschiedenen Parteien und die demokratischen Jugendorganisationen eingeladen. Erschienen sind dann auf der Veranstaltung 3 Vertreter des Jugendamtes, 60 Jugendliche und Vertreter des KBW und des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes (KAJB). Auf der Veranstaltung wird klar: Das Jugendamt will das Haus am Buntentorsteinweg nicht herausrücken. Wir gehen alle hin und gucken, ob es stimmt, was die Jugendamtsvertreter sagen, daß das Haus nämlich nicht geeignet sei. Die Jugendamtsvertreter kommen nicht mit, sie schicken die Polizei. Die Besichtigung wird trotzdem durchgeführt, es wird eine Resolution beschlossen, daß man für die sofortige Übergabe des Hauses nach den Sommerferien eine Demonstration machen wird.

Während der Sommerferien werden im freien Jugendzentrum Erlenstraße (auch in der Neustadt) mehrere Polizeirazzien durchgeführt, die darauf abzielen, das Haus zu schließen. Die Jugendlichen organisieren den Widerstand, die Vorfälle werden im Stadtteil bekannt gemacht, die Schweinereien der Polizei aufgedeckt.

Warum Jugendzentrum?

In der Vorbereitung der Veranstaltung ist uns aus dem Blick geraten, wozu wir das Haus am Buntentorsteinweg haben wollen. Das Recht auf selbstverwaltete Jugendzentren muß direkt aus der Lage der Arbeiterjugend begründet werden, sonst wird es zu einem Selbstzweck. Die Erfahrungen in anderen Jugendzentren, z.B. Erlenstraße, machen deutlich, daß die Jugendzentren herunterkommen zu billigeren Diskotheken und daß es nicht möglich ist, die verschiedenen Widersprüche innerhalb der Jugend richtig zu behandeln, wenn man nicht davon ausgeht, daß die Jugend die selbstverwalteten Jugendzentren braucht als Orte des Zusammenschlusses für die Ausbildung ihrer Fähigkeiten.

Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, die Fähigkeiten der Jugend zu entwickeln. Im Imperialismus verkommt die wichtigste Produktivkraft, der Mensch. Die Jugend wird zurechtgestutzt für die kapitalistische Fabrik und für die Verteidigung der imperialistischen Interessen der Bourgeoisie. Die Jugendzentren sind Ausdruck der Rebellion gegen diese Verhältnisse. Diesen Zusammenhang muß man aufdecken, wenn man die Schärfe der Widersprüche zwischen der Jugend und dem Staat erklären will.

Am 1. August führt die Stadtteilzelle des KBW eine Veranstaltung durch, wo diskutiert wird über die Lage der Jugendlichen und warum es im Interesse der Arbeiterklasse ist, wenn die Jugend ihre Sache selbst in die Hand nimmt.

Zusammenprall mit der Staatsmacht

Am 22. August demonstrieren 300 Jugendliche zu dem Haus am Buntentorsteinweg. Die Demonstration wird brutal von der Polizei überfallen. Mit Knüppeln, Hunden, Tränengas und Chemical Mace versuchen sie die Demonstration auseinanderzutreiben. Das Vorgehen der Polizei stößt in der Neustadt auf breite Empörung bei der Bevölkerung.

Die Polizei hetzt uns durch die ganze Neustadt.

Am nächsten Tag demonstrieren zuerst 300 durch die Neustadt, der Zug wächst bis auf 600 an, als wir durch die Innenstadt demonstrieren. Auf der Kundgebung eine Woche später unterstützen 1 000 Jugendliche die Forderungen der Neustädter. (Siehe auch KVZ 34/75)

Eines ist nach dem Polizeieinsatz jedem klar: Wir wollen ein **selbstverwaltetes** Haus. Diejenigen, die uns die Polizei auf den Hals geschickt haben, sollen nichts zu sagen haben.

Sozialarbeiter aus dem Jugendfreizeitheim Geschwornenweg, die die Forderungen der Jugendinitiative öffentlich unterstützen, werden entlassen. Als auf einer der Sitzungen der Jugendinitiative die Jugendamtsleute auftauchen, werden sie vor die Tür gesetzt, weil die Jugendlichen sich nicht von ihnen bespitzeln lassen wollen. Der Initiative wird Hausverbot erteilt in allen staatlichen Freizeitheimen. Sie soll isoliert werden von den Jugendlichen in den Freizeitheimen und von der Bevölkerung in der Neustadt. Das Jugendamt läßt in der Neustadt ein Flugblatt verteilen, was in den Schulen im Unterricht vorgelesen werden muß von den Lehrern. Darin wagen sie nicht, die Forderungen der Jugendinitiative anzugreifen. Umso heftiger wird die Gewalt der Demonstranten angegriffen, die nur die „berechtigten Sorgen der Jugend" für ihre Zwecke mißbraucht hätten. In der Jugendinitiative, im KAJB und in der GUV (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe) gibt es eine scharfe Auseinandersetzung, ob man zu weit gegangen ist, indem man die Staatsmacht angegriffen hat und sich darauf vorbereitet hat, daß es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt.

Soll man die Staatsgewalt angreifen oder sich vor ihr drücken?

In der Ortsbeilage der KVZ ist zu dieser Auseinandersetzung Stellung genommen worden: Der Staatsapparat ist den Jugendlichen gegenübergetreten als das, was er in der Tat ist: Gewaltapparat der Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk. Die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes ergeben sich aus ihrer sozialen Lage. Der Zusammenstoß mit dem staatlichen Gewaltapparat ist ganz und gar unvermeidlich. Nicht anzugreifen und zu warten, bis man selber von dieser Gewalt geschlagen wird, damit wird man weder ein Haus für die Jugend erkämpfen können, noch wird die Arbeiterklasse ihre geschichtliche Aufgabe, den Sturz der Ausbeuterklassen und den Aufbau einer neuen Gesellschaft, wahrnehmen können.

In der Jugendinitiative hat diese Auseinandersetzung in erster Linie zu einer Stärkung des Zusammenschlusses geführt. Es hat im Verlauf dieser Auseinandersetzung Austritte aus dem KAJB gegeben und einen Austritt aus der Jugendinitiative. Mitte September fand ein Solidaritätsfest mit Fackelzug zum Haus statt. Zum ersten Mal trat die Theatergruppe der Jugendinitiative auf mit einem Stück über ihren Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Das Fest war ein großer Erfolg: zeigte es doch nicht nur, daß der Senat die Jugendlichen nicht dazu gebracht hatte, von ihrer Forderung abzulassen. Die Verfolgung und Schikane gegen die Initiative hatte das Gegenteil erreicht: Neue Kampfmittel wie Lieder und Theaterstücke entstanden.

Die Bewegung verbreitert sich

Angespornt durch das Beispiel der Neustädter Jugendinitiative entstehen in den anderen Stadtteilen Zusammenschlüsse der Jugendlichen für selbstverwaltete Jugendzentren, gegen die Schikane des Jugendamtes in den staatlichen Freizeitheimen.

Am 12. Dezember findet in der Stadthalle das Tribunal der Bremer Jugend gegen die Jugendpolitik des Senats statt. Es ist ein deutlicher Ausdruck der Selbständigkeit der Jugend gegenüber dem Senat und den bürgerlichen Parteien: Die Vertreter des bürgerlichen Staates werden schuldig gesprochen, „die Aufgabe der Erziehung der Jugend, des Volkes, die er (der Senat) an sich gerissen hat, polizeimäßig und zum Zwecke der Unterdrückung und Kontrolle der Jugend wahrzunehmen, die gerechten Forderungen der Jugend zu verhöhnen und die Jugend zu verfolgen, wo immer sie sich regt".

Das Jugendamt schlägt zurück: Die staatlichen Freizeitheime werden dichtgemacht für alle beteiligten Gruppen und Organisationen des Tribunals.

Der Koordinationsausschuß der Bremer Jugendinitiativen beschließt eine Unterschriftensammlung gegen diese Maßnahme des Jugendamtes. Die Neustadt-Initiative beschließt, im Jugendfreizeitheim Geschwornenweg zu arbeiten, um der Isolierung von den Jugendlichen, die sich im Freizeitheim aufhalten, entgegenzutreten und dort den Kampf für das Haus am Buntentor zu propagieren.

Die Arbeit kommt nicht voran, die Initiative gewinnt keine neuen Kräfte, obwohl die Situation der Jugendlichen sich zuspitzt: In den Abgangsklassen der Schulen geht wieder der Wettlauf um die besten Zensuren als Voraussetzung für eine Lehrstelle los, mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Berufsbildungsgesetz bereitet die Regierung dem Drang der Kapitalisten nach uneingeschränkter Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft freie Bahn.

In der Initiative wird diskutiert, was die Ursachen sind. Das Ziel, die Erkämpfung des Hauses am Buntentorsteinweg, ist aus den Augen geraten, wir sind nicht mehr unter die Neustädter Jugend gegangen mit Aktionen und Vorschlägen für die Erkämpfung des Hauses.

Die Bourgeoisie setzt ihre Justiz ein

Der erste Prozeß gegen einen Teilnehmer an der Demonstration vom August 75 wird von der Staatsanwaltschaft vorbereitet. Uwe Schenk wird angeklagt, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet zu haben.

Die Jugendinitiativen organisieren unter der Parole „Kein Prozeß gegen Uwe Schenk" und „Für selbstverwaltete Jugendzentren" den Widerstand gegen den Prozeß. Es wird deutlich, daß man gegenüber dem Prozeß nur auftreten kann, wenn man auf der Forderung nach Jugendzentren besteht. Der Aufruf zu Aktionen gegen den Prozeß, der sich im wesentlichen bezieht auf das Schicksal von Uwe, der viele Erfahrungen mit der Erziehungsgewalt des bürgerlichen Staates gemacht hat, erweist sich als untauglich, um gegenüber dem Prozeß in die Offensive zu kommen. Er wird von uns nach einer Selbstkritik zurückgenommen.

Am ersten Prozeßtag erscheinen 50 Jugendliche vor dem Gerichtsgebäude und verhindern, daß Uwe den Saal betreten kann. Der Prozeß kann nicht stattfinden, er wird vertagt. In der Jugendinitiative Neustadt diskutieren wir, ob es richtig war, Uwe nicht ins Gericht zu lassen. Es gibt Meinungen, die dagegen auftreten, weil das alles die Sache nur verschlimmern würde und das Strafmaß für Uwe erhöhen würde.

Demgegenüber setzt sich die Ansicht durch, daß es dem Staat und der Justiz nicht um Uwe in erster Linie geht, sondern darum, die selbständige Bewegung der Jugend für selbstverwaltete Jugendzentren zu zerschlagen, indem einer in den Knast gesteckt wird, damit alle ruhig sind.

Gegenüber dem Prozeß müssen die Anstrengungen im Kampf um das Haus verstärkt werden.

Der Prozeß findet unter unglaublichen Schikanen gegen die Öffentlichkeit statt: Jeder Zuschauer muß seinen Ausweis überprüfen lassen, wer morgens am Prozeß teilgenommen hat, kommt nachmittags nicht wieder rein.

Es wird verhandelt gegen Uwe Schenk und Jürgen Weykenat, einen weiteren Teilnehmer an der Demonstration im August.

Morgens wird die Öffentlichkeit nach 12 Minuten ausgeschlossen. Wir ziehen in die Stadt und berichten über den Prozeß und unseren Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Am zweiten Verhandlungstag wird mittags die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die Polizisten, die als Zeugen aufgetreten sind, machen eine schwache Figur.

Als Robert Bücking, der Sekretär des KAJB, das Verfahren als ein abgekartetes Spiel, den Richter als gekauft und den Staatsanwalt als Hure bezeichnet, wird er von 6 Polizisten zusammengeschlagen und im Schnellverfahren zu 2 Tagen Haft verurteilt. Er kommt sofort in U-Haft.

Neue Schritte im Kampf

Am Nachmittag wird der Prozeß weitergeführt. Dem Richter ist es gelungen, die Jugendlichen soweit einzuschüchtern, daß kein organisierter Widerstand mehr geleistet wird. Wir diskutieren am Nachmittag, daß es ein Fehler gewesen ist, daß man nicht sofort reagiert hat, als Robert Bücking verhaftet wurde. Am Abend wird ein Flugblatt geschrieben und wir treffen uns um 21 Uhr in der Innenstadt. Wir ziehen mit Parolen für selbstverwaltete Jugendzentren und der Forderung nach sofortiger Freilassung von Robert zum U-Gefängnis. Dort wird eine kurze Kundgebung abgehalten. Aus dem Gefängnis antworten Gefangene mit Rufen wie „Nieder mit der Justiz".

Am nächsten Tag, Mittwoch, führen wir eine Demonstration durch. Unsere Ansprachen stoßen auf große Aufmerksamkeit. Viele Passanten bleiben stehen. Die Polizei ist groß aufgefahren. Viele Jugendliche schließen sich der Demonstration an.

Mit dem Einsatz ihrer Hundemeute kann die Polizei verhindern, daß wir eine erneute Kundgebung vor dem Gefängnis abhalten. Wir ziehen zurück in die Stadt.

Am Wochenende nach Ostern wird die Jugendinitiative Neustadt ein großes Geländespiel im Stadtteil organisieren. Es heißt „Jugendzentrumsmanöver" und soll dazu dienen, sich in allen Disziplinen, die für die Erkämpfung eines selbstverwalteten Jugendzentrums notwendig sind, zu üben. Wir vom KAJB und vom Kommunistischen Oberschülerbund (KOB) werden auf dem Manöver einen Aufruf zur Gründung eines einheitlichen Jugendverbandes verteilen und die Mitglieder der Jugendinitiativen und alle Jugendlichen aufzufordern, dem Staat der Kapitalisten nicht nur das Recht auf selbstverwaltete Jugendzentren abzutrotzen, sondern weiterzugehen und zu kämpfen für die Abschaffung der Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt, der Ausbeutung der Proletarier durch die Kapitalisten, für eine neue sozialistische Gesellschaft, die der Jugend eine Zukunft gibt. – (d., KAJB Bremen)

Zum staatlichen Gesetz gegen Selbstverwaltung und Selbständigkeit der Jugend Seite 8

Interview mit Jörg, 16 Jahre alt, Jugendinitiative Neustadt

Ich war von Anfang an dabei bei der Jugendinitiative.

Ich war vorher in der Jugendarbeitslosengruppe mit Ute Wittenberg im Jugendfreizeitheim Thedinghauser Straße. Wo das dann abgebrannt war, da haben wir die Jugendinitiative gegründet.

Ich bin 1974 aus der Schule gekommen. Wo ich rauskam, da hab ich keine Arbeit gefunden, da war ich bis 5. August 1975 arbeitslos, also ein gutes Jahr. Seitdem mache ich jetzt eine Anlehre.

Welche Erfahrungen hast du in der Schule gemacht?

Das Einzige, was ich noch weiß, ist, daß das ziemlich beschissen da war, die Lehrer und alles.

Wenn man mal rausmußte, dann haben sie sich künstlich aufgeregt, als wenn das nicht menschlich wäre. Unterrichtsmäßig, da weiß ich nicht mehr viel, also das war sowieso immer das gleiche. Wie in unserem Theaterstück: Maulhalten, zuhören, und wenn du das danach nicht kapiert hast, hast du Pech gehabt. Nach dem Motto geht das da.

Was für eine Anlehre machst du denn jetzt?

Schlosser, das ist bei der Berufsschule Steffensweg. (...)

Was die anderen in drei Jahren machen, machen wir im Schnellverfahren in einem Jahr. (...)

Wie ist das mit den Eltern bei den Leuten in der Jugendinitiative? Zum Teil habt ihr doch Schwierigkeiten gekriegt.

Mein Vater, das ist so ein alter SPD-ler, so gewissermaßen hat der schon was dagegen. Wenn ich mal mit dem quatsche, fährt der gleich immer aus der Rolle. Meine Mutter, die ist ganz in Ordnung, die war auch schon mal mit, wo wir im Geschwornenweg das Fest gemacht haben. Und dann war sie auch mal in Arsten, wo die Karin Maier auf der einen Veranstaltung geredet hat. Da hat meine Mutter gesagt, daß sie eigentlich mal wieder mitkommen will. Die ist da schon dafür, die hat nichts dagegen.

So ist das eigentlich ganz gut bei mir, bloß mit meinem Vater. Aber da laß ich mich ja nicht von beeinflussen.

Wieso tretet ihr für Selbstverwaltung ein? Am Anfang ging es doch nur um Räume.

Am Anfang, ja. Aber vor der Demonstration am 22. August kamen dann die Debatten, ob wir für Selbstverwaltung sind oder nicht.

Wir haben das soweit bequatscht, daß das eigentlich die meisten richtig fanden, das mit der Selbstverwaltung.

Warum?

Ja, weil wir gesehen haben, wie wir da behandelt wurden im Jugendfreizeitheim: Das darfst du nicht, und das darfst du nicht, oder du gehst raus und kommst auch nicht so schnell wieder rein.

Das sind an für sich die Gründe, warum wir Selbstverwaltung wollen. (...)

Ihr seid schon über ein Jahr in der Initiative. Was habt ihr denn gelernt während dieser Zeit?

Eines haben wir auf jeden Fall gelernt, auch die, die sich früher nicht so dafür interessiert haben: Jetzt sagen wir was, wenn uns was nicht paßt. Das war früher eigentlich nicht so.

Wenn uns einer angreift, dann greifen wir zurück, was wir früher nicht gemacht haben. Laß bloß bleiben, dachten wir früher, z.B. ich. Nachher machst mal einen Fehler, und dann gucken dich alle an. Da hatte ich früher echt Respekt vor. Was mir jetzt nichts mehr ausmacht. Wenn ich einen Fehler mache, gut, werde ich berichtigt, das ist an und für sich kein Problem. Überhaupt, daß man ein bißchen selbständiger wird.

Was meinst du, was es bringen würde, wenn man ein selbstverwaltetes Jugendzentrum hätte?

Reichliche Vorteile. Die Jugend, die da reingeht, die kann sich freier fühlen. Frei vom Staat, die werden sonst doch überall unterdrückt. (...)

Mit einem selbstverwalteten Jugendzentrum werden aber ja noch immer viele arbeitslos sein, keine Lehrstelle kriegen.

Ja, aber da kann man dann eine Gruppe einrichten zur Jugendarbeitslosigkeit, daß man sich damit beschäftigt, was man da bessern kann und so. Dann werden da auch die Leute sein, die arbeitslos sind, die sich dann zusammenschließen und sagen: „So, jetzt fallen wir denen so lange auf den Wecker, bis die uns Arbeit geben." Und daß die in Gruppen dann zum Arbeitsamt gehen, damit da mal die Leute auf den Pott gesetzt werden. An und für sich hätte ich das früher gemacht, wär' die Gelegenheit dazu gewesen. (...)

Volkswagenwerk: Die Sonderschichten werden abgelehnt

Der Angriff auf den Normalarbeitstag stößt auf harten Widerstand

Wolfsburg. Die Tarifverträge bei VW sind gerade unterschrieben. Sofort ist der Vorstand daran gegangen, die billiger gewordene Arbeitskraft in seinem Konkurrenzkampf mit den anderen Automobilkonzernen einzusetzen. Überstunden und 12 Sonderschichten für die nächsten Wochen hat er von den Belegschaften verlangt. Fast alle waren gegen die Sonderschichten, weil die 40 Stunden in der Woche, die man für den Konzern schuften muß, schon genug auf die Knochen gehen. Auch wenn der Lohn immer geringer wird aber jetzt auch noch jeden zweiten Sonnabend in die Fabrik gehen, dazu waren nur die wenigsten bereit, auch wenn durch Sonderzuschläge die Mehrarbeit versüßt werden sollte. In der Halle 12 (Endmontage) hat deshalb der Vertrauensleutekörper grundsätzlich Sonderschichten abgelehnt.

Der Betriebsrat, der noch nie etwas gegen die Sonderschichten unternommen hatte, sah sich dieses Mal gezwungen, gegen die Sonderschichten Stellung zu nehmen. Bei den letzten Sonderschichten sind viele Kollegen einfach zu Hause geblieben, daraufhin wurde auf ihre Stempelkarte „fehlt unentschuldigt" eingetragen, was bei dreimal ein Kündigungsgrund sein kann. Früher war es auch so, daß sonnabends immer etwas ruhiger gearbeitet wurde, oft noch ein Kollege dazu kam, damit war es jetzt auch vorbei.

Aber nicht nur samstags wurde die Arbeitshetze gesteigert: Durch die Umbesetzungen kommt es vor, daß man nach langer Zeit wieder auf dem alten Arbeitsplatz landet. Oft sieht es dort ganz anders aus, wo früher zwei oder drei Kollegen gearbeitet haben, muß man jetzt die Arbeit allein machen.

Am Golf-Band haben sie beim Kleben von Türdichtungen eine Spritzpistole eingeführt und die Arbeitsplätze von sieben Frauen beseitigt. Durch einen Haufen dieser Maßnahmen kommen die 40 % Produktionssteigerung her, womit der VW-Vorstand prahlt. Der „Spiegel" spricht von einer Steigerung von 10 auf 14 Wagen pro „Mann" und Jahr. Bei diesen „Männern" ist noch das ganze Pack aus der Geschäftsleitung und ihre Knechte mitgezählt, die keinen Handschlag bei der Produktion verrichten.

Jetzt, nachdem über ein Jahr die Ausbeutung gesteigert wurde und aus den Arbeitern verstärkt unbezahlte Mehrarbeit herausgepreßt wurde, will der Vorstand dieses für ihn ausgezeichnete Verhältnis von notwendiger Arbeit und unbezahlter Mehrarbeit auch auf den Sonnabend ausdehnen. Auch wenn Sonderzuschläge gezahlt werden, die Ausbeutung ist immer noch höher als vor einem Jahr.

Der VW-Vorstand setzt, Schmücker an der Spitze, darauf, daß den VW-Arbeiter die Lohnkürzungen dazu zwingen, auch sonnabends die Schweißauspressung hinzunehmen. In einem Interview mit dem „Spiegel" hat dieser feine Herr gehöhnt: „Es wird für die Arbeitnehmer sicherlich nicht leicht zu verkraften sein, daß ihre realen Einkommen in diesem Jahr nicht wachsen." Und weiter wird er sich gedacht haben, „um so besser kann ich sie auch sonnabends in das Räderwerk der Fabriken pressen". Der saubere Herr Schmücker hatte sich geirrt. Keiner hat ihm dafür gedankt, daß er jetzt auch wieder sonnabends arbeiten darf, denn nicht umsonst hat die Arbeiterbewegung den Normalarbeitstag erkämpft und die Fünf-Tage-Woche durchgesetzt. Die 12 Sonderschichten hätten bedeutet, daß die 44-Stunden-Woche wieder eingeführt wird, dafür haben nicht einige Arbeitergenerationen den Kampf geführt, damit jetzt der Herr Schmücker unter seinesgleichen glänzen kann, damit, daß er überall die Ausbeutung der Arbeiter vervielfacht und mit einem Handstreich die Errungenschaften der Arbeiterbewegung zerstören kann.

Schmücker, der in der Belegschaft auf harten Widerstand gestoßen ist, konnte sich aber auf die Sozialdemokraten im Gesamtbetriebsrat und im Wolfsburger Betriebsrat stützen, und die gleichen Leute wie in der Tarifauseinandersetzung. Diese stellten sich zu Anfang empört: Wenn das so ist mit den Sonderschichten, dann hätte der Vorstand sie in den Lohnverhandlungen betrogen, dann sei der Abschluß zu gering, sagten sie. Die Belegschaft hatte aber ihre Erfahrungen mit diesen Vertreter, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit dem Vorstand auf die Arme hüpfen, und deshalb wurden sie auch mit Stellungnahmen und Briefen bombardiert. Eine ähnliche Situation wie zu den Tarifverhandlungen trat ein. „Geben sie wieder klein bei oder halten sie stand?", war die Frage im Werk. Allgemein war die Stimmung, wie's einige Arbeiter gesagt haben: „Sollen sie doch die Arbeitslosen reinholen, die brauchen das Geld und die Arbeit... Ja, das Geld brauche ich, aber ohne Sonderschichten... Für was haben wir denn die 40-Stunden-Woche erkämpft?"

Gegen die Belegschaft wäre Schmücker nie und nimmer durchgekommen. Aber der Betriebsrat hat den Sonderschichten doch zugestimmt, zwar keine 12, sondern 6 und dafür 2 Tage Sonderurlaub am Jahresende. Das zweite Mal kurz hintereinander haben die Sozialdemokraten sich gegen die Belegschaft gestellt. Das erste Mal haben sie sich zum Helfer des Lohnräubers Schmücker gemacht, jetzt beteiligen sie sich daran, den Normalarbeitstag zu beseitigen. Schmücker ist aber trotz der Hilfe der Sozialdemokraten nicht dazu gekommen, daß ihm die Belegschaft für seine „Großzügigkeit", Sonderschichten zu fahren, auch noch zu Füßen liegt. Ganz im Gegenteil, die Wut und Empörung über die Ausbeutung bei VW ist gestiegen, und auch die Erfahrungen mit den Reformisten in der Gewerkschafts- und Betriebsratsspitze hat Klarheit gebracht. Das schafft gute Bedingungen für den Kampf gegen Lohnraub und kapitalistische Rationalisierung. – (w., Betriebszelle VW Wolfsburg)

HBV-Buchhandel – 1. Mai: Weg mit dem § 218!

Frankfurt/M. Auf der letzten Fachgruppensitzung am 8.4. wurden die 1. Mai-Forderungen beschlossen: Für einen einheitlichen Tarifvertrag – gegen Lohnraub und Kapitalistenwillkür! Weg mit dem § 218! Weg mit den Paragrafen 88a und 130a!

Schleyer

Vom vielen Reden schießen die Preise in die Höhe

Schleyer hat den Lesern der „Berliner Morgenpost" eine neue Variante zur Erklärung der Preiserhöhungen vorgelegt: *„Genauso unverantwortlich ist es, **schon jetzt** eine Preislawine herbeizureden. Hierdurch wird das tarifpolitische konjunkturelle Klima empfindlich gestört. Wenn der sich abzeichnende Aufschwung gesichert und damit die Voraussetzung für eine bessere Beschäftigungslage erreicht werden soll, dann darf das wachsende Vertrauen in die wirtschaftliche Wiederbelebung nicht durch spekulative Preisgerüchte und lohnpolitische Nachschlagforderungen zunichte gemacht werden."*

Man muß festhalten: Man darf nicht schon jetzt eine Preislawine herbeireden. Sie kommt also bestimmt.

Man darf nicht das Vertrauen der Kapitalisten stören. Das Vertrauen, was sie im letzten Jahr und in der letzten Tarifrunde in die gesteigerte Ausbeutung und den Lohnraub gewonnen haben. Und die Arbeiter dürfen dieses Vertrauen nicht stören, indem sie auf die Idee kommen, Nachschlagforderungen zu stellen.

Schleyer antwortet mit diesem Interview auf die Entschuldigungsreden der Gewerkschaftsvorstände für die Lohnraubabschlüsse in der Industrie und im öffentlichen Dienst. Die ganze bürgerliche Gesellschaft hatte die Abschlüsse als maßvoll und die Gewerkschaftsvorstände als verständnisvoll bezeichnet. Überall haben sich die Vertreter der bürgerlichen Klasse erlöst gezeigt, nachdem die Abschlüsse durch die Bezirksleitungen und Hauptvorstände gegengezeichnet waren. Sie wußten, warum sie sich erlöst zeigten, denn die Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten zum Kampf um den Lohn, gegen die Kapitalisten hatten sie nicht übersehen.

Damit die Abschlüsse nicht nur in den Hauptvorständen und Tarifkommissionen beschlossen werden konnten, sondern um auch den Widerstand gegen die Abschlüsse in den Belegschaften zu beschwichtigen, erfanden diejenigen, die die Abschlüsse ausgehandelt hatten, die Mär von der Preisstabilität, die jetzt die Unternehmer zu garantieren hätten. Beim Vortragen dieser Geschichte konnten sie die Scheinheiligkeit kaum hinter ihren Gesichtern verbergen. Schleyer hat diese Geschichte nun auf den neuesten Stand gebracht. Die Preiserhöhungen, die in den Vorstandsetagen der Großkonzerne längst beschlossen sind, würden von den Gewerkschaftsführern „herbeigeredet", würden allein schon dadurch herbeigeführt, daß die Arbeiter sich überlegen, wie sie sich gegen die immer drückender werdende Ausbeutung und gegen den Lohnraub zur Wehr setzen können.

Was hat Schleyer damit vor?

Durch die Tarifabschlüsse konnten die Kapitalisten große Streiks in der Industrie und im öffentlichen Dienst verhindern. Die Stärke der Lohnbewegung konnten die Kapitalisten durch die Tarifabschlüsse nicht brechen. Sie stärkt sich weiter in den Druckarbeiterstreiks und in den betrieblichen Streiks anderer Branchen. Jetzt treiben die Kapitalisten die Profite durch Preiserhöhungen weiter hoch. Dafür brauchen sie dringend eine Rechtfertigung.

In den Tarifverhandlungen konnten die Kapitalisten mit den Reformisten einen Lohnraubabschluß klar machen. Aus „Stabilitätsgründen". Ihr Vorhaben, die Arbeiter in einen vertraglich festgehaltenen Verzicht auf alle weiteren Forderungen im laufenden Jahr zu zwingen, scheiterte an der Streikbewegung. Die Reformisten haben sich auf die „Stabilitätsverantwortung" festgelegt. Daran nageln die Kapitalisten die Gewerkschaftsführer jetzt fest, um so die Gewerkschaften außer Gefecht zu setzen. Bis hinunter in die Vertrauensleutekörper sollen Kettenhunde für „Stabilität" und gegen Arbeiterstreiks geschaffen werden, während die Kapitalisten „maßvoll" die Preise erhöhen. Die Kapitalisten nehmen, was der Markt hergibt. Dafür haben sie nur einen weiteren Beweis erbracht. – (db)

Conti-Belegschaften gegen Streikentlassungen

Hannover. Wie sich der Wind gedreht hat! Vor einem halben Jahr noch beherrschte Hahn, der Vorstandsvorsitzende der Conti, die Betriebsversammlungen. Er war in der Lage, die Kollegen „ungeschminkt" zu mehr Arbeit aufzufordern und trotzdem Beifall von einem Teil der Kollegen zu bekommen, weil er dabei alle Register der sozialen Demagogie und des Chauvinismus zog (z.B. „Die Wüstenscheichs kaufen unsere Wirtschaft auf").

Ganz anders auf den Betriebsversammlungen, die jetzt Ende März stattfanden. In Limmer klatschten nur beflissen einige Abteilungsleiter und Meister, in Stöcken herrschte eisiges Schweigen, und in Vahrenwald war die Hölle los: Die Kollegen buhten und pfiffen, so daß Hahn sich kaum noch verständlich machen konnte.

Nichts zeigt deutlicher, wie sprunghaft sich in den letzten Monaten die Klassenkampfsituation auf der Conti entwickelt hat. Die Ursachen: Unmenschliche Steigerung der Arbeitshetze in vielen Abteilungen, drastische Lohnkürzungen Anfang dieses Jahres besonders für 3-Schicht-Arbeiter, der viertägige Streik in Vahrenwald und Stöcken, die Terrormaßnahmen des Vorstands zu seiner Unterdrückung, der gezielte und exemplarische Rauswurf von 3 „Rädelsführern".

Jede Illusion des „gemeinsamen Anpackens" wurde gründlich zerstört. In allen Conti-Werken wurde mit überwältigender Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die die Rücknahme der 3 Entlassungen fordert. Als Hahn in Vahrenwald von den Kollegen auf eine klare Stellungnahme zu dieser Forderung festgenagelt wurde, da riß er nicht nur selbst die Maske vom Gesicht, sondern er enthüllte auch, was die Kapitalisten von der Justiz erwarten: Mit der Rücknahme der Kündigungen sei es nichts, und ein „deutsches Gericht" werde hier schon Recht sprechen.

Aber es zeigt sich auch, wie selbst in dieser Situation der unverhüllten Klassenauseinandersetzung die Klassenversöhnler versuchen, den Kern der Auseinandersetzung zu vertuschen. So gelang es den DKP'lern, in die Resolution gegen die Entlassungen eine Passage hineinzuschmuggeln, die besagt, der Vorstand habe den Betriebsfrieden gestört. Diese Aussage richtet sich nur scheinbar gegen den Vorstand, in Wahrheit verbreitet sie eine Lüge: daß es überhaupt im Kapitalismus „Frieden" zwischen Kapital und Arbeit geben könne.

Die gleiche Illusion verbreitet eine Initiative, für die zur Zeit sozialdemokratische Betriebsräte Stimmung zu machen versuchen: Die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat sollten einen „Mißtrauensantrag" gegen den Vorstandsvorsitzenden Hahn einbringen. Damit soll die Illusion verbreitet werden: „Grundsätzlich" können wir uns ja mit den Kapitalisten einigen, aber der Hahn, der hat's zu weit getrieben.

Aber die Politik von Hahn ist nicht seine Privaterfindung. Sie ist die Politik des Finanzkapitals, das völlig die Conti kontrolliert (Herrhausen, ein Mann der Deutschen Bank, ist Aufsichtsratsvorsitzender). Das verfolgt mit aller Konsequenz nur ein Ziel: Durch einen Generalangriff auf den Lohn und die Arbeitsbedingungen der Conti-Arbeiter die Wettbewerbsfähigkeit des Conti-Kapitals auf dem Weltmarkt entscheidend zu verbessern. Mittwoch, den 14. April, war in der HAZ die erste Erfolgsmeldung dieser Politik zu lesen: „Contigummie in Gewinnzone". Nach einer Meldung des „Handelsblatts" vom gleichen Tag holte die Conti trotz gesunkenen Exports, allein durch die Steigerung der Ausbeutung im Jahr 1975 ca. 7,9 Mio Gewinn heraus.

Trotzdem nun das Märchen zu verbreiten, es liege alles nur am Hahn, man habe sich eben in ihm getäuscht, damit soll nur vertuscht werden, daß die Vorstandspolitik genau die Politik des Finanzkapitals ist. Vertuscht werden soll, daß es nicht Hahn ist, der abgeschafft gehört, sondern die gesamte bestehende Ausbeuterordnung.

Damit hier Klarheit geschaffen wird und nicht den Klassenversöhnlern das Feld überlassen wird, muß auch auf der Conti der Wiederaufbau der KPD in Angriff genommen werden. – (h)



Weg mit dem KPD-Verbot!

IG Chemie Darmstadt: „Den § 218 zu Fall bringen!"

Darmstadt. Die Delegiertenversammlung der IG Chemie Darmstadt hat in einem Beschluß die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und gegen das neue § 218-Gesetz protestiert. In der Begründung heißt es unter anderem: „Die Aufrechterhaltung des § 218 widerspricht dem erklärten Willen des Volkes. Wir werden von unserem Recht Gebrauch machen, den § 218 durch unsere Arbeit zu Fall zu bringen." Beschlossen wurde die Weiterleitung des Beschlusses an den Gewerkschaftstag. Die Fristenlösung, die der IG Chemie-Vorsitzende Hauenschild einbrachte, wurde von den Delegierten zurückgewiesen.

Weg mit Beamtenrecht

Hamburg. Die Betriebsgruppe IZHD (Institut an der Universität Hamburg) der GEW hat beschlossen, unter folgenden Forderungen an der 1. Mai Demonstration sich zu beteiligen: Weg mit Beamtenrecht und besonderem Dienstrecht! Weg mit den § 88a und 130a! Demonstrations-, Streik- und Organisationsfreiheit! Weg mit § 218! Weg mit den Berufsverboten!

Demonstration gegen Stillegung wurde mit dem Singen der Internationale abgeschlossen

Walstedt/Neumünster. Innerhalb kürzester Zeit soll in Walstedt der dritte Betrieb, das Terrot-Werk, zum 30.6. geschlossen werden. Dies würde die weitere Verödung der Region erheblich beschleunigen und den 300 Terrot-Arbeitern den Arbeitsplatz kosten. Dagegen sind die Beschäftigten des Werkes aufgetreten und haben am 5.4.76 ihren Protest gegen die Schließung auf die Straße getragen. Über 700 der 9000 Einwohner haben sich an der Demonstration beteiligt, die mit einem Fackelzug zum Terrot-Werk und dem Singen der Internationale ihren Abschluß fand.

Offsetdrucker: Gegen den Abbau der Maschinenbesetzung

Die Maschine läuft nur mit kompletter Besetzung!

Köln. In den Bogenoffset-Abteilungen der Kölner Druckereien entwickelt sich schwungvoll der Kampf um die Maschinenbesetzung. Dies ist notwendig, da die Druckkapitalisten einen konzentrierten Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Druckereiarbeiter führen. Sie wollen die Lohnkosten senken. Sie lassen verstärkt Überstunden fahren, es werden zusätzliche Schichten eingerichtet und insbesondere wird versucht, die Maschinenbesetzung zu verkleinern. So laufen großformatige Vierfarbenmaschinen ohne „zweiten" Drucker, Zweifarbenmaschinen mit nur einem Hilfsarbeiter. Grundlage dieses Angriffs der Druckkapitalisten ist ein Manteltarifvertrag, der in dieser Frage nur folgenden Gummiparagraph enthält: „In der Regel kann von einem Drucker die Bedienung von mehr als zwei Farbwerken nicht verlangt werden." Über die Besetzung mit Hilfsarbeitern schweigt dieser Tarifvertrag. So nutzen die Kapitalisten das „in der Regel" aus und versuchen durch Lohnzulagen Drucker zu veranlassen, eine Vierfarbenmaschine allein zu bedienen. Dies ist in einer Reihe von Betrieben der Fall, wie es auch oft so ist, daß nur ein Hilfsarbeiter an Zweifarben- und Vierfarbenmaschinen steht. Die Folge davon ist, daß die Arbeitskraft der Druckarbeiter einem ungeheuren Verschleiß unterworfen ist, insbesondere dann, wenn noch Überstunden, Nachtarbeit und Sonderschichten dazukommen. Das Durchschnittsalter der Drucker liegt in Westdeutschland unter 35, das ist bezeichnend.

Insbesondere in drei Kölner Betrieben haben die Arbeiter den Kampf aufgenommen, bei Rudolf Müller, bei Nikolaus und bei Rheindorff. Bei Rudolf Müller ist es heute so, daß eine Maschine nicht anläuft, bis die Besitzung komplett ist, egal warum einer fehlt. Bei Nikolaus hat ein Drucker die unterbesetzte Maschine abgestellt, nachdem er versuchsweise hat anlaufen lassen, um keine Arbeitsverweigerung zu kriegen. Der Versuch klappte halt nicht. Bei der Druckerei Rheindorff hat die Offset-Abteilung geschlossen die Überstunden verweigert, als nach Auseinandersetzungen um diese Frage, die schon seit letzten September dauern, die Geschäftsleitung im März nun wieder eine Maschine urlaubs- und krankheitshalber ohne zweiten Drucker laufen ließ. So haben also in verschiedenen Betrieben die Kollegen, teilweise mit Erfolg, versucht, die komplette Maschinenbesetzung durchzusetzen.

Gleichzeitig hat sich an dieser Frage der Aufbau der Berufsgruppe Druck der IG Druck und Papier in Köln entwickelt, die zur letzten Sitzung über vierzig Kollegen aus zehn Betrieben verzeichnen konnte. Dort haben die Kollegen beraten, welche Aktionen sie durchführen können, welche Maßnahmen die Betriebsräte ergreifen können, um die Maschinenbesetzung durchzusetzen. Sie haben dabei auch gerade die Betriebe im Auge, wo Drucker sich des Zuschlags wegen weigern, sich für einen weiteren Drucker einzusetzen. Indem sie die Sitzung der Berufsgruppe jedesmal an einem anderen Betrieb stattfinden lassen, wollen sie diese Kollegen an einen Tisch bekommen und sie überzeugen. Zu dem gleichen Zweck wurden schon gewerkschaftliche Abteilungsversammlunen an verschiedenen Betrieben durchgeführt.

Die Berufsgruppe hat im letzten Herbst einen Vorschlag zur Neufassung des Manteltarifvertrags verabschiedet. Er hält die Maschinenbesetzung im einzelnen fest, insbesondere steht dort für die großformatigen Maschinen: ein Farbwerk – 1 Drucker, 1 Hilfsarbeiter; zwei Farbwerke – 1 Drucker, 2 Hilfsarbeiter; vier Farbwerke – 2 Drucker, 2 Hilfsarbeiter.

Für je zwei weitere Farbwerke kommt ein Drucker hinzu.

Die Verhandlungen über einen neuen Manteltarif werden Anfang 1977 beginnen. Der Hauptvorstand der IG Druck und der Bundesvorstand der Berufsgruppen hat diesen Vorschlag als Grundlage für die Verhandlungen genommen.

Insbesondere die Auseinandersetzungen in den Betrieben um diese Frage hat die gegensätzlichen Interessen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten für die Kollegen deutlicher hervorgetrieben, hat ihre Kampfbereitschaft gestärkt. Auf der letzten Sitzung der Berufsgruppe war folgende Erklärung einstimmig verabschiedet und an die Tarifkommission gesandt worden:

„Die Berufsgruppe Druck der IG Druck und Papier Köln unterstützt voll und ganz die Ablehnung des provokatorischen Unternehmerangebots von 4,7 Prozent und des Schlichtungsspruchs von 5,4 Prozent. Wir fordern die Tarifkommission auf, so schnell wie möglich das Schlichtungsverfahren zu beenden, um den Weg frei zu machen für die Urabstimmung. 9 Prozent, mindestens aber 140 DM, dafür sind wir bereit zu streiken!" – (m., Köln)



Forderung am 1. Mai: Mindestens 80 Prozent Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit. Bild: Auf der Augsburger IG Metall-Kundgebung gegen Stillegungen.

Drucker fordern Streik: für 9% mindestens 140 DM!

Freiburg. Auf der Jahreshauptversammlung der IG Druck in Freiburg wurde von den Sozialdemokraten der Gewerkschaftsführung die Forderung von Kollegen, Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung der 9%, mindestens 140 DM, einzuleiten, abgelehnt. Verwiesen wurde darauf, daß die Gewerkschaft in den Betrieben Mitgliederversammlungen durchführen wolle, wo solche Beschlußfassungen dann eingebracht werden könnten. In der folgenden Woche wurden diese Mitgliederversammlungen, dort, wo sie durch die Belegschaften gefordert wurden, von der Gewerkschaftsführung abgelehnt. Es hieß, man würde sie erst bei einer „Änderung der Lage" durchführen. Die Arbeiter bei Herder in Freiburg sind sich aber darüber im klaren, daß man beim jetzigen Stand der Lohnauseinandersetzung die Urabstimmung und der Streik unbedingt nötig sind. Sie sind sich darüber im klaren, daß die Taktiererei der Sozialdemokraten, die die Kampfkraft der Bewegung aus der Auseinandersetzung halten will, zu nichts Gutem führt. Letzte Woche dokumentierten sie ihre Auffassung, ihre Forderungen, indem sie an allen gut sichtbaren Stellen im Betrieb Aufkleber klebten, wo gefordert wird: 140 mindestens können wir nur im Streik erkämpfen. Fordern wir Urabstimmung und Streik. Kampf dem Lohnraub, Kampf den Rationalisierungsmaßnahmen!

Westberlin. Bei Springer, Mercator, Sala-Druck und Druckhaus Tempelhof wurde der gewerkschaftlichen Aufforderung zur Verweigerung von Überstunden und Sonderschichten Folge geleistet. Bundesdruckerei: Am Montag verlängerte die Setzerei ihre Pause um eine halbe Stunde und etwa 70 diskutierten über die Tarifrunde. Spandauer Volksblatt: Am Mittwoch letzter Woche unterbrachen die Arbeiter der Setzerei und der Rotation die Arbeit und diskutierten ebenfalls über die Tarifrunde.

Hamburg. Im Seehafen-Verlag legten am letzten Mittwoch die Kollegen der Technik zwei Stunden die Arbeit nieder, um die Möglichkeit eines Streiks für die Forderung der IG Druck für 9%, mindestens 140 DM mit dem Betriebsrat und dem Vertrauensleutekörper zu diskutieren.

Gegen einen Tarifabschluß wie im öffentlichen Dienst

Der Vertrauensleutekörper des Mannheimer Morgen schickte ein Telegramm an die Tarifkommission der IG Druck und Papier: Kollegen entrüstet über ÖTV-Abschluß! Solcher Abschluß wird nicht gebilligt!

Durch Streikdrohung

Neueinstellungen erzwungen

München. Im Zuge der Einschüchterungs- und Unterdrückungspolitik waren viele Kollegen bei der „Süddeutschen Zeitung" gezwungen worden, ihren Resturlaub von 1975 mit Ablauf des Monats März 1976 zu nehmen. Gleichzeitig waren etliche krank, was bei allgemeiner Steigerung der Arbeitsleistung zwangsläufige Folge ist, weil der menschliche Organismus anfälliger wird. Diese Folgen der Entlassungs- und Antreibungspolitik trafen auf einen starken Aufschwung des Anzeigengeschäfts.

Setzer, Metteure und Korrektoren waren dieser Welle nicht mehr gewachsen, die auf sie zurollte. Bereits die Mittwochsausgabe der „SZ", mit dem Immobilienmarkt üblicherweise die stärkste Werktagsnummer, erschien unkorrigiert, der Vordruck der Samstag-Ausgabe mit Stellenmarkt konnte zum Andrucktermin nicht umbrochen werden. Die Folge bekamen die Drukker zu spüren, die in die Frühschicht reinkamen – sie mußten die Arbeit leisten, die sonst die vorangegangene Nachtschicht bewältigt. Angesichts der Hektik und des Arbeitsanfalls am Freitagmorgen brach unter den Maschinensetzern heftiger Protest aus. Sie waren nicht mehr gewillt, diese Last auf sich zu nehmen. Der anwesende Betriebsrat holte den technischen Direktor, damit er sich mit der Lage vertraut mache. Er bekam zu hören, daß die Kollegen nicht mehr länger zuschauen wollten, sondern daß die Arbeit ruhe, wenn nicht unverzüglich Einstellungen erfolgten. Das tat seine Wirkung! Nichts fürchten die Kapitalisten und ihre Handlanger mehr als einen Streik!

Der Erfolg war schnell sichtbar: Bereits am Montag darauf warenarbeitslose Kollegen in der Setzerei.

Die Entwicklung der Produktion im Kapitalismus:

Die Qual der Arbeit wird vergrößert

„Heute arbeitet der Mensch längst nicht mehr so hart wie früher. Viele Maschinen und automatische Einrichtungen haben ihm die Arbeit erleichtert, ihm schwere Lasten und mühevolle Tätigkeiten abgenommen."

Diesen Satz hört man oft aus dem Munde der Bourgeoisklasse und ihrer Ideologen. Jedes Kind lernt es in der Schule, und bis zum Eintritt in die Fabrik hört man es überhaupt nicht anders. Nach einer Zeit merkt man aber, was Sache ist. Spätestens wenn man aus der Lehrwerkstatt raus ist oder wenn man als Jungarbeiter in der Produktion voll eingespannt wird, kommt man dahinter, was all diese „Erleichterungen" durch Maschinen für die Arbeiter im Kapitalismus mit sich gebracht haben – nämlich mehr Arbeit, mehr Hetzerei.

Zunächst scheint das ja einleuchtend zu sein: Eine automatische Maschine vermindert die Arbeitszeit, die der Mensch an der Maschine für das neue Produkt verausgabt, also muß er weniger arbeiten. Allerdings, die Arbeit, die der Arbeiter weniger an einer Maschine verausgabt, verausgabt er dafür an mehr Maschinen.

Die Bourgeoisie und alle ihre Staubfresser, die das Fabrikleben so gut kennen wie der Fisch die Wüste, „vergessen" bei ihrem ganzen gönnerhaften Geschwätz von der „erleichterten" Arbeit, daß der Arbeiter immer noch den *ganzen Tag* in der Fabrik ist und nicht plötzlich nur den halben, weil die Maschine ihm soviel Arbeit abnimmt. Das verschweigen sie tunlichst und entlassen die Hälfte der Arbeiter, die nun „überflüssig" sind, auf die Straße geworfen werden und ins Elend kommen.

Die Firma Hammersen in Osnabrück als Beispiel: Hammersen ist eine Textilfabrik mit etwa 800 Beschäftigten (im Besitz des Dierig-Konzerns). In der Färberei dieser Fabrik, wo ich mehrere Jahre gearbeitet habe, sah es vor zwanzig Jahren noch so aus: An einem Färbeapparat für 300 Kilo Baumwollgarn arbeiteten zwei Arbeiter. Einer holte die Chemikalien und Farbstoffe heran, der andere bediente den Apparat, wo er je nach Färbung heizen, abkühlen auf bestimmte Temperaturen für bestimmte Dauer und die Bewegung der Färbeflotte regulieren mußte. Nach ein paar Jahren wurden halbautomatische Apparate eingeführt, die einen Arbeiter erübrigten, denn es brauchte niemand mehr alle fünf Minuten den Hebel für die Flottenpumpe umzuwerfen. Der Arbeiter mußte dafür seine Chemikalien selbst heranholen. Damit einher ging die Intensivierung, denn die Kapitalisten fanden, daß noch nicht genug die Zeit ausgefüllt sei. Ein Arbeiter mußte zwei Apparate bedienen.

Wiederum nach ein paar Jahren kam der erste vollautomatische Färbeapparat. Man brauchte nur noch die Farbbäder anzusetzen, das Garn in den Apparat zu schicken, eine Lochkarte mit der gewünschten Färbung einzustekken und Knöpfchen zu drücken. Die Kapitalisten meinten, das sei wirklich zu wenig, und zwangen den Kollegen, der vorher zwei Apparate bediente, den vollautomatischen auch noch mit zu bedienen. Die Zentner Chemikalien und Farbstoffe, die der Kollege mehr am Tag zu schleppen hatte, fielen für die Kapitalisten nicht ins Gewicht. Auch das noch nicht genug, die Arbeit wurde bis heute ständig intensiviert, so daß ein Kollege in Spitzenzeiten sechs bis sieben Färbeapparate bedienen mußte. Was früher eine qualifizierte Arbeit war, die man jahrelang lernen mußte, ist durch die vollautomatischen Maschinen in eine stupide Arbeit verwandelt worden, für die keine besonderen Fähigkeiten erforderlich sind: Die Kollegen sausen nur noch durch die Halle, kontrollieren die Thermometer und Druckanzeiger, schleppen Farbstoffe und Chemikalien an, immer getrieben durch die Apparate, die ihr Tempo bestimmen, ihre Gedanken, ihre Handgriffe; acht Stunden lang eingepfercht in eine dunstige, stickige Halle, gefesselt von einer Maschinerie, die der Arbeiter „bedient", deren Sklave er ist. Ein Teil von vielen in dieser ganzen Anlage ist er, aber ein besonderes Teil, das „mehrwertproduzierende" Teil. Als dieses Teil existiert der Kollege, das ist seine Funktion im Produktionsprozeß. Um dabei den „reibungslosen" Ablauf zu sichern, gibt es ein ganzes System von Vorschriften, durchweg Gemeinheit und Schikane, bissig durchgesetzt von den Meistern, das einem jede Minute regelt. Die Kontrolle reicht von der Zeit, die man zum Scheißen braucht, und ist soweit ausgebaut worden, daß bei Schichtende von der Geschäftsleitung von Hammersen gefilmt wurde, wer eher abhaut (früher war es üblich, oft ein paar Minuten vor Schichtende zu verschwinden). Das hat eine große Wut unter den Arbeitern erzeugt, und die Geschäftsleitung mußte derartige Einschüchterungsversuche einstellen.

Die Arbeiter haben an der kapitalistischen Produktionsweise, in der jede Weiterentwicklung für das Proletariat nur eine Vermehrung der Auspressung und Unterdrückung ist, nicht das geringste Interesse. Die kapitalistische Produktionsweise, in der das gesellschaftlich geschaffene Produkt der Arbeiterklasse von den Kapitalbesitzern angeeignet wird, findet in dem Privateigentum an den Produktionsmitteln ihre Schranke. Die Arbeiterklasse muß diese Schranke zerschlagen, um die Produktion im Interesse der Gesellschaft zu entwickeln. (k., Osnabrück)

Kontrolle durch Fernsehkameras

Im Programm des KBW steht: „Für das Proletariat bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung. Sie verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vergrößern die Qual der Arbeit und vernichten ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, verunstalten die Bedingungen, innerhalb derer er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit für den Kapitalisten, so daß der Arbeiter nur lebt, um für den Kapitalisten zu arbeiten." Wie die Unterwerfung unter diese kleinlichst gehässige Despotie durchgeführt wird, das will ich am Beispiel des Naturin-Werkes, einem Chemiebetrieb in Weinheim, zeigen.

Die Naturin stellt Wursthüllen her. Das sieht so aus, daß an der Maschine der Darm durch eine Düse herausgedrückt wird, über eine Trockenstrecke, Kanal genannt, läuft und am Ende aufgewickelt wird. Die Arbeiter müssen das Ganze überwachen, die Qualität des Darms überprüfen und die Wickelrollen auswechseln, wenn sie voll sind. Der Arbeitsablauf und das Tempo werden völlig von der Maschine bestimmt.

Die Kapitalisten zwingen die Arbeiter zu einem niedrigen Lohn zu arbeiten, der nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren. Die Arbeiter arbeiten in der Lohngruppe 3, sie haben einen Tariflohn von 8,15 DM, zusätzlich Schicht-, Erschwernis-, und Nachtschichtzulagen. So kommen sie im Monat auf ungefähr 1600 brutto.

Im Laufe des Jahres wurde die Arbeitsleistung der Bänder von 800 bis 1000 m (je nach Darmstärke usw.) auf 1300 bis 1700 m gesteigert. Das wirkt sich für die Arbeiter so aus, daß sie mehr Rollen wechseln müssen. 1 Rolle hat 250 m, jetzt müssen 5 bis 6 Rollen pro Stunde oder 40 Rollen am Tag gewechselt werden. Gleichzeitig wurde die Mannschaft von 80 auf 50 Arbeiter an den Bändern abgebaut.

Bisher sah die Kontrolle im großen Kanal, der Abteilung, um die es hier geht, so aus, daß sie von ihrer Bude aus die Kollegen im unteren Stockwerk beobachten konnten, außerdem meistens herumliefen und so ihre Aufpasserfunktion wahrnahmen. Um verstärkt Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszupressen, planen die Naturin-Kapitalisten jetzt eine Monitor-Anlage zu installieren, wo Fernsehkameras angebracht werden und die Meister über Bildschirm alles genauestens beobachten können. Die Kollegen merken nichts von der Kontrolle.

Das Ganze dient zur Einschüchterung und der verstärkten Antreiberei. Wenn im Rücken die Fernsehkamera hängt, wenn man nicht weiß, ob der Meister gerade jetzt einen beobachtet, dann ist das eine ständige Bedrohung für jeden. Jetzt, wo es soviele Arbeitslose gibt, die an seine Stelle rücken könnten.

Deutlich ist der Zusammenhang mit den sonstigen Überwachungsmaßnahmen der Kapitalisten, die jetzt auch verlangen, daß jeder eine Kennkarte mit Bild, Name und Stechkartennummer auf der Jacke trägt. „Das ist wie im Zuchthaus", hat einer gesagt. Die Arbeiter überlegen, wie man sich dieser Überwachung entziehen kann. Die Fernsehlinsen mit Masse zukleistern, meint der eine. Sich in den Kanal verziehen, der andere. Noch wenig laut ist die Forderung nach einer gemeinsamen Aktion gegen die Pläne der Naturin-Kapitalisten. Gemeinsam die Rücknahme aller Überwachungsmaßnahmen fordern, dazu müssen die Kollegen kommen. – (P., Weinheim)

Der Ortszuschlag wird angegriffen

Teil der Lohnraubpolitik des Staates

Anfang März wurde allen Kollegen ein mehrseitiges Formular vorgelegt, worin sie lückenlos über ihre Familienverhältnisse Auskunft geben mußten. Es geht um den Ortszuschlag. Genauer gesagt, er soll für verheiratete Kollegen, wo beide Ehepartner im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, gekürzt werden.

Schon seit Anfang Januar steht auf dem Lohnzettel: „Ortszuschlag unter Vorbehalt". Dahinter steckt das „Haushaltsstrukturgesetz" der SPD/FDP-Regierung vom November letzten Jahres, mit dem sie darangegangen ist, zahlreiche Lohnbestandteile wie u.a. den Ortszuschlag wegzukürzen, um Gelder für die Mästung der Kapitalisten flüssig zu machen (Investitionszulage etc.). Die Passagen, worauf es ankommt, lauten:

Ledige Angestellte, die das 40. Lebensjahr vollendet haben, und Geschiedene erhalten nur noch den Ortszuschlag der Stufe 1. Erhalten Ledige bereits den Ortszuschlag der Stufe 2, wenn das Gesetz in Kraft tritt, bekommen sie ihn weiter.

Der Unterschiedsbetrag zwischen der Stufe 1 und der Stufe 2 des Ortszuschlages, der Verheiratetenbestandteil, wird einheitlich auf 90 Mark festgesetzt.

Sind beide Ehegatten im öffentlichen Dienst beschäftigt, erhält jeder von ihnen nur noch den Ortszuschlag eines Ledigen und die Hälfte des Unterschiedsbetrages zum Ortszuschlag eines Verheirateten. Beide Ehegatten können jedoch bestimmen, daß einem von ihnen der Unterschiedsbetrag in voller Höhe gezahlt wird.

Die kinderbezogenen Bestandteile des Ortszuschlages erhält nur noch der Ehegatte, der das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz bezieht oder zu beanspruchen hätte.
kindergeldgesetz bezieht oder zu beanspruchen hätte.

Entsprechendes gilt für Arbeiter beim Sozialzuschlag.

Um Einkommenseinbußen zu verhindern, wird eine Ausgleichszulage gezahlt. Sie verringert sich jeweils um die Hälfte des Betrages, um den sich Löhne und Gehälter aufgrund einer allgemeinen Tarifverbesserung erhöhen. Sonstige Erhöhungen werden voll angerechnet.
(ÖTV-Magazin 12/75)

Wie wirkt sich das für die betroffenen Kollegen aus?

Nehmen wir z.B. einen Krankenpfleger, dessen Frau als Krankenschwester beschäftigt ist. Beide haben 2 Kinder zu versorgen und sind nach Kr. IV eingestuft.

Bei beiden setzt sich der Ortszuschlag folgendermaßen zusammen:

Ledigenanteil:	394,16
Verheiratetenanteil:	92,37
Kinderanteil:	150,59
Gesamtortszuschlag:	637,12

Bei der Ehefrau wird nun ab 1976 gekürzt:
Verheiratetenanteil (92,37) auf 45 DM
Kinderanteil (150,59) entfällt ganz.

Die Ehefrau verdient also 1976 genau 197,96 weniger als ein Jahr zuvor.

Der Ehemann wird folgendermaßen zur Ader gelassen:
Verheiratetenanteil (92,37) wird auf 45 DM wie bei der Ehefrau zusammengestrichen.

Beide zusammen sollen also ab 1.1.76 245,33 DM weniger verdienen. Das ist sogar dem staatlichen Dienstherrn ein wenig zu happig vorgekommen. Stattdessen hat er sich etwas anderes, nicht minder boshaftes einfallen lassen:

Die 245,33 DM werden zunächst als Ausgleichszulage gezahlt, aber mit jeder Lohnerhöhung vermindert, solange, bis sie aufgebraucht wird. Den Kollegen wird also in Raten das Geld aus der Tasche gezogen. Der Trick ist seit der Mieterhöhung in den Personalwohnheimen bekannt. Nach dem diesjährigen 5 % Abschluß bekommt die Ehefrau z.B. ca. 85 DM mehr pro Monat brutto, der Ehemann ebenfalls.

Ausgezahlt bekommen beide aber nur die Hälfte, also ca. 42,50 DM. Der Rest geht für die Ausgleichszulage drauf. Für die nächsten drei Jahre muß die Ehefrau sich mit der halben Lohnerhöhung pro Monat zufriedengeben, bis der Ausgleichsbetrag aufgezehrt ist. Der Ehemann hat es etwas früher „ausgestanden".

Noch zügiger geht die Streichung des Ortszuschlages vor sich, wenn sich die Bezüge der Kollegen sonst irgendwie erhöhen. Der Mehrverdienst z.B. bei einer höheren Einstufung geht gleich ganz drauf.

Die Kürzungen werden dann ins Haus stehen, wenn die Lohnerhöhungen – wahrscheinlich Mai/Juni – ausgezahlt werden.

Der Dienstherr operiert mit dem Argument, es sei ungerecht, wenn beide Ehegatten außer dem Kindergeld noch den kinderbezogenen Teil des Ortszuschlages bekamen.

Von solchen Argumenten ist rein gar nichts zu halten. Die Kollegen sind unter bestimmten Bedingungen in ihr Arbeitsverhältnis eingegangen. Dazu zählen außer den Arbeitsbedingungen auch der Lohn, d.h. die Summe, die sie mitsamt allen Zulagen – dazu gehört auch der Ortszuschlag – auf die Hand bekommen.

Von dieser Summe nimmt nun der Dienstherr einseitig und willkürlich und unter dem Vorwand der Gerechtigkeit Abstriche vor. Der Lohn ist gekürzt worden, daran ist nicht zu rütteln.

Über all das wird peinliches Schweigen bewahrt, den Kollegen werden lediglich geheimnisvolle Formulare vorgelegt, obskure Bemerkungen sind auf dem Lohnzettel zu finden. Damit es möglichst nicht oder wenn schon, dann möglichst spät herauskommt, daß der Dienstherr sich wieder einmal am Geldbeutel der Kollegen gütlich getan hat. – (s., Schwetzingen)

Hessen

GEW-Mitglieder für Warnstreik

Frankfurt/M. Wie auch in anderen Bundesländern verstärkt der Staat in Hessen den Arbeitsdruck auf die Lehrer. So wurden Entlastungsstunden z.B. für Lehrer mit Verwaltungsaufga-
ben (Schülerbibliothek u.ä.) zum 1.8
z.B. für Lehrer mit Verwaltungsaufga-
ben (Schülerbibliothek u.ä.) zum 1.8. für insgesamt 20000 Stunden pro Woche gestrichen. So wurde die Zeit für Unterrichtstätigkeit verlängert. Den hessischen Grund- und Hauptschullehrern wurden die Gehälter gekürzt. Tausende von Referendaren und ausgebildeten Lehrern sollten nicht eingestellt werden oder nur unter rechtlosen Bedingungen Lehraufträge übernehmen. Gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer wurde in der Gewerkschaft der Widerstand entwickelt. Lehrer, Eltern und Schüler protestierten gemeinsam gegen die Zustände an den Schulen. Um den Widerstand abzufangen und zu spalten, erklärte der Kultusminister vor kurzem, daß ab 1.8.1976 2000 befristete Angstelltenverträge vergeben werden sollen. Die angestellten Lehrer haben durch die Befristung keinen Kündigungsschutz, sie bekommen nur zwei Drittel des Gehalts für zwei Drittel Unterrichtszeit. So will der Dienstherr die Lage der arbeitslosen Lehrer nutzen, um einen Teil der Lehrer zu entrechten, ihn verstärkt unter die Fuchtel zu kriegen, einen Teil gegen den anderen auszuspielen und so den Druck auf alle Lehrer zu verstärken.

In der befristeten Zeit sollen sich die Zwei-Drittel-Lehrer „bewähren" für eine spätere volle Anstellung. Die 2000 Lehrer sollen es sich dreimal überlegen, ob sie sich während der befristeten Zeit mit den anderen Lehrern zusammenschließen gegen die Maßnahmen des Staats. Aber nur der Zusammenschluß gegen den Dienstherrn ist das Mittel, die Angriffe auf die Arbeitsbedingungen zurückzuschlagen.

Dazu muß die GEW gewerkschaftliche Kampfmittel einsetzen.

Die GEW-Führung hat stattdessen den Gedanken des „Reformboykotts" propagiert. Die Lehrer sollen als ein-
zelne die Mitarbeit in staatlichen
propagiert. Die Lehrer sollen als ein-
zelne die Mitarbeit in staatlichen Schulgremien verweigern. Also in Gremien, deren Arbeit gerade darauf zielt, Pläne zu entwerfen, wie aus den Lehrern Mehrarbeit herausgeholt werden kann, wie sie in kürzerer Zeit mehr Schülerköpfe bearbeiten können.

Anstatt gewerkschaftliche Kampfmittel zu organisieren, schlägt die GEW-Führung „Dienst nach Vorschrift" vor. Die Lehrer sollen als einzelne handeln und nicht geschlossen für ihre Forderungen eintreten.

Der Vorschlag des „Reformboykotts" und des „Dienstes nach Vorschrift" ist von den GEW-Mitgliedern zurückgewiesen worden. So hat die Mitgliederversammlung der GEW Frankfurt beschlossen, einen Warnstreik vorzubereiten unter den Forderungen: Keine Zwei-Drittel-Stellen – unbefristete Einstellung der ausgebildeten Lehrer! Rücknahme der Entlastungsstundenkürzung – keine Arbeitszeitverlängerung!

Nach diesem Streikbeschluß ging die GEW-Führung in Hessen dazu über, in der Presse die Kampfbereitschaft der Mitglieder anzugreifen. Der GEW-Landesvorsitzende Ludwig sprach von „Scharfmacherei" und behauptete, daß ein Streik nicht durchführbar sei, das sei „derzeit kein Thema" und würde die Lehrer isolieren. Stattdessen wolle er jetzt in „vernünftigen Anhörungsgesprächen" verhandeln.

Im Gegensatz dazu haben drei von vier hessischen Bezirksverbänden festgelegt: Urabstimmung und Warnstreik zur Durchsetzung unserer Forderungen sind jetzt richtig und notwendig.

„Goldene Brücken"

Seit Wochen schon beschäftigt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" eine Auseinandersetzung zwischen dem Bremer Senat und den Universitätsangestellten und Studenten. Es geht um das Personalratsmitglied Mützelburg, Leiter der Zentralen Lehrerausbildungsstelle an der Universität Bremen. „Vor Monaten", so schreibt die „Frankfurter Allgemeine", „hatte Franke versucht, Mützelburg goldene Brücken zu bauen." Darauf hatte der Personalrat Mützelburg gepfiffen. Aber in anderer Melodie, als der Hochschulsenator Franke es zu hören wünschte. Mützelburg sollte sich „vom KBW distanzieren". Die herrschende Klasse erwartet, daß so eine Distanzierung bei den Gehalts- und Karriereaussichten eines Amtsvorstehers im höheren Dienste alle Tage glatt von der Feder geht. Damit sollte „alles in der Versenkung verschwinden". Darin bestand der Plan des Senators.

Diese Distanzierung fand nicht statt. „Mützelburg lehnte jeden Kompromiß ab. Statt dessen formulierte er eine Erklärung", stellt die „FAZ" mit Schrecken fest, in der er an seinen revolutionären Auffassungen festhält.

Die „goldene Brücke" des Senators Franke ist der Weg des Verrats an den Interessen der Belegschaft, die ihn als ihren Vertreter gewählt hat, und an den Interessen der Studenten, die von ihm ausgebildet werden; daß Mützelburg die goldene Brücke zum Ufer der Bourgeoisie nicht beschritten hat, sondern auf seiten der Arbeiterklasse im Klassenkampf das Recht auf Revolution behauptet, schmerzt die Bourgeoisie.

Unter ihren höheren Politikern und Beamten hat es schon zu einem ziemlichen Hin und Her geführt. Die Entlassung Mützelburgs wurde mittlerweile vom Hochschulsenator Franke angewiesen, vom Universitätsrektor Steinberg zurückgewiesen, daraufhin vom Bremer Senat bestätigt, vom Rektor schließlich unter Protest beantragt, von der Belegschaft durch neuerliche Wahl in den Personalrat eindeutig verworfen und vom Personalrat schließlich wiederholt abgelehnt.

Bei all diesen Manövern geht die herrschende Klasse davon aus, daß es zwischen ihren Interessen und den Interessen der Massen keine Gemeinsamkeit gibt. Mit Gold versucht sie, einzelne auf ihr Ufer herüberzuziehen. Daß einer diesen Lockungen mit Gold Widerstand entgegensetzt und an den Interessen der Massen festhält, hat die Bourgeoisie schon immer angeschlagen.

Fernmeldeamt 1 Bremen

Fernmeldeamt 1 Bremen

Protest gegen Kantinenpreiserhöhung

Bremen. Wie die Post versucht, das Lohnniveau der Beschäftigten zu drükfolgendem Beispiel beim Fernmeldeamt I deutlich:

Ab 22.3.76 sind die Kantinenpreise bei den Fernmeldeämtern 1 und 2 in Bremen erhöht worden. Dabei geht es aber nicht um Groschen, sondern drastisch wird angehoben. Spiegeleier mit Bratkartoffeln kosten jetzt nicht mehr 1 DM, sondern jetzt 2! Ein Kotelett mit Bratkartoffeln statt 2 jetzt 4 DM! Ein Salatteller führt jetzt den stolzen Preis von 2,50 statt vorher 1,65 DM. Auch bei den Brötchen wird zugepackt: Ein Käsebrötchen kostet jetzt 90 Pennig statt vorher 60.

Der „soziale Charakter" der Preisanhebungen wird begründet mit den gestiegenen Personal- und Lebensmittelkosten. Doch wie sieht das aus? Der Anteil der Post an den Kantinenpreisen ist seit Jahren gleich geblieben, während den Kollegen die Erhöhungen in die Tasche greifen. 1 DM zahlt die Post pro Beschäftigten pro Tag dazu. Doch wohl nicht mal 50 Prozent der Kollegen essen in der Kantine, weil das Essen grausig ist! – (m., Postzelle Bremen)

Auf der Personalversammlung des Fernmeldeamtes I Bremen am 20. April erklärte die Leitung: Die Kantine muß sich selber finanzieren und das täte sie nicht. Deswegen sei die Erhöhung gerechtfertigt. Dagegen wurde von den Beschäftigten festgehalten, daß man in den umliegenden Imbissen billiger als in der Kantine essen könne. Die Leitung antwortete darauf: Man solle die teuren Preise in der Kantine bezahlen, um die Kantine zu unterstützen oder die Kantine müsse geschlossen werden. Die Personalversammlung wußte eine andere Antwort und faßte einen Beschluß, daß die am 22.3. in Kraft getretene Kantinenpreiserhöhung für unzumutbar gehalten wird. Die Amtsleitung ist aufgefordert worden, die Erhöhung sofort zurückzunehmen.

Berichtigung

In der KVZ 15/76 standen auf Seite 7 im Beschluß der ÖTV-Betriegsjugendgruppe BEWAG zum 1. Mai die Forderungen: „Weg mit der Stufenausbildung! Zweiter Berufsschultag! Einheitliche Ausbildungsvergütung!" **Die letzten beiden Forderungen sind von der ÖTV-Betriebsjugendgruppe nicht beschlossen worden.** Sie sind auf Grund eines Übermittlungsfehlers abgedruckt worden.

Protesterklärungen gegen den 5%, mindestens 85 DM Abschluß

Mannheim

Der **Kreisarbeiterausschuß der ÖTV Mannheim** „protestiert auf das entschiedenste gegen den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst 1976" und stellt fest: „. . . Die Kolleginnen und Kollegen . . . fühlen sich schlechtweg ‚verschaukelt'. Es wird unterstellt, daß die Bezieher höherer Einkommen sehr großen Einfluß auf diesen Tarifabschluß hatten. Die Mitglieder des Kreisarbeiterausschusses erwarten, daß von der Großen Tarifkommission und vom Hauptvorstand alles unternommen wird, zu diesem Tarifabschluß und zu unseren Ausführungen Stellung zu nehmen und Auflärung zu geben."

Auf der **Mitgliederversammlung der ÖTV im Zentralinstitut für seelische Gesundheit** wurde einstimmig eine Resolution gegen den Tarifabschluß verabschiedet: „ Dem Staat ging es also darum, die oberen Beamten, unsere Dienstherren, durch die Prozentforderung zu schmieren, damit sie auch willig die Entrechtung und Rationalisierung im öffentlichen Dienst gegen die Interessen der Kollegen durchsetzen."

Die ÖTV Mannheim schickt zum Gewerkschaftstag im Juni 5 Delegierte. Diese 5 Kollegen sollen ihre Vorstellungen auf einer Versammlung den Mitgliedern vortragen und Rede und Antwort stehen.

Rüsselsheim

Die **Vertrauensleute des Unterbereichs Stadtverwaltung Rüsselsheim** schreiben: „Dieser Abschluß kostet den öffentlichen Haushalt 1,66 Mrd. mehr als unsere Forderung nach 135 DM. Der jetzige Abschluß kostet 8,3 Mrd., das sind 5,3 % Belastung für den öffentlichen Haushalt. Die 135 DM wären aber nur 4,3 % Belastung gewesen. Das zeigt deutlich, die viel geforderte Sparsamkeit gilt nur für die kleinen und mitleren Löhne und Gehälter . . .

Der **Gesamtvorstand der ÖTV-Vertrauensleute der Stadt Rüsselsheim** hat in einer Erklärung den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst verurteilt: „Die prozentuale Erhöhung der Löhne und Gehälter – unter Berücksichtigung eines Mindestbetrages – war in dieser Tarifrunde nicht unsere Forderung . . . Die ÖTV-Vertrauensleute . . . waren bereit, die Festgeldforderung gemeinsam mit allen Mitgliedern auch mit einem Arbeitskampf durchzusetzen."

Frankfurt/M.

Im **Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik** (bekannt unter epd) lehnt die ÖTV-Betriebsgruppe den Abschluß ab und hat diese Haltung unter den Kollegen mit einem Flugblatt verbreitet, indem unter anderem folgendes steht:

. . . In der ‚Frankfurter Rundschau' wurden im Zusammenhang mit der Tariferhöhung neue Gebührenerhöhungen für die Frankfurter Bevölkerung angekündigt. Daß gegen die Spaltungsversuche und Angriffe nur ein einheitliches Vorgehen der Kollegen hilft, haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in dieser Tarifauseinandersetzung erkannt. Diese Erfahrungen müssen ausschlaggebend sein in der kommenden Auseinandersetzung."

Am Mittwoch, 15.4., fand im Frankfurter Volksbildungsheim eine Versammlung der unteren Ebenen des **Postgewerkschaftskörpers im Frankfurter Verwaltungsbereich** statt.

„Die Kollegen sehen jetzt einfach nicht ein, wochen-, ja monatelang diskutiert und gekämpft zu haben, um am Ende von ihrer eigenen Gewerkschaftsführung mit einem lumpigen Prozentabschluß verraten und verkauft zu werden, der ihnen 85 Mark einbringt, den Amtsvorstehern aber 250 – also den Leuten, die direkt in der Tarifrunde gegen jede Aktion vorgegangen sind und sie bespitzelt haben."

München

Die Fachgruppe Bibliotheken, Archive und Dokumentationsstellen protestiert

Die Fachgruppe tritt dafür ein, daß kein Abschluß mehr ohne vorherige Urabstimmung getätigt wird."

Hamburg

Der **Vertrauensleutekörper des Universitätskrankenhauses** beschloß am 14.4. ein Schreiben an die Große Tarifkommission, in dem es sinngemäß heißt: Die vorhandene Kampfkraft der Kollegen wurde nicht genutzt . . . Es wird keine Ruhe herrschen im öffentlichen Dienst. Die Regierung setzt die Angriffe fort mit Rationalisierung, politischer Entrechtung. Dagegen wehren wir uns.

Heidelberg

Der **Personalrat am Deutschen Krebsforschungszentrum** drückte seinen Protest gegen den Abschluß in einem Beschluß an die ÖTV-Gewerkschaftsführung aus: „. . . Der Abschluß bedeutet, daß den Großverdienern im öffentlichen Dienst, wie z.B. Innenminister Maihofer, der ca. 675 DM mehr erhalten wird, weiterhin für ihre Aufsichtsfunktion die Geldtaschen gestopft werden. Die unteren und mittleren Lohn- und Gehaltsgruppen werden mit 85 DM abgespeist."

Die **ÖTV-Gruppe Rechtsreferendare** Durch das Schlichtungsabkommen wird die Friedenspflicht weit ausgedehnt und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden daran gehindert, den erforderlichen Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber auszuüben. Wir fordern die ÖTV deshalb auf, das Schlichtungsabkommen zu kündigen."

Westberlin

Am 12. April faßte der **Betriebsgruppenvorstand Klinikum Steglitz der Freien Universität** einen Beschluß gegen den Tarifabschluß: „. . . Der Abschluß hat nach unserer Meinung zwei Funktionen. Er bindet die höheren Beamten durch ihre hohen Gehälter fest an den Staat, er drückt den Lohn auf einfache Arbeit. Beides liegt im Unternehmerinteresse."

Aus einem Flugblatt der **ÖTV-Vertrauensleutevorstandssitzung im Klinikum Westend Westberlin:** „. . . Insbesondere wenden wir uns gegen diejenigen Gewerkschaftsfunktionäre, die nicht bereit sind, unsere Forderungen gegenüber dem Staat durchzusetzen. Mit ihrer Wiederwahl in die leitenden Gewerkschaftsfunktionen können diese Kollegen nicht mehr rechnen."

Dortmund

Die **Vertrauensleuteversammlung der Stadtverwaltung** hat am Mittwoch, 14.4.76, den Abschluß abgelehnt, die Gewerkschaft kritisiert und festgehalten, daß „der Kampf gegen Arbeitszeitverlängerungen, Stellenkürzungen, Disziplinierungen, Rationalisierungen und Zulagenstreichungen entschieden fortgesetzt werden muß. Deshalb rufen wir alle Kolleginnen und Kollegen auf, am 1. Mai unter Losungen gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung auf die Straße zu gehen."

Noten – Unterdrückungsmittel der bürgerlichen Schule

Gegenwärtig tauchen in der bürgerlichen Presse immer wieder Theorien über die Jugend der heutigen Jahrgänge auf. Eine davon ist, daß die Jugend sich an den Schulen immer mehr anpaßt und einordnet in die bestehenden Verhältnisse.

Welche Form von Anpassung und Einordnung hier gemeint ist, sieht man schnell, wenn man sich den bürgerlichen Schulbetrieb anschaut. Eine wichtige Rolle spielt die Zensurengebung. Darüber wird die Unterdrückung der Schuljugend erheblich verschärft. Schon im Jahre 1973 hat es in Baden-Württemberg einen sogenannten Notenerlaß vom Kultusministerium gegeben, der Festlegungen enthält, wie Noten zu vergeben sind. Er konnte durch den heftigen Widerstand an den Schulen zurückgekämpft werden, wird aber, obwohl zurückgezogen, angewandt in der Praxis.

In diesem Erlaß heißt es: „Mit ungenügend sind zu bewerten:
1. Verunglimpfung von Einzelpersonen, Personengruppen, Völkern, Staaten und legalen demokratischen Einrichtungen sowie von politischen und religiösen Anschauungen.
2. Befürwortung und Verherrlichung von illegalen Handlungen, Maßnahmen, Einrichtungen sowie illegale politische Anschauungen."

Verboten soll also sein, den gerechten Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt zu propagieren, das Parlament als das zu entlarven, was es ist: Instrument zur Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Absicherung der bürgerlichen Herrschaft, Filbinger als einen Ausbeuterfreund und Volksfeind zu benennen, die Besetzung des Bauplatzes in Wyhl gutzuheißen. Jeder Gedanke an Revolution und Beseitigung der Ausbeutung soll aus den Schulen verbannt werden.

Praktisch sei das gezeigt an folgendem Beispiel. Schüler bekamen als Aufsatzthema „Gründe für die Arbeitslosigkeit". Sie haben in ihrem Aufsatz das Profitinteresse und die kapitalistische Produktionsweise dafür verantwortlich gemacht und bekamen dafür als Note gleich eine Vier bis Fünf. „Gerade noch", schreibt der Lehrer und macht folgende Bemerkung unter einen Aufsatz: „Wenn das stimmt, dann müßten alle westlichen Wirtschaftssysteme mehr oder weniger in einer Dauerkrise sein. Der Inhalt berührt zwar das Thema, ist aber nicht richtig." Die Ansichten der Schüler sollen hier durch die Notensysteme zurechtgebogen werden.

Das geht noch weiter. In Bremen ist bekannt geworden, und so läuft es eigentlich überall, daß auf Zensurenkonferenzen „schlechtes Betragen" gleich auf die Fachnoten raufgeschlagen wird. Etwas feiner hat das in Hamburg in einem Zeitungsartikel zur Zensurengebung ein Oberstudienrat ausgedrückt: „Die zu beurteilende Leistung setzt sich zusammen aus Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit." Das läuft dann so wie an der Gesamtschule in Osterburken. Schüler haben dort eine Plakette gegen den § 218 getragen. Daraufhin haben die Lehrer sie bedroht und aufgefordert, die Plaketten abzunehmen, sonst würden sie schlechte Noten bekommen.

Man sieht leicht, was die herrschende Klasse meint, wenn sie von Anpassung und Einordnung spricht. Notengebung ist eins der Mittel, um die Schüler nach den Interessen des Kapitals zu unterdrücken und auf die Lohnabhängigkeit zurechtzustutzen.

Von Anpassung und Einordnung kann also keine Rede sein: Unterdrückung durch die bürgerliche Schulgewalt herrscht. Die Folge ist verstärkter Widerstand. Er ist nicht einzeln zu führen, sondern gemeinsam. Die verschärfte Erziehung zur Lohnabhängigkeit erzieht auch zu Kampfformen, wie sie die Lohnabhängigen anwenden. Man kann sie lernen. – (j.k.)


Am 1. Mai: die Forderungen der Arbeiterjugend auf die Straße!

Annastift Hannover mästet sich an Sozialversicherungsgeldern

Kirche beutet behinderte Jugendliche aus

Hannover. Wie die Kirche unter dem Deckmantel der „christlichen Barmherzigkeit" Arbeiterjugendliche schamlos ausbeutet und sie noch dazu benutzt, sich an den Versicherungsbeiträgen der Lohnabhängigen zu bereichern, darüber berichtete der KVZ ein gehbehinderter Jugendlicher, der im Annastift in Hannover eine Ausbildung macht, in dem folgenden Interview.

Das Annastift ist eine „orthopädische Heil- und Lehranstalt", in der z.B. durch Contergan geschädigte Jugendliche behandelt werden. Dem Stift angegliedert ist eine sogenannte „Industriewerkstatt", in der Körperbehinderte und Umschüler (z.B. aufgrund von Berufskrankheiten) zu Drehern oder Mechanikern ausgebildet werden. Dafür läßt sich das Stift von der Landesversicherungsanstalt und von der Arbeitslosenversicherung bezahlen.

Im Kuratorium der frommen Anstalt sitzen Vertreter der evangelischen Landeskirche, Adelige und ein Landesbankdirektor.

Warum hast du hier in Hannover beim Annastift angefangen zu lernen?

Ich wollte Dreher oder Mechaniker werden, habe aber in Ostfriesland keine Lehrstelle gefunden.

Hast du im Annastift gleich einen Lehrvertrag bekommen?

Nein, erst ein Jahr nachdem ich hier angefangen habe. Vorher bekam ich einen sogenannten Eingliederungsvertrag. Ein halbes Jahr vor allem Feilen und Bohren im Grundlehrgang. Dann kam ich in den Maschinenlehrgang. Nach zwei Monaten wurde ich produktiv eingesetzt. Wir machen für Westinghouse kleine Stückzahlen. Dann war mal wieder wenig zu tun, und ich habe rumgehangen oder mußte irgendwelchen Kram für die Meister machen. Nach einem Jahr bekam ich dann endlich einen Lehrvertrag mit drei Monaten Probezeit, obwohl ich hier schon ein ganzes Jahr gearbeitet hatte.

Wer finanziert die Ausbildung? Wieviel erhältst du?

Das Arbeitsamt. In den ersten drei Monaten bekam ich 50 DM, dann erhielt ich, nachdem ich volljährig ge-
hielt ich, nachdem ich volljährig ge-
worden war, 260 DM im Monat plus 40 DM Fahrgeld für eine monatliche Heimfahrt.

Weißt du, wieviel das Annastift bekommt dafür, daß es dir einen Ausbildungsplatz gibt?

Das Annastift bekommt vom Arbeitsamt über 2 400 DM im Monat. Davon behält das Stift etwa 2 100 DM für meine Ausbildung und für Kost und Unterkunft.

Wieviele Lehrlinge beschäftigt das Annastift?

Insgesamt, Jungen und Mädchen, schwankt das zwischen 70 und 80. Das sind etwa 168 000 DM, die das Annastift für uns einsackt.

Ist das Essen und die Unterkunft gut?

Essen geht, aber die Unterkunft ist beschissen. Das ist hier ein Stall, aber kein Zimmer.

Du willst hier aufhören. Warum?

Mein Lehrvertrag wurde ein paar Tage vor Ablauf der Probezeit gekündigt, weil meine schulische Leistung zu schwach sei, sagte die Ausbildungsleitung. Ich stehe aber ausreichend.

Die Ausbildungsleitung wollte mir einen neuen Lehrvertrag geben, wenn ich in der Schule besser würde. In der Schule hatte ich aber Schwierigkeiten, das sofort zu packen, weil die Klasse mir ein halbes Jahr voraus war. Habe deshalb auch ein paarmal den Unterricht geklemmt. Sehe ich ja auch selber, daß das nicht gut war. Ich haue jetzt hier ab. Bis März läuft noch mein Vertrag mit dem Arbeitsamt, dann werde ich sehen, daß ich zu Hause einen Job bekomme.

Eins ist jedenfalls klar: Von der
Eins ist jedenfalls klar: Von der
Ausbildung habe ich wenig gehabt. Wer daran verdient hat, ist das Annastift.

Anmerkung: Nach dem sogenannten Arbeitsförderungsgesetz lassen sich die Kapitalisten von der Arbeitslosenversicherung die „förderungsfähigen Kosten" der Ausbildung von behinderten Jugendlichen bezahlen. Das Annastift stellt z.b. allein für die kasernenmäßige Unterbringung (in einem alten Krankenhaustrakt) und für die Verpflegung etwa 900 DM pro Monat in Rechnung. (d., Hannover)

Jugendpolizei

„Das Jugendamt ist zuständig für alle Minderjährigen, die in seinem Bezirk ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort haben", das bestimmt das Jugendwohlfahrtsgesetz in seinem Paragraph 11. Unter ständiger Beschwörung von „Hilfe", „Beratung", „Fürsorge" wird in diesem Gesetz die staatliche Überwachung der Jugendlichen für alle die Fälle festgelegt, wo sie sich nicht schon unter der ebenfalls staatlichen Schulgewalt befinden.

Dem Jugendamt, dem Landesjugendamt und jedem vom Jugendamt eingesetzten „Personensorgeberechtigten" wird das Recht zugesprochen, beim Vormundschaftsgericht Zwangserziehung gegen Jugendliche zu beantragen, die sogenannte Fürsorgeerziehung. „Das Vormundschaftsgericht ordnet für einen Minderjährigen, der das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, Fürsorgeerziehung an, wenn sie erforderlich ist, weil der Minderjährige zu verwahrlosen droht oder verwahrlost ist." (§ 64) Das Jugendamt ist so eine Art staatlicher Jugendpolizei, die ihre Mitarbeiter bis in jede Familie entsenden kann und mit der Fürsorgeerziehung über eine scharfe Waffe verfügt.

Faktisch sind die Jugendämter Behörden gegen die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes. Wenn die Kinder der Reichen verwahrlosen, kommen sie nicht in Fürsorgeerziehung, sondern in teure Internate.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz legt weiter fest, daß die staatlichen Jugendämter mit „Trägern der freien Jugendhilfe" zusammenarbeiten, die dafür staatliche Unterstützung bekommen. Weiter, daß nur solche „Träger der freien Jugendhilfe" Unterstützung bekommen, „die Gewähr für eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit und für eine sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Verwendung der Mittel bieten sowie öffentlich anerkannt sind". (Artikel 9) Damit wird normalerweise begründet, daß selbstverwaltete Jugendzentren keine finanzielle Unterstützung bekommen können. Es geschieht das unter der Gewißheit, daß Selbstverwaltung der Jugendlichen den Zielen des Grundgesetzes niemals förderlich sein kann. Das Grundgesetz legt fest: „Über ihre (der Eltern) Betätigung (bei Pflege und Erziehung der Kinder) wacht die staatliche Gemeinschaft" (Artikel 6, 2), und weiter: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates." (Artikel 7, 1) Die herrschende Kapitalistenklasse bringt darin zum Ausdruck, daß sie die Kontrolle ihres Staates über die Jugend des Volkes will und nicht deren freie Entfaltung.

200 demonstrieren für Jugendzentrum

Saarbrücken. 200 Jugendliche demonstrierten am 7. April in Saarbrücken für die Einrichtung eines Jugendzentrums und gegen die vom Stadtrat vorgesehene Streichung der nach vierjährigem Kampf bereits zugestandenen 500000 DM für 1976/77. Aufgerufen hatte die „Initiativgruppe Jugendzentrum Försterstraße" und mit ihr über 20 weitere Organisationen und Gruppen. 40 Polizisten eskortierten den Zug zum Rathaus. Der Oberbürgermeister war aber nicht da. Als schließlich einigen Jugendlichen gelang, die Polizei zu überrumpeln und in das Rathaus zu gelangen, erfuhren sie, daß der Oberbürgermeister in der Kongreßhalle eine Sitzung hatte. Über 120 zogen dorthin. In einem Auto vor der Halle wurde die Antrittsrede des Oberbürgermeisters gefunden und anhand von Zitaten aufgezeigt, was von den Floskeln wie „Recht auf Selbstverwirklichung" zu halten ist. Am nächsten Tag erschienen erneut 60 Jugendliche zu der entscheidenden Stadtratssitzung. Es traute sich offenbar niemand mehr, den Antrag auf Streichung der Gelder aufrechtzuerhalten. 250000 wurden für dieses Jahr bewilligt, über die zweite Hälfte wird vermutlich anfang 1977 beschlossen.

Demonstration gegen Entlassung der Sozialarbeiterin im Jugendzentrum

Achim. Am Sonnabend, den 17.4., demonstrierten in der kleinen Stadt Achim bei Bremen über 60 Jugendliche gegen die fristlose Entlassung der Sozialarbeiterin Gudrun Bombeck. Vorausgegangen war, daß eine Informationsveranstaltung im Jugendzentrum am 14. April von Stadtdirektor Heußmann kurzfristig verboten worden war. Offensichtlich um zu verhindern, daß einige „Volksvertreter" dort als Einbrecher entlarvt wurden. Die Veranstaltung wurde trotz Verbot durchgeführt. Zeugen wiesen nach, daß tatsächlich im Falkenheim eingebrochen und der Dreck im Haus gefilmt wurde – das Haus befindet sich im Umbau – allein um einen Grund zu finden, den Antrag auf Renovierung abzulehnen. Noch während der Veranstaltung erschien der Stadtdirektor, um die Sozialarbeiterin herauszuzitieren. Das ließen die Jugendlichen nicht zu: „Stellen Sie Ihre Fragen hier, oder was haben Sie zu verheimlichen?" Er zog ab.

Nach der Veranstaltung zogen über 80 Jugendliche zum Rathaus, weil dort über die Entlassung der Sozialarbeiterin beraten wurde. Auf die Sprechchöre: Keine Entlassung von Gudrun Bombeck! Wir entscheiden selbst über unsere Sozialarbeiter! Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum! Heußmann rauskommen! hin ließ die Stadtverwaltung Polizei anrücken.

Die Jugendlichen zogen geschlossen ins Jugendzentrum zurück und beschlossen für den Sonnabend eine erneute Demonstration. Währenddessen überbrachten 2 Stadtangestellte in Begleitung von 3 Polizeifahrzeugen die fristlose Entlassung. Begründung: Die Sozialarbeiterin habe nicht mit allen Mitteln versucht, die Veranstaltung zu unterbinden. Trotz Pressehetze und massiven Einschüchterungsmanövern durch die Polizei nahmen über 60 Jugendliche an der Demonstration teil.

Schulausschluß wegen § 218-Plakette

Mosbach. An der Ganztagsschule Osterburken hat der Direktor die Schülersprecherin von der Schule ausgeschlossen, weil sie an der Schule den Kampf gegen den § 218 geführt und zu diesem Zweck eine Plakette gegen den § 218 getragen hatte. Anfangs hatten acht Schüler die Plakette getragen. Der Schulleitung und einigen Lehrern paßte das nicht, sie verlangten von den Schülern, daß sie die Plakette abnehmen und drohten ihnen mit schlechten Noten. Die Schulsprecherin ließ sich nicht einschüchtern, auch nicht durch die Androhung des Schulausschlusses. Der Direkter versuchte zweimal die Schülersprecherin zusammenzubrüllen und als alles nichts half, schloß er die Schülerin mit der Begründung aus, sie verstoße gegen den § 57, der politische Werbung an der Schule verbiete, sie habe gegenüber der Direktion eine drohende Haltung angenommen und den Schulfrieden gestört.

Als sich eine Reihe von Schülern zusammentat, Flugblätter gegen das Vorgehen der Schulleitung herausbrachte und Unterschriften sammelte, fischte sich der Direktor weitere Schüler heraus und drohte auch ihnen mit Strafmaßnahmen. Inzwischen hat sich eine Solidaritätsgruppe gebildet, die eine Veranstaltung zu dem Schulausschluß durchführte. Der Direktor, obwohl eingeladen, erschien nicht. Auf der Veranstaltung wurde auch über die Bestrafung von 3 Soldaten aus Walldürn wegen ihres Auftretens gegen den § 218 berichtet. Es wurde beschlossen, gemeinsam mit den Soldatenkomitees Mosbach und Neckarelz und den Komitees gegen den § 218 in Mosbach und Osterburken den Kampf für die Abschaffung des § 218 und gegen die Bestrafung von Gegnern des § 218 fortzusetzen.

Gesagt, wie es ist – entlassen

Osterode (Harz). „In allen Punkten" verwarf das Göttinger Arbeitsgericht die Klage des Lehrlings Frank S. gegen die R. Rinne KG Osterode.

Der Jugendliche, der bei der Rinne KG Einzelhandelskaufmann lernte, war Mitte Dezember letzten Jahres, zwei Monate vor seiner Abschlußprüfung, fristlos entlassen worden. Begründung: Er habe den „Betriebsfrieden erheblich gestört", und zwar dadurch, daß er dem Inhalt eines Artikels in der Ortsbeilage der Kommunistischen Volkszeitung zugestimmt habe.

In dem Artikel war über die Zustände bei der Rinne KG berichtet worden. Darüber, daß die Lehrlinge immer wieder Arbeiten machen mußten, die mit Ausbildung nicht das Geringste zu tun hatten. So ist es vorgekommen, daß Lehrlinge aufs Dach geschickt wurden, um die Dachrinne zu reinigen, oder in den Garten zur Gartenarbeit. Im Sommer ließ sich Rinne-Wolf von Lehrlingen und einigen Arbeitern eine Berieselungsanlage installieren, damit es in seiner Wohnung nicht zu heiß wurde.

Für seinen „Betriebsfrieden" hat der CDU-Politiker Rinne-Wolf sich eigens eine Kasernenordnung ausgedacht. „Haarlänge in Anlehnung an den Haarerlaß in der Bundeswehr", heißt es in den Ausbildungsverträgen. Als Rinne-Wolf die Ortsbeilage der KVZ in die Hände bekam, hielt er sofort Ausschau, wer dahinterstecken könnte. Da von Frank S. bekannt war, daß er aktiv im Komitee gegen den § 218 mitarbeitete, nahm er sich den Lehrling vor. Frank S. wurde in die Mangel genommen. Tagelange Verhöre, während der Arbeitszeit, nach der Arbeitszeit, mal unter vier Augen, mal vor der gesamten Geschäftsleitung, mal zusammen mit dem Vater, der herbeizitiert wurde. Immer wieder Drohungen und Erpressungsversuche: Wenn er sich nicht äußere, sei das ein „Schuldbekenntnis". Er, Rinne-Wolf, könne dafür sorgen, daß Frank S. im Kreis Osterode nie wieder eine Stelle bekäme usw.

Schließlich sagte Frank S.: „Was an Fakten in dem Artikel steht, kann doch niemand bestreiten." Für Rinne-Wolf war das der lang gesuchte Kündigungsgrund.

Das Arbeitsgericht Göttingen hatte darüber zu entscheiden, ob Rinne-Wolf den Lehrling Frank S. fristlos auf die Straße setzen kann wegen der Zustimmung zum Inhalt des Artikels in der Ortsbeilage.

Das Arbeitsgericht entschied: Voll und ganz ist der Kapitalist im Rechte, wenn er sich daran stört, daß ein Lehrling wahr nennt, was wahr ist, und wenn er den „Störenfried" aus dem Betrieb wirft und seine Ausbildung abbricht.

Das Urteil zeigt, wie sehr die Kapitalisten fürchten müssen, daß in den Betrieben über die Zustände dort überhaupt gesprochen wird. Niemand hätte die 30 Jugendlichen, die aus Solidarität mit dem Lehrling Frank S. zu dem Prozeß gekommen sind, besser darüber aufklären können, wem die bürgerlichen Gerichte dienen. Nur dem Interesse der Kapitalisten an ungestörter Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. – (k.,Osterode)

Die DKP und der § 218

Auf der Seite des Feindes

In einer Zeitung der DKP „für die Kieler Krankenhäuser" vom 8. April dieses Jahres wird den Komitees gegen den § 218 vorgeworfen, sie träten „**vordergründig** für einen Volksentscheid gegen den § 218 ein. Bei näherem Hinsehen propagieren sie **jedoch** die ersatzlose Streichung des § 218." Zu behaupten, die Komitees gegen den § 218 würden ausgerechnet ihre Hauptforderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218 verstecken, ist sicher die verunglückte Erfindung eines örtlichen DKP-Schreibers, der in seinem Eifer bei der Bekämpfung der Komitees den Überblick verloren hat. Gleichzeitig läßt er aber viel deutlicher als gewöhnlich die Linie der DKP in dieser Frage erkennen.

Er macht keine Schnörkel wie etwa Florence Herve in dem SDAJ-Organ „Elan" im November 75, wonach die Forderung nach der ersatzlosen Streichung „unrealistisch" sei, weil „sie die Verhältnisse der Bundesrepublik einfach außer acht" lasse.

Für den Kieler DKP-ler ist „diese Forderung ... aus medizinischen Gründen höchst fragwürdig", weil sie „mit einem erheblichen Risiko behaftet" sei. Fordern müsse man deshalb die Fristenlösung, „die der Frau" nur „in den ersten drei Monaten **erlaubt,** selbst zu entscheiden, ob sie ein Kind haben will oder nicht".

Was heißt das? Das heißt, die DKP fordert nicht die Abschaffung des § 218, sondern seine Beibehaltung in veränderter Fassung. Sie erklärt die Strafdrohung des bürgerlichen Staats gegen die Familien des Volkes für notwendig. Die Forderung nach der Fristenlösung ist die Forderung nach staatlicher Strafverfolgung für alle Fälle, wo nach dem 3. Monat noch abgetrieben wird und nach staatlicher Überwachung und Kontrolle aller Schwangerschaften.

Die Bewegung gegen den § 218 erhebt die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218, weil sie erkannt hat, daß dieser Strafparagraf eines der Unterdrückungsinstrumente in der Hand des bürgerlichen Staates ist. Seit die Arbeiterklasse und das Volk gegen den § 218 kämpfen, tun sie es, weil sie diesem Staat, der die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten mit Hilfe seines Gewaltapparates garantiert und damit Verhältnisse, die immer wieder den Zwang zu Abtreibungen für die Ausgebeuteten und Unterdrückten hervortreiben, dieses Strafrecht absprechen. Und um der Kapitalistenklasse dieses Unterdrükkungsinstrument aus der Hand zu schlagen, fordern gegenwärtig Hunderttausende durch ihre Unterschrift einen Volksentscheid gegen den § 218. Wenn der Kieler DKP-ler klarer als der Parteivorstand zu erkennen gegeben hat, wo die DKP in der Frage des § 218 steht, dann ist das zu begrüßen. Die Bewegung gegen den § 218 braucht Klarheit über ihren Gegner. – (hv)



Müllheim: Den schilderlosen Rahmen genutzt.

Komitee gegen § 218 wegen „Verunglimpfung des Staates" als „kriminelle Vereinigung" angeklagt

Einstellung des Verfahrens gegen N. Stremming!

Am 27. April soll vor dem Jugendschöffengericht Iserlohn ein Prozeß stattfinden gegen den presserechtlich Verantwortlichen des Iserlohner Komitees gegen den § 218 Norbert Stremming. Norbert Stremming wird angeklagt der „Verunglimpfung des Staates" (§ 90 a), Beleidigung (§ 185) und der Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129). Die Anklage bezieht sich auf den Aufruf der Komitees zur Demonstration am 21. September 1975 in Bonn. Wegen folgender Feststellungen wird N. Stremming angeklagt: „Bei Bundesregierung und Bundestag ist es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts still geworden. Dort denkt man: Lassen wir erst Gras wachsen über die Sache. Die Empörung soll sich legen. Einstweilen spinnen wir hinter den Kulissen unsere Intrigen." Bezüglich der verschiedenen Textentwürfe heißt es: „Diese Korrekturen, Indikationslösung und wie sonst kompliziert sie alle heißen mögen, laufen immer nur auf das eine hinaus: die Freiheit des Staates, zu schikanieren, zu begutachten, zu verfolgen und zu bestrafen." Lassen wir dazu den Bundestagsabgeordneten Vogel sprechen. Über die Kungeleien der bürgerlichen Parteien hatte sich Vogel am 8. September 1975 in Kiel ausgelassen. Er ließ heraus, „daß er am 3. Juli im Auftrage der CDU/CSU der SPD und der FDP Gespräche angeboten habe. Überhaupt dürfe die Auseinandersetzung zwischen den Parteien nicht öffentlich geführt werden, denn die Unruhe habe sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts noch nicht gelegt." (Aus: KVZ Nr. 37/1975) Nach allerlei Zwischenstationen ist der nun im Bundestag verabschiedete § 218 beim Kern der Reform angekommen: Die Abtreibung bleibt strafbar. Wer aufgrund der sozialen Verhältnisse zur Abtreibung gezwungen wird, ist aufgrund des § 218 weiter der Verfolgung und Bestrafung durch den bürgerlichen Staat ausgesetzt. Diese einfachen Wahrheiten sind durch Publikationen hunderttausendfach verbreitet. 700 000 Unterschriften für die Forderungen der Komitees, zig Gewerkschaftsbeschlüsse, die diese Forderungen unterstützen, zeigen, daß diese Wahrheiten immer weitere Verbreitung finden. Die Bewegung gegen den § 218 entwickelt sich weiter und gewinnt an Stärke. Die staatliche Reaktion versucht nun in diese Bewegung gegen den § 218 einzubrechen. Sie versucht es an einer vermeintlich schwachen Stelle. Am Iserlohner Komitee soll ausprobiert werden, wie weit man sich vorwagen kann. Die Anklage gegen Norbert Stremming ist also kein Willkürakt, sondern ein gezielter Angriff auf die Bewegung gegen den § 218. Diesen Angriff werden wir zurückschlagen.

(Text des Plakats, mit dem das Komitee gegen den § 218 Iserlohn zu einer Veranstaltung und einer Kundgebung am 24. April und zur Teilnahme am Prozeß im Amtsgericht Iserlohn am 27. April aufruft)

Zur Adoption gedrängt

Vollständige Entwürdigung

Hannover. Von der Kirche und vom Staat wird Schwangeren als Alternative zur Abtreibung die Adoption angepriesen. Es wird so gesagt: „Zeigen Sie Stärke und Mut, tragen Sie das Kind aus, und dann werden sie ein reines Gewissen haben, denn Sie haben nicht gemordet." Die Adoption wird als menschliche Lösung angepriesen. Wie sieht nun diese Lösung aus?

Mit 16 Jahren war ich schwanger. Ich hatte keine Ausbildung, wollte noch nicht heiraten, konnte kein Kind ernähren, und ich war auch nicht in der Lage ein Kind zu erziehen.

Nachdem es mit der Abtreibung nicht geklappt hatte, weil ich keinen Arzt fand, wurde mir geraten, das Kind auszutragen und zur Adoption freizugeben. Ich kam ins Mütter- und Säuglingsheim. Dort arbeitete ich für freie Unterkunft und Verpflegung acht Stunden am Tag bis einen Tag vor der Entbindung. In dieser Zeit wurde mir immer wieder gesagt, wie sozial die Einrichtung doch sei und wie dankbar ich doch sein muß.

Ab dem fünften Monat setzte ich mich mit der Inneren Mission in Verbindung, die die Eltern für das Kind auswählen.

Dies geschieht dadurch, daß eine Sozialarbeiterin mit mir ein Gespräch führte und mich wohl damit bewertete, um so die „richtigen" Eltern auszusuchen. Da ich den Vater nicht sagen wollte, wurde ich damit erpreßt: „Wenn Sie nicht sagen, wer der Vater ist, dann werde ich dafür sorgen, daß das Kind nicht adoptiert wird. Denn wir können ja den Eltern kein Kind anbieten, wo der Vater unbekannt ist."

Sie fanden wohl trotzdem Eltern für das Kind.

Gleich nach der Entbindung wurde das Kind zur Seite gelegt.

Ich lag mit acht anderen Müttern in einem Zimmer. Dort mußte ich mit ansehen, wie die Mütter ihre Säuglinge stillten, und damit fing ich an mich zu fragen, ob meine Entscheidung richtig oder falsch war.

Ich kam immer wieder in Versuchung, in der Zeit, wo die Mütter ihre Kinder ansehen dürfen, auch hinzugehen. Ich konnte mich aber im letzten Moment immer noch zurückhalten, denn ich wußte, wenn ich es sehen würde, würde es die Lage noch verschlimmern.

An dem Tag, an dem ich entlassen wurde, wußte ich, daß das Kind auch abgeholt wurde, und zwar von fremden Eltern. Die Eltern durften das Kind mitnehmen, aber das erste halbe Jahr ist „Probezeit". Diese Zeit heißt Adoptionspflege. In der Zeit können beide Teile noch ihren Entschluß rückgängig machen. In dieser Zeit mußte ich zum Anwalt gehen, bei dem mir ein Adoptionsvertrag vorgelegt wurde. In diesem Vertrag steht, daß ich mich dazu verpflichte, keine Nachforschung darüber anzustellen, wo das Kind ist. Außerdem mußte ich unterschreiben, daß das Kind nicht mehr mein Kind ist.

Bei jedem Kinderwagen, an dem ich vorbeikam, dachte ich, daß da eventuell mein Kind drinliegt.

Dieses entwürdigende Verfahren dient nur dazu, mir einzureden, daß ich diejenige bin, die an den Verhältnissen Schuld hat. In Wirklichkeit ist es aber anders. Die Bourgeoisie und ihr Staat halten Verhältnisse aufrecht, in denen man nur unter beschissenen Umständen ein Kind großziehen kann.

An diesem Beispiel kann man sehen, daß die Adoption keine Alternative ist. Nach dem neuen § 218 a soll das, was ich erlebt habe, zur gängigen Regel werden. – (d., Hannover)

Bundesbank über Kommunalfinanzen

4 bis 5 Milliarden aus Gebührenerhöhungen zusammengeprügelt

Die Bundesbank hat dieser Tage der besitzenden Klasse die Abrechnung vorgelegt über die Ergebnisse der Kommunalpolitik im letzten Jahr und über die Aussichten im laufenden Jahr 1976. „Keine größeren Defizite bei den Gemeinden 1976" meldet zufrieden die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem Wirtschaftsteil vom 14. April. Trotz Wirtschaftskrise, stagnierenden Steuereinnahmen und drastisch erhöhten Zinszahlungen an die Banken haben sich die Defizite nicht erhöht. Es muß also eine neue Einnahmequelle erschlossen worden sein, denn die Ausgaben sind 1975 um 9,5 Prozent oder 9,8 Milliarden DM gestiegen (Gemeindefinanzbericht 1976).

Die Goldader, an der die bürgerliche Kommunalpolitik fündig geworden ist, ist die Erhöhung der städtischen Gebühren. Im Gegensatz zu den städtischen Steuern, der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer, werden sie nicht von den Kapitalisten erhoben, die sie dann über die Preise weitergeben, sondern direkt den Volksmassen auferlegt. Kein Einnahmeposten ist 1975 ähnlich stark gestiegen. 13,5 Prozent oder 2 Milliarden DM mehr als 1974 wurden den Volksmassen über Gebührenerhöhungen abgenommen. (Gemeindefinanzbericht 1976) Erfaßt ist darin allerdings nur ein Teil der Gebührenerhöhungen, z.B. für Kanalisation, Hallenbäder, Sportplatzbenutzung, Verwaltungsgebühren vom Geburtsschein bis zur Sterbeurkunde und den Strafzetteln, die zwischendurch zu zahlen sind. Nicht einkalkuliert sind die erheblichen Preiserhöhungen für Straßenbahn und Bus sowie die Gebührenerhöhungen für Strom, Gas und Wasser. Kaum eine Stadt, wo diese Gebühren 1975 nicht erhöht worden sind, z.T. bis zu 50 Prozent. In der Statistik freilich erscheinen sie nicht, weil die Abrechnung über städtische Aktiengesellschaften mit eigenen Haushalten abgewickelt wird. Da die kommunalen Nahverkehrsbetriebe 1973 von einer „Kostenunterdeckung" von 1,42 Milliarden DM ausgingen, wobei sie behaupteten, daß nur 68,5 Prozent der Kosten aus Fahrpreisen gedeckt wurden, kann man vernuten, daß für den öffentlichen Nahverkehr mindestens noch einmal eine zusätzliche Milliarde aus dem Volk herausgeholt wurde. (Bericht über die Folgekosten des öffentlichen Personennahverkehrs, Bundestagsdrucksache 7/4556) Und zwar vor allem über den Zwang, die eigene Arbeitskraft über größere Strecken zu transportieren, um sie täglich dem Kapitalisten zur Verfügung zu stellen. Die Erhöhung der Strom-, Gas- und Wasserpreise für die Haushalte wird schätzungsweise eine weitere Milliarde gebracht haben.

Unter den Ausgaben der Gemeinden ist kein Posten so stark gestiegen wie die Zinszahlungen. Von 1974 auf 1975 um 17 Prozent. 1976 soll er wiederum um 15,1 Prozent steigen. 1975 hat die Bourgeoisie über Zinsen und Tilgungen allein 9,98 Milliarden DM aus den Gemeindehaushalten gezogen, 1,18 Milliarden mehr als im Vorjahr. 1976 sollen es 11,2 Milliarden sein. (Gemeindefinanzbericht 1976) Das sind 187 DM Tribut pro Kopf der Bevölkerung in der Bundesrepublik, den die Bourgeoisie allein über ihre Stadtverwaltungen eintreiben und auf ihre privaten Konten überweisen läßt. In den hochverschuldeten Großstädten liegt der Tribut noch wesentlich höher. In Frankfurt bei 653 DM pro Kopf (nach Handelsblatt, 12. April). Je stärker die Konzentration der arbeitenden Bevölkerung, je größer der Reichtum, den diese schafft, desto gewaltiger wird der staatliche Gewaltapparat auf der Ebene der Stadt ausgebaut und desto größer ist gleichzeitig der Tribut, der vermittelst dieses Gewaltapparates noch zusätzlich zur Ausbeutung in Fabrik und Büro den Massen auferlegt wird.

Die vier bis fünf Milliarden DM zusätzlich aus Gebührenerhöhungen hat die westdeutsche Bourgeoisie im letzten Jahr buchstäblich von der Polizei zusammenprügeln lassen. Fast überall mußte sie diese Erhöhungen gegen Widerstand durchsetzen. Über das Ergebnis ist die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" in ihrem Wirtschaftsteil zufrieden, und kalkuliert ist, daß die Bourgeoisie 1976 weitere 13,34 Milliarden DM an Krediten investiert. Weniger glücklich war die „Frankfurter Allgemeine" darüber in ihrem politischen Teil, wo sie den wachsenden Widerstand gegen Gebühren- und Tariferhöhungen das ganze Jahr über besorgt registrieren mußte, einschließlich der Tatsache, daß radikale kommunistische Kräfte darin häufig die Führung hatten. 1976 will die Bourgeoisie sich aus städtischen Gebühren erneut gut 1 Milliarde DM zusätzlich holen, ohne die Tariferhöhungen für den Nahverkehr, für Strom, Gas und Wasser. (Gemeindefinanzbericht 1976) – (wm)

Was sind Kommunalobligationen?

Die westdeutschen Städte und Gemeinden sind gegenüber den Banken mit 70,7 Milliarden DM verschuldet (Februar 1975). Während die Banken normalerweise für alle Kredite, die sie geben, sachliche Sicherheiten verlangen, also z.B. Grundstücke, Häuser, Fabriken oder auch Abtretungen vom Lohn, geben sie an den Staat, hier an die Gemeinden, Kredite ohne solche hypothekarische Sicherheit. Es genügt ihnen als Sicherheit die Existenz der Polizei, die das dem bürgerlichen Staat geliehene Geld vom Volk schon beitreiben wird. Mit anderen Worten: Beim Staatskredit verlassen sich die Banken auf das staatliche Gewaltmonopol über das Volk. Um ihrerseits die Kredite an die Gemeinden finanzieren zu können, verkaufen die Banken eigene festverzinsliche Schuldverschreibungen an die besitzende Klasse. Diese Bankschuldverschreibungen auf die kommunale Verschuldung sind die sogenannten Kommunalobligationen. Über den Kauf dieser durch die Polizei gedeckten Obligationen kann die gesamte Bourgeoisklasse am Geschäft teilhaben. Im Februar 1975 lag die durchschnittliche reale Verzinsung der Kommunalobligationen bei 8,3 Prozent, 0,4 Prozent höher als bei den direkten öffentlichen Anleihen.

DGB-Kreisfrauenkonferenz Köln

Gegen „Sparbeschlüsse"

Köln. Die Kreisfrauenkonferenz des DGB Köln hat auf Antrag des ÖTV-Kreisfrauenausschusses einen Beschluß gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung und des Stadtrates von Köln gefaßt, in dem die Rücknahme aller Sparbeschlüsse gefordert wird. Es wurde beschlossen, alle gewerkschaftlichen Aktionen gegen die Sparmaßnahmen zu unterstützen und in der Geschäftsstraße in der Innenstadt einen Informationsstand zu machen. In dem Beschluß heißt es unter anderem:

Als Beispiele für die staatlich verordnete Sparpolitik stehen Einstellungsstopp, Streichung von Planstellen im öffentlichen Dienst und die Festschreibung der Wohngeldsätze (keine Anpassung an die gestiegenen Sozialmieten), Erhöhung der Mieten im Sozialen Wohnungsbau durch Erhöhung der Pauschalen.

Einerseits sollen die Lohnabhängigen und die übrigen Teile der Bevölkerung durch die ständigen Gebührenerhöhungen geschröpft werden bis zum Letzten, andererseits sollen die so gewonnenen Millionen mit vollen Händen den Unternehmern in den unersättlichen Hals geworfen werden. Zum Beispiel lassen sich die Unternehmer den Lohn für die Lehrlinge zum Teil oder sogar ganz von unseren Arbeitslosengeldern bezahlen.

Ein Beispiel für die Verteilung der Lasten zeigt das Steueraufkommen in NRW vom Februar des Jahres. Nach dem Bericht des Kölner Stadt-Anzeigers vom 23.3.76 wurde im Februar mehr eingenommen als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Dazu haben die Lohnsteueraufkommen beigetragen, die um 21,6 % erhöht worden sind; dies bei einer gestiegenen Zahl von Arbeitslosen ...

Erhöht worden sind die verschiedensten Gebühren von der KVB über Gaspreise bis zur Erhöhung der Pflegekosten in städtischen Altersheimen um 20 % von 800 bis 1000 DM monatlich, für Pflegebedürftige 1200 DM und für Schwer-Pflegebedürftige 1400 DM.

Ganz besonders drastisch gekürzt wurde bei den Kindergärten und Schulen; Bastelmaterial kann die Schule zum Beispiel nicht mehr zur Verfügung stellen. (...)

Kürzung der Zuschüsse für Krankenanstalten, z.B.

1. Instrumente und med. Geräte von 288 000 auf 74 000
2. Blut, Blutkonserven, Blutzersatz von 3 567 400 auf2 017 500
3. Tbc-Sachleistungen von 110 000 auf 5 000

(Hier sieht man: Es trifft immer nur die Armen, denn meistens sind von solch einer Krankheit solche Menschen betroffen, die in schlechten sozialen Verhältnissen leben.)

Diese Angriffe auf die Lebensbedingungen der Kölner Bevölkerung können nicht hingenommen werden. Sie bedeuten eine Verschlechterung der Lebenslage, die für viele von uns schon jetzt durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ein Herabsinken unter das Existenzminimum bedeutet ...

Universität Hamburg:

2500 auf der Demonstration

Hamburg. Am 13. und 14. April wurde der Lehrbetrieb an der Universität Hamburg bestreikt. Der Streikaufruf, der auf der Vollversammlung tags zuvor beschlossen worden war, wurde von der großen Mehrheit der Studenten befolgt. Der Grund des Streiks waren Angriffe des Senats auf das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft.

An den großen Bereichen der Universität fiel der Lehrbetrieb gänzlich aus. Nur einzelne Seminare von Reaktionären wollten tagen. Sie wurden gesprengt. Auf der abschließenden Demonstration waren über 2 500 Studenten. Die Behörde soll die Angriffe auf den Allgemeinen Studentenausschuß einstellen, das war das Ziel.

Daß der Streik so weitgehend befolgt wurde, zeigt, daß viele Studenten mit den Forderungen und dem Streik sympathisieren. Nicht gelungen ist es aber, die Masse der Studenten aktiv in den Streik einzubeziehen. Es haben kaum Veranstaltungen stattgefunden, und viele Studenten sind auch wieder nach Hause gegangen oder wurden von den Streikposten der DKP-Studenten nach Hause geschickt.

Wie schon in der letzten KVZ berichtet, war dem Beschluß der Universitätsvollversammlung eine heftige Auseinandersetzung vorausgegangen, wie auf den Schlag des Senators geantwortet und eine Front der Studenten aufgebaut werden kann. Von der Sozialistischen Studentengruppe (SSG) wurde vertreten, einen Steik nach Ostern zu beginnen, und daß man sich auf einen langfristigen und zäh geführten Streik einstellen muß, mit dem Ziel, die Behörde zur Zurücknahme der Zahlungsaufforderung an den Allgemeinen Studentenausschuß zu zwingen. Von den Studenten des Kommunistischen Bundes (Nord) wurde vertreten, bezüglich eines Beschlusses über den Streik müsse man noch warten und noch zwei Wochen beraten. Durchgesetzt hatte sich mit knapper Mehrheit gegenüber dem Vorschlag der SSG der des Allgemeinen Studentenausschusses, der zu dem zweitägigen Warnstreik führte.

Im Streik haben diese politischen Strömungen vertreten, nach Ostern sei nichts mehr drin. Dann müsse man langfristig und kontinuierlich arbeiten, und was darunter verstanden wird, liest sich bei den Jusos so, daß die „derzeitige politische Großwetterlage bedingt, daß die Aussichten für die Durchsetzung unserer Forderungen nur mäßig sind". Man solle sich warm anziehen, zumal es nach den Bundestagswahlen noch schwärzer werden könne. Nichts anderes als die Unterwerfung der Studenten unter den Hamburger SPD/FDP-Senat wird da gefordert. Nicht auf Lichtblicke in der Sozialdemokratie, sondern auf die eigene Kraft müssen da die Studenten vertrauen.

Die DKP-Studenten wollen den Kampf um die Rechte im Grundgesetz. Sie haben alles daran gesetzt, daß sich der Kampf gegen den Senat und die Angriffe auf den Allgemeinen Studentenausschuß nicht entfaltet. Ein Zeichen unseres Kampfwillens sollte der Streik sein. Ein Anfang und keinesfalls das letzte Mittel. Die DKP-Studenten aber wollen die offene Konfrontation mit dem Senat verhindern und werden jetzt auftreten mit der Perspektive der Demonstration für Frieden und Abrüstung.

Die Studenten des Kommunistischen Bundes (Nord) haben schon am zweiten Streiktag herumgetönt, jetzt müsse man langfristig arbeiten, „die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen über verschiedene Ausbildungsbereiche hinweg ins Auge fassen". Und weiter, die Fortführung des Streiks, um die Behörde zum Rückzug zu zwingen, wie es die SSG vertritt, sei Harakiri. Sie haben vor dem Streik alles getan, um den Studenten zu erzählen, sie seien zu schwach zum Kämpfen. So sabotieren sie den konkreten Kampf für das Politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft.

Dem Senat kann das nur recht sein. Biallas hat dem Allgemeinen Studentenausschuß gegenüber erklärt, jetzt ginge es wohl hart auf hart. Er will schnell die gerichtlichen Zahlungsbefehle herausschicken. Der Universitätspräsident hat schon weitere Flugblätter aus Haushalten anderer studentischer Organe mit politischen Stellungnahmen beanstandet und die Haushalte nicht genehmigt. Man sieht, die Behörde sucht die Entscheidung und ist durch den Warnstreik nicht zurückgeschlagen. Notwendig ist es jetzt, die Kampfkraft der Studenten weiter zu entfalten für das Recht auf das Politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft. – (m„ Hamburg / Red.)

Beschluß zum 1. Mai

Hamburg. Das Streikkomitee Jura der Universität Hamburg hat zum 1. Mai einen Beschluß gefaßt, auf dessen Linie es die Studenten zur Teilnahme an der DGB-Demonstration am 1. Mai aufruft. In dem Beschluß wird festgestellt, daß die Ausbeutung der Arbeiterklasse und die Ausplünderung der Volksmassen im letzten Jahr verschärft wurde und daß zur Durchsetzung dieses Zwecks der bürgerliche Staat die Unterdrückung verstärkt. Festgehalten wird weiter, daß die Interessen der Masse der Studenten mit denen des bürgerlichen Staates nicht vereinbar sind. Der Beschluß schließt mit den Sätzen: „Der Kampf der Studenten ist kein isolierter Kampf, sondern muß sich verbinden mit dem Kampf der Arbeiter und des ganzen Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In diesem Kampf sind die Arbeiter die führende Klasse, denn sie produzieren den ganzen gesellschaftlichen Reichtum. Sie produzieren das Kapital, welches alle die, die besitzlos sind, beherrscht. Die Arbeiter vertreten die Zukunft der Gesellschaft, den Kommunismus."

CDU-Studenten: Lockruf an die Jusos

Die CDU-Studenten vom Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) haben in der vergangenen Woche vor der „Gefahr neofaschistischer Tendenzen" gewarnt. Die bürgerliche Presse hat das begierig aufgegriffen und herausgestellt.

Darauf war die Äußerung der CDU-Studenten berechnet. Sie wissen, in der Studentenschaft ist der Faschismus verhaßt. Mit dieser „Abgrenzung nach rechts" beabsichtigen die CDU-Studenten, sich und ihre Politik salonfähig zu machen. Es geht ihnen um die Koalition mit den Studentengruppen der großen bürgerlichen Parteien an der Hochschule, mit den Jusos von der SPD und dem LHV von der FDP. Bereits im Februar hat sich der RCDS-Vorsitzende Reckers im „Handelsblatt" beklagt, daß Jusos und LHV trotz der grundsätzlichen Übereinstimmung von SPD, FDP und CDU das Koalitionsangebot des RCDS ausschlügen.

Anläßlich der Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) haben die CDU-Studenten ihr Koalitionsangebot erneut aufgetischt. Der SPD-Vorsitzende Brandt wurde in einem Brief aufgefordert, die Jusos zur Annahme des Bündnisangebotes für die Politik der VDS zu zwingen. Die Bedingungen für die Herstellung der Koalition der Studentenorganisationen der drei großen bürgerlichen Parteien erläutert der RDCS-Vorsitzende Reckers: „ . . . daß in der Satzung ein Bekenntnis zum Grundgesetz verankert wird, sich Jungsozialisten und LHV von den Kommunisten distanzieren und Minderheitenschutz in der VDS gewährleistet wird."

Für die Politik, die sie mit dieser Koalition in den Studentenschaften durchsetzen wollen, stehen die taten der CDU-Studenten. Sie genießen den Ruf, sich für keinen Spitzeldienst und für keine Zuarbeit in die Hände der politischen Reaktion gegen die Studentenbewegung zu schade zu sein. Wo Studentenvertreter das Recht zur politischen Stellungnahme beanspruchen, z.B. im Aufruf zum 1. Mai, finden sich gewiß RCDS-Mitglieder, um durch eine Klage dagegen dem bürgerlichen Staat Zwangsmaßnahmen zu ermöglichen. Wo Studenten für ihre Rechte streiken, da ist gewöhnlich der RCDS-Vorsitzende nicht weit, um in Begleitung eines Fernsehkamera-Teams eine Provokation zu starten. Wenn dagegen Leute vom Schlage des Finanzkapitalmagnaten Schleyer, dessen faschistische Vergangenheit bekannt ist, an der Hochschule auftreten wollen, dann können sie jederzeit auf die RCDS-Studenten rechnen.

Die Studentenschaften auf Kurs dieser politischen Reaktion und Unterstützung der Kapitalistenklasse – dieses Ziel verfolgt der RCDS. Die Festlegung der Jusos und FDP-Studenten auf dieses Ziel ist der Inhalt seines „Koalitionsangebotes" an diese Gruppen. Daß die Jusos sich darauf einlassen würden auf der Mitgliederversammlung, haben die Rechten nicht erwartet. Dennoch können sie Wirkung verzeichnen. Forderungen, unter denen sich die Studenten zusammenschließen können im Kampf gegen die bürgerliche Staatsmacht und die politische Reaktion an der Hochschule, wie z.B. Anhebung der Ausbildungsförderungsbeträge und der Elternfreibeträge auf 600 DM bzw. 1 200 DM, Arbeitslosengeld für arbeitslose Hochschulabgänger, Einspruchsrechte gegen Änderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen oder Beseitigung des Ministerpräsidentenerlasses zur politischen Säuberung im öffentlichen Dienst, solche Forderungen haben die Jusos auf dieser Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften fallen gelassen oder sich geweigert zu vertreten. Das politische Mandat der Studentenvertretungen wollten sie nur gelten lassen bei Einschränkung auf die bürgerlichen Gesetze. Die Rechten haben ihre Genugtuung über dies Auftreten der Jusos gegenüber den Forderungen und dem Kampf der Studentenbewegung kaum zurückhalten können. Ihre jetzige „Abgrenzung nach rechts" als Warnung vor „neofaschistischen Tendenzen" ist ein weiterer Schritt, um die Jusos und FDP-Studenten nach rechts zu drükken und zu umstellen.

Streik der französischen Studenten

Über 100 000 Studenten haben sich in ganz Frankreich am 15. April an Demonstrationen und Aktionen gegen eine von der Regierung beschlossene Neuordnung der Universitätsausbildung beteiligt. An 50 von 75 Universitäten haben die Studentenschaften den Streik gegen das Inkrafttreten dieses Gesetzes beschlossen. Auch die Universitätspräsidenten haben sich mittlerweile einheitlich für die Rücknahme des Gesetzes ausgesprochen.

Nach den Aktionen vom 15. April hält die Bewegung unter den Studenten an. Von Streiks und Massendemonstrationen, die alle von Auseinandersetzungen mit der Polizei, Rektoratsbesetzungen, Besetzungen von Arbeitsämtern begleitet sind, ist sie gekennzeichnet. Im wesentlichen läuft die von der Regierung beschlossene Neuordnung der Universitätsausbildung hinaus auf verstärkten direkten Einfluß der Kapitalisten an der Universität, auf verstärkten Druck und verschärfte Aussiebeverfahren unter den Studenten, auf weitere Einschränkung der Rechte der Studenten. Für die Masse der Studenten bedeutet diese Neuordnung keineswegs, daß sie anschließend besser einen Arbeitsplatz finden werden. Vielmehr befinden sie sich in einer Lage, in der sich schon heute Hunderttausende Jugendliche in Frankreich befinden: ohne Arbeitsplatz nach Abschluß der Ausbildung. Diese Aussicht für die Studenten bei gleichzeitig verschärfter Bevormundung durch den bürgerlichen Staat infolge der Neuordnung der Hochschulausbildung sind die Triebkräfte der Bewegung unter den Studenten, die mittlerweile auf die Schulen übergegriffen hat.

Der unter revisionistischer Führung stehende Studentenverband UNEF erhebt folgende Hauptforderungen: Abschaffung der Reform der zweiten Ausbildungsstufe, Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Branchen, Schaffung von Lehrstellen.

Bei den Demonstrationen riefen die Studenten Parolen wie „Die Regierung Giscard ist am Ende, sie erschießt die Weinbauern und läßt die Studenten verprügeln. Wir zahlen die Krise nicht, die Kapitalisten sollen bezahlen!" Für den 20. und 21. April sind neue Aktionen in allen Universitätsstädten geplant.

Eine Vorwegnahme des § 88 a

Westberlin. Gegen das Urteil der Staatsschutzkammer beim Landgericht Westberlin von einem Jahr bzw. neun Monaten Gefängnis gegen C. Heinrich und S. Gummelt wegen „Verfassungsverrat" verabschiedete der Aktionsrat der Biologen der Freien Universität Westberlin eine Resolution. Darin heißt es: „Dieses Urteil ist ein ungeheurer Angriff auf die demokratischen Rechte und ein Vorgriff auf die Strafrechtsänderung (§ 88 a)."

Gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz

Braunschweig. Die Fachbereichsgruppe Politik und der Fachschaftsrat der Technischen Universität sprachen sich in Entschließungen gegen den Entwurf für das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz aus.

Urabstimmungen und Streiks

Westberlin. Auf einer Vollversammlung der Technischen Fachhochschule, die von 500 der ca. 4000 Studenten besucht war, wurde bei nur 4 Gegenstimmen ein Beschluß zur Ablehnung des Industriesemesters, das neu eingeführt werden soll, angenommen. Beschlossen wurde weiterhin eine Urabstimmung und einen Warnstreik dagegen durchzuführen und das Industriesemester zu boykottieren.

Göttingen. Am 20. April traten die Studenten am Psychologischen Institut in Göttingen in einen unbefristeten Streik. In einer Urabstimmung hatte sich die überwältigende Mehrheit dafür ausgesprochen. Anlaß ist eine neu erlassene Regelung durch welche die Bevormundung der Studenten bei der Herstellung ihrer Diplomarbeiten verschärft wird.

Klausuren unter Polizeischutz

Marburg. Heftige Auseinandersetzungen finden zu Semesterbeginn an der Universität Marburg statt. Im Fachbereich Chemie wurde die Einführung von Praktikumsgebühren beschlossen. Dagegen haben die Studenten in einer Urabstimmung einen Gebührenzahlungsstreik beschlossen sowie einen eintägigen Warnstreik durchgeführt. Im Gegenschlag antwortete Universitätspräsident Zingel mit der Aussperrung von etwa 80 Studenten aus dem Praktikum und der Schließung mehrerer Praktika. Ähnlich am Fachbereich Linguistik. Dort sollten sich die Studenten für Proseminare in Dekanatslisten eintragen und über die Listen auf die Seminare verteilt werden, soweit dort Plätze frei seien. Diese Einschränkung des freien Zugangs zu den Seminaren beantworteten die Studenten mit eigenen Fachschaftslisten, in welche sich die Studenten in unbeschränkter Höhe eintragen konnten. Weiterhin wurde zum Boykott der Anmeldelisten aufgerufen. Die Masse der Studenten trug sich daraufhin in die Fachschaftsliste ein. Zu Semesterbeginn erschienen die Studenten in den Proseminaren, obwohl sich die Masse von ihnen nicht in die Dekanatslisten eingetragen hatte. Daraufhin ließ der Universitätspräsident die Proseminare jetzt unter Polizeischutz durchführen. Teilnehmen durfte, wer sich über die Dekanatslisten angemeldet hatte. Das waren teilweise so um die drei Studenten.

Torsten Hünke von Podewils

Ein nach A 14 besoldeter Unterdrücker

Freiburg. An der Universität Freiburg müssen Professoren und Unibürokratie zunehmend zu Zwangsmitteln greifen, um ihre Wissenschaft unter die Studenten zu bringen. Das wurde zu Semesterbeginn im Winklerseminar deutlich. Ebenfalls, daß sie für diesen Zweck sich eigens dafür ausgebildete wie abgerichtete Unterdrücker halten müssen, Hausjuristen oder besser sollte man sagen von der Universität besoldete Schergen der Polizei.

In Freiburg übernahm heuer dieses Amt ein Herr mit dem klangvollen Namen Hünke von Podewils als Unterdrücker in seiner Funktion als ehemaliger Justitiar der Universität Heidelberg bestens bekannt (siehe Kasten).

Nachdem er in Heidelberg wegen seiner Verstrickungen und Beteiligungen an den Schiebereien und Betrügereien des Professor Filthuth nicht mehr tragbar war, wurde er seiner Verdienste wegen zum Oberregierungsrat befördert und nach Freiburg versetzt. Dort nimmt er jetzt, mit rund 3 500 Mark brutto nach A 14 besoldet wiederum das Amt eines juristischen Bearbeiters der Universitätsbürokratie wahr. Er ist also sozusagen der diensthöchste Hauspolizist.

Hünke von Podewils führte sich an der Freiburger Universität ein, indem er dem relegierten Kommilitonen Thomas Sprotte, der in der ersten Sitzung des Winklerseminars erschienen war, ein vorher ausgefertigtes Schreiben überreichte, in dem diesem wegen Anwesenheit im Seminar das Hausverbot für die Räume der Universität ausgesprochen wird bei Androhung von 400 Mark Strafe bei jedem Verstoß. Zu diesem Zweck war der Herr von Podewils eigens im Winkler Seminar erschienen.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die Wissenschaft, welcher Leute wie Podewils durch Unterdrükkung Geltung verschaffen müssen. Besagter Professor Winkler stellte zu einem Referat, wo die Seiten der gegenwärtig wachsenden Arbeitshetze aufgezeigt wurden, fest: „real gegenläufige Tendenz". Verständlich, daß solch lügnerische Wissenschaft der Polizei bedarf, und auf Gestalten angewiesen ist, wie die des Hünke von Podewils.

Die Taten des Hünke von Podewils als Justitiar an der Universität Heidelberg

Im Korruptionsfall des Professors Filthuth beteiligte er sich an der Unterschlagung von Geldern durch Filthuth. So heißt es in einem Dokument: „Obwohl Dr. v. Podewils schon einen Monat Kenntnis solcher Manipulationen hatte, wurde von ihm die Auszahlung der tatsächlich fingierten ‚Rechnung' Wochen später nicht verhindert: Am 10.2. wurde die halbe Milllion unter Nr. 39853 als bezahlt verbucht."

Als die Kommunistische Hochschulgruppe daraufhin in einer Veranstaltung die Vetternwirtschaft und Korruption an der Universität an's Licht zerren wollte, erhielt sie durch den Justitiar Hünke von Podewils mitgeteilt, die Veranstaltung müsse verboten werden, da wahrscheinlich sei, „daß die . . . geplante Veranstaltung zu einer Störung des Universitätsbetriebes führen wird".

Weiterhin gehörte zu seiner Tätigkeit an der Universität, daß er federführend bei der Entlassung politisch mißliebiger Angestellter war und bei Arbeitsgerichtsprozessen als Vertreter der Universität gegenüber diesen auftrat. Für diese Schandtaten wurde er zum Oberregierungsrat befördert, machte sich dabei allerdings so verhaßt, daß er in Heidelberg aus der Schußlinie genommen und nach Freiburg versetzt wurde.



„Ein ‚Dschungel' tut sich für den langjährigen Heidelberger Universitätsjustitiar Torsten Hünke von Podewils auf", vermeldete der „Spiegel" in seiner letzten Ausgabe. Gemeint waren die Millionenschiebereien des Professor Filthuth (siehe Bildchen) am Institut für Hochenergiephysik. Der Torsten Hünke von Podewils muß es wissen, hat er doch an den Schiebungen aufs eifrigste teilgenommen. Zu welchem Preis, wissen wir allerdings nicht.

Polizeischule Hann. Münden

Die Funkzentrale – für die Unterdrückung

In der letzten KVZ in dem Artikel über den „Zivilschutz" stand richtig, daß in der russischen Revolution die Telegrafenämter die ersten Ziele der Volksmassen waren. Die Angst vor sowas ist heute mehr denn je bei den Kettenhunden des Finanzkapitals vorhanden. In der Polizeischule Münden, in der fast alle Polizisten Niedersachsens ausgebildet werden (fast 800 jedes Jahr), gibt es denn auch eine Fernmeldeeinsatzzentrale, die ihresgleichen sucht. Sicher in der Polizeikaserne untergebracht und sogar gegen Handgranatenwürfe durch entsprechende Jalousien gesichert, hat man dort so ein Ding für 100 000 DM vor zwei Jahren hingebaut. Die Angst vor den Volksmassen oder vor Polizisten, die sich mit den Volksmassen verbunden haben, geht so weit, daß man annimmt, gleich von diesen oder vielleicht von den eigenen Leuten ein paar Handgranaten an den rechten Fleck zu bekommen. Diese Anlage soll zwei Zwecke erfüllen. Einmal soll sie als Simulationsanlage zur Ausbildung gegen das Volk verwendet werden. Das sieht dann so aus, daß den Schülern, die oft erst siebzehn oder achtzehn Jahre alt sind, Bilder von grimmigen Demonstranten und zähnefletschenden Kommunisten auf einem Film, auf Dias und mit einer Videoanlage vorgespielt werden, und die angehenden Polizisten sollen mit den entsprechenden richtigen Funkbefehlen oder Meldungen reagieren. In der Zeitung hieß es: „Geschult wird die praxisnahe Polizeiverwendung. Katastrophen, Demonstrationen und sonstige polizeiliche Lagen können durchgespielt werden."

Bürgerkriegsmanöver vor dem 1. Mai

Der zweite und wohl wichtigere Zweck ist der Einsatz für diese Zentrale im gesamten südniedersächsischen Raum bis hinüber nach Kassel und nach Nordrhein-Westfalen. Hann.Münden liegt ja auch günstig zwischen Göttingen und Kassel, Städten, in denen viel Proletariat konzentriert ist, für diesen Landschaftsraum. Von Hann.Münden kann über diese Zentrale der Kontakt zunächst einmal zwischen Funksprechwagen, Handfunksprechgeräten sowie dem normalen Telefon hergestellt werden. Weiterhin kann der Funkkontakt zwischen Polizei, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr, Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Rotem Kreuz hergestellt werden. Ein wunderbares Mittel für Katastrophen, wurde der unbefangene Beobachter zunächst einmal feststellen. Aber abgesehen von Einsätzen, die im Raum Münden im Laufe der letzten Zeit durchgeführt wurden, macht es stutzig, daß diese Anlage auch direkt an die Datenbank in Hannover angeschlossen ist durch einen elektronischen Fernschreiber. So kann jede Person sofort kontrolliert und überprüft werden.

Um einen Einblick in die Verwendungsvielfalt solcher Anlagen zu geben, soll hier über ein Bürgerkriegsmanöver des Bundesgrenzschutzes, der Polizei und der Feuerwehr berichtet werden, was sich vor zwei Jahren im Raum Göttingen und Münden abspielte. Am 29. April 1974, „zufällig" gerade kurz vor dem 1. Mai und gerade an dem Tag, an dem die Bundestagspräsidentin Renger in Hann.Münden eine „Fragestunde" zur Verfassung im Rathaus durchführte, wurden die Bürgerkriegstruppen des Bundesgrenzschutzes aus den Kasernen auf die Bevölkerung losgelassen. Mit 600 Mann und 155 Fahrzeugen wurde der Raum Göttingen/Hann.Münden in ein besetztes Gebiet verwandelt. Über die Funkzentrale wurde das Manöver von den Generälen des Bundesgrenzschutzes geleitet und der Einsatz jeder Einheit angeordnet. Die Bundesgrenzschutzgenerale sagten ganz frech und arrogant: Die Ausgangslage des Manövers sei die Jagd auf „radikale Studenten und Terroristen". In einem Dorf (Jühnde) wurde ein Gefechtsstand aufgebaut. Das Gebäude dazu wurde bezeichnenderweise von einem adligen Großgrundbesitzer zur Verfügung gestellt. Wahrscheinlich haben sich nur dort die Herren Offiziere bei ihrem schmutzigen Geschäft wohlgefühlt. Es wurden dann planmäßig im gesamten Kreisgebiet Straßensperren aufgebaut und Betriebe umstellt. Auch in Hann.Münden. Dabei hielten sich diese Kettenhunde so gut wie es ging im Verborgenen. Der Zweck des Manövers wäre zu offensichtlich gewesen. In der Zeitung hieß es, daß die Betriebe vor „Terroristen" geschützt werden sollen. Es war aber eher anzunehmen, daß mit „Terroristen" die Kollegen in den Werken gemeint waren. Gerade ein halbes Jahr vorher hatte es auch in Göttingen und Hann.Münden spontane Streiks gegeben. Damals wurde die Polizei und sogar die Feuerwehr eingesetzt.

Lenin zitierte in dem Artikel „Über Streiks" einen deutschen Innenminister, der sagte: „Hinter jedem Streik lauert die Hydra (das Ungeheuer) der Revolution!". Die Furcht vor der Revolution wird manchem Bundesgrenzschutz- und Polizeioffizier schon schlaflose Nächte und Alpträume gekostet haben. Einsatzfunkzentralen, Panzer, Straßensperren und Wasserwerfer werden zum Schutz der Herrschaft des Kapitals vor ihrem Sturz nichts nützen. Was in den Polizeihirnen vorgeht und was sie an üblen Taten hervorbringen, muß im ganzen Land enthüllt werden. Dann weiß jeder, an welchen Stellen gezielt angepackt werden muß, um den Palast des Kapitals niederzureißen. – (e., Demokratisches Soldaten- und Reservistenkomitee Münden)

Alle Angaben nach „Mündener Allgemeine', 30. April 1974, „Mündische Nachrichten", 30. April und 27. Juni 1974, „Mündener Volkszeitung" vom 18. Mai 1974

Bremen-Garlstedt. Die von der DKP beherrschte Initiative „Rettet die Garlstedter Heide" organisierte eine Volksbelustigung. Die Garlstedter Heide ist ein Naherholungsgebiet für Bremen. Das Bundesverteidigungsministerium und die niedersächsische Landesregierung haben beschlossen, dieses Gebiet in einen Truppenübungsplatz umzuwandeln für die US-Ledernacken-Brigade, die dort stationiert werden soll. Um zu verhindern, daß die Garlstedter Heide in militärisches Gebiet umgewandelt wird, ist ein harter und umfassender Kampf nötig. Mit Sackhüpfen und Hitparade ist das nichts auszurichten. Diese Auffassung vertraten allgemein die Menschen, die anwesend waren. Über die Veranstaltung, die sie vorgefunden hatten, waren sie maßlos enttäuscht. Anders die DKP. Sie ließ ihre Ordner eine Prügelei anzetteln gegen Mitglieder der Bremer Ortsgruppe des KBW, die über Ansprachen und Debatten darzulegen versuchten, wie der Kampf geführt werden muß, damit er erfolgreich ist.

Der „Ritt nach Texas" – und seine Folgen

Munster. Der folgende Artikel berichtet von einer „Unteroffiziersaufnahme" in der 4. Kompanie des Panzerlehrbataillons 92. Die Vorkommnisse während dieser Feier wurden in einem Artikel in der Zeitung „Der Funke" des Soldaten- und Reservistenkomitees Munster dargestellt: „4./92 – Im Suff kommt die ‚braune' Farbe durch" (Der Funke Nr. 8, 7. März). Wie die Kompanie- und Bataillonsführung auf diese Enthüllung ihrer Gesinnung reagierte, wurde in der folgenden Ausgabe des „Funke" dargestellt:

Vor einiger Zeit war in der 4./L 92 Unteroffiziersaufnahme. Das sieht so aus, daß zunächst mal Saufen befohlen ist. Damit es dann auch recht lustig wird, werden allerlei Spielchen gemacht wie z.B. der „Ritt nach Texas" – auf Stühlen wird über den Flur geritten –, wo es einen mordsmäßigen Krach gibt und der sich deshalb großer Beliebtheit erfreut. An jenem Abend wurden noch Waffen empfangen und im Kompaniegebäude damit herumgeballert – in besoffenem Zustand selbstverständlich. Der Offizier vom Wachdienst drückte beide Augen zu und rückte die Schlüssel zur Waffenkammer heraus; es waren ja Offiziere dabei. Einfache Soldaten wären da sicherlich ohne viel Aufhebens in die „Kiste" gewandert.

Anschließend wurde das gemeinsame Lied gepflegt. Zu den Klängen des „Großen Zapfenstreichs" wurde mehrmals lautstark das Deutschlandlied, erste Strophe – Deutschland, Deutschland über alles ... – gebrüllt, der rechte Arm zum „Deutschen Gruß" gestreckt, vereinzelt erhoben sich „Heil Hitler"-Rufe. Ein Unteroffizier bekam vom Kompaniechef Hauptmann Koplin einen Anschiß, weil er das „Deutschland, Deutschland über alles ..." nicht in Grundstellung gesungen hatte. Hauptmann Koplin gab noch eine Sondervorstellung: Angetan mit Wehrmachtsstahlhelm und -karabiner paradierte er im Stechschritt über den Flur.

Wie hat nun die Bundeswehr auf diesen Artikel reagiert?

Kompaniechef Hauptmann Koplin wurde am nächsten Morgen zum Bataillonskommandeur Oberstleutnant Weick befohlen und nahm folgendermaßen Stellung:

– Die „Reise nach Texas" – auf Stühlen wird über den Flur geritten – sei bei solchen Feiern durchaus üblich, was sicherlich der Wahrheit entspricht, denn auch in anderen Einheiten der Bundeswehr bedeutet Frohsinn bei solchen Anlässen vor allem Suff, Krach und Spektakel, oft auf Kosten der Mannschaften, die um ihren Schlaf gebracht werden. Kollegen aus der 2./92 wissen Ähnliches von solchen Feiern zu berichten.

– Es seien an jenem Abend zwar Waffen empfangen worden, aber nicht in besoffenem Zustand damit geschossen worden, was schlicht gelogen ist.

– Die Strophe „Deutschland, Deutschland über alles ..." sei von einigen Teilnehmern angestimmt worden. Er, Hauptmann Koplin, sei aber sofort dagegen eingeschritten. Tatsache ist, daß die gesamte Versammlung bis auf einen Unteroffizier, der dafür von Hauptmann Koplin persönlich zurechtgewiesen wurde, diese Strophe dreimal laut und für viele vernehmlich gebrüllt hat. Was schließlich den „Deutschen Gruß" betrifft, so hätten einige Mannschaftsdienstgrade, die zufällig Zeuge der Ereignisse auf dem Flur gewesen seien, wohl eine „falsche Perspektive" gewonnen.

Mit dieser Erklärung gab sich Oberstleutnant Weick zufrieden – Mannschaftsdienstgrade oder Unteroffiziere wurden nicht befragt.

Am selben Tag fand in der Ausbildungskompanie 408 eine Kompaniebelehrung zum „Funken" statt. Oberleutnant Machleb verbreitete dort, die Angaben in diesem Artikel seien frei erfunden. In der 1./92 gab der stellvertretende Kompaniechef bei der Parole bekannt, daß entgegen den Angaben in dem Artikel nicht geschossen worden sei.

In der 4./92 selbst gab die Kompanieführung keinerlei Stellungnahme zu dem Artikel ab, was verständlich ist, denn es wäre doch etwas lächerlich gewesen, den Soldaten zu erzählen, sie hätten sich die ganze Sache nur eingebildet. So lächerlich wie diese ganze Vertuschungsaktion, die die Mannschaften nicht hindern kann, ihr Bild über diese Herrschaften, die uns kommandieren, zu vervollständigen.

„Verfassungsfeindliches Einwirken auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane"

Koblenz. Wegen „verfassungsfeindlichem Einwirken auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane" sowie „Störpropaganda gegen die Bundeswehr" sind der presserechtlich Verantwortliche der Koblenzer Militärzeitung und sieben Verteiler angeklagt. Die Koblenzer Militärzeitung wird herausgegeben von der Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee Koblenz. Zur gleichen Zeit wurde der Pionier Gerhard Bayha (2. Kompanie des schweren Pionierbataillons 850) angeklagt wegen „Wehrkraftzersetzung", „Verteilen von verfassungswidrigen Schriften", „Beleidigung" und „Meuterei".

Der erste Prozeß gegen zwei der Angeklagten findet am 27. April vor der Staatsschutzkammer in Koblenz statt. Der Strafantrag wurde vom Generalstab des III. Korps der Bundeswehr gestellt. Die Anklage stützt sich auf die Paragraphen 89 und 109 d des Strafgesetzbuches. Anlaß für die Anklage war die Unterstützung der Soldaten der Rheinkaserne im Kampf für bessere Unterkünfte und in der Pionierkaserne der Kantinenboykott durch die Koblenzer Militärzeitung.

„Gleiche" Behandlung der Mannschaften und Feldwebel in der Bundeswehr

Das Grundgesetz sagt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." Das Soldatengesetz sagt in § 10 über die Pflichten der Vorgesetzten aus: „Der Vorgesetzte soll in seiner Haltung und Pflichterfülllung ein Beispiel geben." Gesetze sind erstmal nur ein Stück bedrucktes Papier, sie müssen in der täglichen Praxis überprüft werden. Der MvD (entspricht GvD) macht Dienst von morgens 7 Uhr bis zum anderen Tag 7 Uhr. Er kann in der Zeit von 20 bis 24 Uhr schlafen. Wachfrei gibt es nicht. Nachdem ich vor einiger Zeit als MvD abgelöst wurde, habe ich den normalen Dienst mitgemacht. Abends mußte ich nach Hause fahren, um Bewerbungen für eine Arbeitsstelle zu schreiben. Da ich sowieso übermüdet war, habe ich dann morgens verschlafen und bin zweieinhalb Stunden zu spät in der Kaserne gewesen. Die Folge war ein Diszi von 50 DM. „Es liegt in Ihrer eigenen Verantwortung, pünktlich zum Dienst zu kommen." Der Grund, weshalb ich nach Hause gefahren war, wurde vom Spieß nur belacht.

Ein anderes Mal sollte ich als MvD einen Bootsmann um 7 Uhr wecken. Das Gebäude, wo der Bootsmann schlief, war abgeschlossen und alles Rufen und Klopfen nutzte überhaupt nichts. Um 8 Uhr versuchten dann Unteroffiziere den Bootsmann zu wecken. Ohne Erfolg. Um 8.30 Uhr ist der Bootsmann dann selbst wachgeworden. Noch voll besoffen. Im Suff hatte er die Türen seiner Unterkunft alle abgeschlosen. Folge für das Zuspätkommen, was „in eigener Verantwortung" liegt: nichts.

In der Bundeswehr gilt gleiches Recht für alle, nur einige wenige sind gleicher als die anderen. – (Gefr. b., MFG 3)

Geldstrafen – „Die militärische Ordnung hat sich weiter gefestigt"

In der „Volksmiliz", der Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen, zeigt ein Soldat, wie sein Staffelchef dazu übergeht, verstärkt Geldstrafen zu verhängen, um die „militärische Ordnung weiter zu festigen". Für einen Zeitraum von vier Wochen sah das folgendermaßen aus:

Uffz: Wachvergehen	450 DM
Uffz: Frau ohne Erlaubnis in Kaserne gebracht	500 DM
W 15: Frau ohne Erlaubnis in Kaserne gebracht	100 DM
W 15: Demonstration in Uniform gegen § 218	100 DM
Uffz: Beleidigung eines Hptbtsm. im Suff	250 DM
W 15: Wachvergehen	50 DM
W 15: Veruntreuung von Wehrmaterial (Dem Kameraden fehlten Kleidungsstücke im Wert von 50 DM, die er selbst bezahlen muß das Diszi ist extra)	50 DM
W 15: Veruntreuung von Wehrmaterial (das Gleiche wie vorher, statt 90 DM Kleidung verloren waren es hier 60 DM)	30 DM
	1530 DM

Bei dieser Liste fehlen einige Disziplinarmaßnahmen. Ein Unteroffizier hat beim Rechnungsführer einen Stapel von Diszis gesehen und schätzt 2000 bis 3000 DM in höchstens zwei Monaten. Es wird wohl etwas Wahres dran sein, wenn der Wehrbeauftragte sagt: „Die militärische Ordnung hat sich weiter gefestigt." Oder? – (aus: Volksmiliz Nr. 2)

Portugal

Mit der Verfassung kommen die Klassenkämpfe nicht zur Ruhe

Die portugiesische Regierung hat die Vorschriften für ausländische Kapitalanlagen in Portugal bekanntgegeben. Das geschah etwa gleichzeitig mit der Verabschiedung der neuen portugiesischen Verfassung und kurz vor den Parlamentswahlen.

„Es muß befürchtet werden", ärgern sich die Imperialisten im „Handelsblatt", „daß der Rahmen für ausländische investive Tätigkeiten durch entsprechend formulierte wirtschaftspolitische Ziele noch mehr eingeschränkt werden kann." „Die Auslandsinvestitionen sollen nach Artikel 86 der neuen portugiesischen Verfassung gesetzlich dahingehend geregelt werden", teilt die Zeitung ihren Lesern mit, „daß ihr Beitrag zur Entwicklung des Landes in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsplan sichergestellt wird, um die nationale Unabhängigkeit und die Interessen der Arbeiter zu verteidigen. (...) Daß (die Auslandsinvestitionen) ... dazu beitragen sollen, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen, scheint zumindest dem wirtschaftlichen Tatbestand wenig angepaßt zu sein."

Die Verfassung garantiert weiter das Streik- und Demonstrationsrecht und verbietet dem Kapital die Aussperrung. Es sind also keineswegs alle Blütenträume der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie gereift. Ihre Bundesgenossen in Portugal selber sind gezwungen, sich gegenüber der Arbeiterklasse und dem Volk in Portugal äußerst vorsichtig zu bewegen.

So setzt die westdeutsche Bourgeoisie weiter darauf, nicht auf Verfassungsgarantien zu bauen für ihre Kapitalanlagen in Portugal und die daran betriebene Profitmacherei, sondern ihren direkten Einfluß auf die politischen Parteien auszubauen. Die Sozialistische Partei (PS) wird von der SPD geradezu als eine Art portugiesischer Filiale unterhalten. Die „Neue Zürcher Zeitung" berichtet, daß die Sozialisten eine massive Wahlkampagne betrieben „und daß sie dazu offenbar auch über das Geld verfügen". (6. April)

Strauß war am 8. April auf dem Wahlkongreß der Christdemokraten (CDS) und hat dort eine Rede gehalten, worin er einen ganzen Katalog von Bedingungen vorlegte, die für ausländische Investitionen in Portugal erfüllt sein müßten.

Während so die Parteien im Wahlkampf darum wetteifern, wer Portugal in der Regierung unter welchen Bedingungen und zu welchem Preis an die Imperialisten verkaufen kann, führen die Arbeiter trotz aller Stillhalteaufforderungen für die Zeit der Wahlkampagne ihre Kämpfe weiter. Am 15. April trat die Belegschaft der „General Motors"-Niederlassung in den Streik für die Erfüllung des ausgehandelten Tarifvertrags. Einwohnerkomitees in Lissabon organisierten eine Demonstration für menschenwürdige Wohnungen, gegen Spekulation und Räumungsklagen.

Die Kräfte der Reaktion geben sich von aus, daß es bei der eben verabschiedeten Verfassung nicht bleiben kann. Zu viele Rechte sind darin aufgeführt, die sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen erkämpft haben.

Auch die Arbeiterklasse und das Volk können sich bei der Verfassung nicht stehen bleiben. Die Verfassung gibt der herrschenden Klasse das Ausnahmerecht in die Hand, womit alle Rechte und Freiheiten legal per Federstrich außer Kraft gesetzt werden können. In ihren Bestimmungen zur Wirtschaftsordnung schreibt die Verfassung die Verstaatlichung aller Grundindustrien, der Banken und Versicherungen vor und erklärt sich gegen Großgrundbesitz und Monopole. Aber, beruhigt die „Neue Zürcher Zeitung" ihr Bourgeoispublikum, „die verstaatlichten Betriebe haben bisher im wesentlichen so weitergearbeitet wie unter ihren früheren privaten Besitzern". (6. April) Es ist eine Art Staatskapitalismus, den die Verfassung anstrebt, verzweifelte Hoffnung einer schwachen Bourgeoisie, sich gegenüber übermächtigen Imperialisten halbwegs behaupten zu können, ohne freilich mit dem Imperialismus zu brechen.

Für die Arbeiterklasse und das Volk wird dadurch der Druck nicht geringer. Sie sollen die Last der Entwicklung des Landes tragen, deren Früchte die einheimische Bourgeoisie mit den ausländischen Imperialisten sich zu teilen gedenkt. Die bevorstehenden Wahlen werden einigen Aufschluß geben, wie weit die Parteien, die diese Verfassung tragen, also vor allem die PS, aber auch die Revisionisten der PCP und die rechtssozialdemokratische PPD, sich halten können.

Spanien

Demonstrationen im Baskenland/Vetter beim Kongreß der UGT

An Ostern demonstrierten Tausende im Baskenland gegen das faschistische Franco-Nachfolgeregime in Spanien zum Anlaß des baskischen Nationalfeiertages. Ein riesiges Polizeiaufgebot wurde gegen die Demonstranten eingesetzt und griff sofort mit Gummigeschossen an. Die Demonstrationen formierten sich dagegen mehrmals mit den Parolen „Amnestie und Freiheit! Sofort eine baskische Regierung! Nieder mit König Juan Carlos!". Ihre Teilnahme an den Demonstrationen hatten die Christdemokraten, die Sozialdemokraten von der PSOE und die Revisionisten abgesagt, weil wegen der Tötung des Industriellen A. Berazadi durch ein ETA-Kommando die Gefahr blutiger Zusammenstöße mit der Polizei bestünde. (Nach: Süddeutsche Zeitung, 20. April)

Zu gleicher Zeit ging in Madrid der Kongreß der Gewerkschaft UGT zu Ende. Die UGT ist die Gewerkschaftsorganisation der Sozialdemokratischen Partei PSOE und wird offiziell von der SPD und von der DGB-Führung unterstützt. Daß dieser Kongreß unbehelligt durch die spanische Polizei durchgeführt werden konnte, ist offensichtlich von Vertretern der Bundesregierung und des DGB mit der spanischen Regierung ausgehandelt worden. Auf dem Kongreß sprachen der DGB-Vorsitzende Vetter und Forschungsminister Matthöfer. Vetter erklärte, er habe als „Leibwache" für diesen Kongreß fungiert. Im Gegensatz zu dieser Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaft, die nach eigenen Angaben 12 000 Mitglieder hat, verweigert die DGB-Führung die Unterstützung der tatsächlichen Gewerkschaftsbewegung in Spanien, die illegal als die comisiones obreras in fast allen größeren Betrieben in Spanien den Kampf organisiert. In den comisiones obreras haben die Revisionisten den größten Einfluß – aber keineswegs unangefochten. Der Versuch, mit Unterstützung der europäischen Sozialdemokratie die UGT in Spanien wieder aufzubauen, ist ein Spaltungsversuch, der gegen den Aufbau einer starken Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage des Klassenkampfes gerichtet ist. Der Versuch ist allerdings nicht gut gelungen. Gegen den Willen des Vorstandes der UGT stimmte die Mehrheit der Delegierten für ein sofortiges Zusammengehen mit den comisiones obreras. – (b.)

Der Prager Parteitag

Freundschaft in Worten – Imperialismus in Taten

„Der proletarische Internationalismus ist das allerwichtigste Prinzip des Marxismus-Leninismus", erklärte der russische Gastdelegierte letzte Woche auf dem Prager Parteitag der revisionistischen KP der Tschechoslowakei. Was die Sozialimperialisten unter diesem allerwichtigsten Prinzip verstehen, das hatte Breshnew 1968 als Doktrin von der „begrenzten Souveränität" formuliert. Mit dieser Doktrin war die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Panzer der Sozialimperialisten gerechtfertigt worden. Die Besetzung dauert noch heute an. Die Besatzer können ihre imperialistische Politik schlecht in der Tschechoslowakei sel-ber als Politik „im Geiste wahrer Gleichberechtigung" verkaufen, wie Breshnew auf dem letzten sowjetischen Parteitag die Beziehungen zu den revisionistischen Ländern, darunter die zur Tschechoslowakei, nannte. Dazu verwenden die Besatzer Quislinge wie den Parteivorsitzenden Husak, der die Besetzung von 1968 als „internationalistischen Akt" bezeichnete und in seinem Rechenschaftsbericht im Durchschnitt jede Minute einmal von der „Freundschaft zur Sowjetunion" sprach.

Aber nicht „Freundschaft" und „wahre Gleichberechtigung" sichert die Besatzungsarmee, sondern Ausbeutung und Ausplünderung. Ein Beispiel: „Der Großteil des Bedarfs der Tschechoslowakei an Brenn- und industriellen Rohstoffen ist von den Lieferungen der Sowjetunion abhängig. Im Jahre 1975 erhöhte die Sowjetunion unter anderem die Preise für Erdöl, das sie in die Tschechoslowakei ausführte, um das 1,5-fache. Die Preise für Erdgas, Eisenerz und andere Brenn- und Rohstoffe schnellten rapide in die Höhe. Allein für Erdöl mußte die Tschechoslowakei im letzten Jahr der Sowjetunion 300 Millionen Rubel mehr als früher auf den Tisch blättern." (Peking Rundschau 12/76) Um diese Rubel zu erhalten, muß die CSSR industrielle Ausrüstungen zu ungünstigen Bedingungen an die Sowjetunion liefern. Das nennen die Sozialimperialisten dann „sozialistische internationale Arbeitsteilung".

Mit dem Ruf: „Der proletarische Internationalismus ist das allerwichtigste Prinzip des Marxismus-Leninismus" rechtfertigen die Sozialimperialisten jetzt die verschärfte Ausplünderung der revisionistischen Länder. Für die tschechoslowakische Arbeiterklasse kündigte daher Husak in seinem Rechenschaftsbericht „ständig größere Anforderungen" und „äußerste Disziplin" an. Dieses Programm der verstärkten Ausplünderung „baut auf der unverbrüchlichen Freundschaft mit der Sowjetunion". „Und dies sind zuverlässige Fundamente", meinte Husak. Für „eine moderne sozialistische Wirtschaft" erklärt die DKP in ihrer Zeitung UZ die Besetzung und Ausplünderung der Tschechoslowakei. Die DKP faßt zusammen: „Der Weg wird weitergegangen." So wünschen es sich die Revisionisten.

Aber die Tschechoslowakei bleibt dauernd eine offene Wunde der Sozialimperialisten, und man kann sie weder durch die Worte Breshnews, noch durch die Rechtfertigungen der tschechoslowakischen Quislinge heilen.(gb)

Imperialistische Achse USA–BRD gegen Italien

Nachdem das italienische Parlament kein neues Abtreibungsgesetz bis zum 15. April zustandegebracht hat, muß jetzt die Volksabstimmung über Beibehaltung oder Streichung des Abtreibungsverbots im italienischen Strafgesetzbuch durchgeführt werden. Der Termin dafür ist der 13. Juni. Verhindert werden kann jedoch diese Volksabstimmung, wenn inzwischen das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden. Das ist möglich, denn das Scheitern der Neufassung der Abtreibungsgesetze hat zugleich dazu geführt, daß die Sozialistische Partei (PSI) der von den Christdemokraten (DC) gestellten Regierung die Unterstützung entzogen hat, ohne die aber die DC nicht regieren kann.

Seit über acht Tagen verhandeln nun die Parteien untereinander, ob Neuwahlen durchgeführt werden sollen oder ob bis Ende der Legislaturperiode in einem Jahr noch regiert werden kann. Hauptsächlich geht es bei diesen Verhandlungen darum, wie ein Wirtschaftsprogramm durchgesetzt werden kann gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Zur Unterstützung eines solchen Programms soll die revisionistische Kommunistische Partei Italiens (KPI) gebracht werden, die bei der Arbeiterklasse und den Volksmassen noch über großen Einfluß verfügt. Dieser Einfluß wird derzeit so hoch eingeschätzt, daß in Presseberichten über die Lage in Italien davon ausgegangen wird, daß durch Neuwahlen die KPI im Parlament zur stärksten Fraktion werden könnte. Von einer Regierungsbeteiligung wäre sie dann wohl nicht mehr auszuschließen, befürchten die bürgerlichen Zeitungskommentare.

Einmischung des US- und BRD-Imperialismus

Auf diese Entwicklung hat die amerikanische Regierung ihre Botschafter in den west- und osteuropäischen Staaten bereits mit einer Konferenz am 13. und 14. Dezember 1975 in London vorbereitet. In manchen Stellungnahmen in der Presse kommt zum Ausdruck, daß die USA jetzt die in Südostasien gescheiterte Dominotheorie auf Westeuropa anwenden. Kissinger erklärte vor den Botschaftern:

„Für das öffentliche Bewußtsein in den Vereinigten Staaten gibt es einen sehr scharfen Widerspruch zwischen einerseits der Tatsache, daß wir uns kommunistischen Regierungen in Westeuropa widersetzen und andererseits mit ihnen in Osteuropa verhandeln. Wir müssen unbedingt dieses Problem im öffentlichen Bewußtsein überwinden."

Auf keinen Fall werden die USA eine Regierungsbeteiligung der KPI hinnehmen. Das hat Kissinger jetzt noch bestärkt.

Bundesregierung und CDU/CSU sind derselben Ansicht. Bundeskanzler Schmidt hält es für vermeidlich, „daß Regierungen in großen westeuropäischen Staaten unter maßgebendem Einfluß von Kommunisten gebildet werden". Schmidt teilte am Gründonnerstag Zensuren aus: Er beklagte ein „Vakuum an Regierungsfähigkeit in einzelnen Staaten Westeuropas". Die Schwäche Europas sei gegenwärtig „die innenpolitische Schwäche von mehreren Regierungen". Die italienische Regierung hat darauf mit Protest reagiert. Außenminister Genscher erklärte unterdessen: Der wachsende Einfluß kommunistischer Parteien in einzelnen Mitgliedstaaten der EG müsse „endlich als Impuls zur Aktivierung der Gemeinschaftspolitik verstanden und entsprechend gehandhabt werden". CDU-Generalsekretär Biedenkopf sagte in der italienischen Zeitung „La Republica": Eine CDU/CSU-Regierung werde die deutsche Industrie zu Investitionen ermutigen: „Es wird jedoch die Aufgabe Italiens sein, das geeignete Klima für ausländische Investitionen zu schaffen."

Das gemeinsame Vorgehen des westdeutschen und amerikanischen Imperialismus ist nicht neu. Nur so offen wie bei dem Versuch, Italien unter Druck zu setzen und Einfluß auf die inneren Verhältnisse zu nehmen, war es lange nicht.

Zweck des Vorgehens dieser imperialistischen Achse gegen Italien ist, das südeuropäische Land nicht nur weiterhin so an der Leine zu behalten wie sie es schon länger haben, sondern seine Krise zu nutzen für ein Verkürzen der Leine.

Während es dem US-Imperialismus darum geht, sich die Fundamente seiner Stellung in Ländern wie Italien nicht zersetzen zu lassen und seine Hegemonie über den westlichen Teil Europas und im Mittelmeer gegenüber der anderen Supermacht zu behaupten, geht es den westdeutschen Imperialisten darum, ihre wirtschaftliche Vorherrschaft über Westeuropa weiter auszubauen und ihre politische Stellung gegenüber den anderen imperialistischen Staaten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu verstärken. Italien selber soll als imperialistischer Konkurrent am besten ausgeschaltet und in einen Vasallen umgewandelt werden. Von besonderem Interesse ist Italien für beide Achsenmächte wegen seiner strategischen Lage im Mittelmeer und wegen seiner zahlreichen qualifizierten Arbeiter. Das einzige Rohprodukt, von dem in Italien kein Mangel herrscht, ist die Energie, die erzeugt wird durch große Wasserkraftwerke. Arbeitskraft und mechanische Energie, bereits ausreichend vorhanden und wohlfeil, darauf ist das westdeutsche Finanzkapital scharf wie auf je. Denn auch das besondere Interesse des Hitlerfaschismus galt schon den Wasserkraftwerken.

Die Forderungen der Imperialisten

Warum die Imperialisten derzeit so massiv sich in die inneren Verhältnisse einmischen können, liegt daran, daß ihnen bereits heute der italienische Staat völlig ausgeliefert ist: Die italienische Regierung hat derzeit in der Hauptsache gegenüber dem westdeutschen und dem amerikanischen Finanzkapital jährliche Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von 3,6 Milliarden US-Dollar. Die gesamte Verschuldung gegenüber dem Ausland beläuft sich auf 17 Milliarden Dollar. Teils stammen die Kredite von Privatbanken, wie der letzte vor wenigen Wochen gewährte Kredit in Milliardenhöhe, der von einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank gewährt wurde, teils sind es Regierungskredite oder Kredite des internationalen Währungsfonds. Dort läuft ein weiterer Kreditantrag der italienischen Regierung über einen Kredit zur Sanierung der italienischen Währung in Höhe von 530 Millionen Dollar. Bisher hat der internationale Währungsfonds, der unter Kontrolle der US-Imperialisten und der übrigen westeuropäischen imperialistischen Länder steht, keine Zustimmung zu diesem Antrag gegeben. Als Bedingung wird ein Wirtschaftsprogramm gefordert, wodurch die Staatsausgaben und die Lohnkosten gesenkt werden. Wegen der hohen Verschuldung gegenüber dem internationalen Finanzkapital und weil die italienische Nationalbank über keine Währungsreserven mehr verfügt, sinkt der Kurs der italienischen Lira unaufhörlich. Gegenüber Februar 1973 ist er um 40 Prozent gesunken. Am Montag vor Ostern sind auch die Kurse der Aktien so tief gesunken wie niemals zuvor seit 20 Jahren, und Kapital fließt täglich in Millionenhöhe ab, obwohl die Zinsen auf über 13 Prozent gestiegen sind. Das Finanzkapital will Lohnsenkung und die sogenannte Gleitklausel zwischen Preissteigerungen und Lohnerhöhungen beseitigen. Ein erster Schritt in diese Richtung war offenbar der Tarifabschluß in der Bauindustrie. Die 1,4 Millionen Arbeiter mußten nach wochenlangen Streiks einer Erhöhung ihrer Löhne in zwei Stufen um jeweils 75 DM zustimmen. Für die 3,5 Millionen Beschäftigten der Metallindustrie ist es dagegen noch zu keinem Abschluß gekommen.

Der Abschluß in der Bauindustrie hat Lohnsenkung zur Folge angesichts der derzeitigen Preissteigerungsrate von 25 Prozent.

Senken der Lohnkosten und Senken der Staatsausgaben wird von der italienischen Regierung verlangt. Wenn sie das fertigbringt, bekommt sie den Kredit des Internationalen Währungsfonds. Für diesen Fall hat auch die US-Regierung einen neuen Kredit in Aussicht gestellt.

Um ein Wirtschaftsprogramm gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen durchzusetzen, wird aber die Mitarbeit der Gewerkschaften benötigt. Verhandlungen zwischen der DC-Regierung und den Vorsitzenden der drei italienischen Gewerkschaften haben letzte Woche stattgefunden, die Gewerkschaften lehnten die Mitarbeit jedoch ab. Um dennoch zu erreichen, daß die italienische Arbeiterklasse still hält, werden Verhandlungen mit der revisionistischen Kommunistischen Partei Italiens (KPI) geführt, die über ihre Gewerkschaft den größten Einfluß auf die italienische Arbeiterklasse derzeit noch ausübt.

Die KPI soll ein Programm gegen die Arbeiterklasse unterstützen

Die DC möchte den Einfluß der KPI in der Arbeiterklasse nutzen für Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse, ansonsten soll die KPI keinen Einfluß auf Regierung und Gesetzgebung bekommen. Die PSI will, daß die KPI an der Regierung beteiligt wird und sich in der Regierung möglichst schnell verschleißt. Die KPI hingegen will nicht während der laufenden Legislaturperiode in die Regierung, aber ein Abkommen mit den anderen Parteien erzielen, das sämtliche Gesetzgebungsmaßnahmen umfaßt, die noch während der laufenden Legislaturperiode, die bis 1977 dauert, ausgeführt werden sollen. Die KPI will erreichen, daß das Aktionsprogramm gegen die Arbeiterklasse mit bestimmten Reformen schmackhaft gemacht wird. Sie fürchtet sich davor, daß die Massen ihre Unterstützung für die Politik der DC – mithin den „Historischen Kompromiß" – nicht honorieren werden. Und einen ersten Denkzettel hat sie bereits erhalten. Auf der Kundgebung in Rom am 1. April kamen nur knapp über 30 000 Menschen, obwohl Hunderttausende angekündigt worden waren.

Die imperialistischen Achsenmächte USA und BRD wollen dagegen die Regierungspolitik in Italien freihalten vom Einfluß der KPI. Die US-Imperialisten konzentrieren sich deshalb auf die DC, von der sie, wie Kissinger sich ausdrückte, eine Parteireform verlangen, damit sie wieder Anziehungskraft bei den Massen bekommt. Der BRD-Imperialismus versucht sich hinter die PSI zu stecken, auf die, wie Schmidt sagte, über die Sozialistische Internationale Einfluß genommen wird. Auf die KPI muß dagegen der Sozialimperialismus nun wieder setzen trotz der ständigen Abgrenzungen der KPI gegenüber der Sowjetunion. Die Kreml-Herren liefern den jüngst erklären, die Einmischungsversuche Kissingers und Schmidts würden gegen die KSZE-Verträge verstoßen. Trotz aller Gegensätze zur KPI haben die sowjetischen Sozialimperialisten großes Interesse an einer Regierungsbeteiligung der KPI. Sie hoffen auf eine weitere Zersetzung der NATO-Südflanke, um ihre Position im Mittelmeer gegenüber den US-Imperialisten zu stärken. – (g.j.)

Alle Angaben aus: „Neue Zürcher Zeitung" und „Le Monde" vom 10. bis 17. April

Hetze des Zweiten Deutschen Fernsehens gegen den Befreiungskampf des Volkes von Oman

In Oman kann der Befreiungskampf nicht zerschlagen werden

Unter dem Titel „Rückschau auf die Rebellion in Oman“ brachte das „Auslandsjournal“, eine Sendung des Zweiten Deutschen Fernsehens, am Karfreitag einen Beitrag seines Mittelost-Korrespondenten Peter Berg. Zweck der Sendung war, die in der bürgerlichen Presse seit einigen Monaten fortwährend wiederholte Behauptung mit Bildmaterial zu belegen, der Befreiungskampf des Volkes von Oman unter der Führung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) sei zerschlagen und die Revolutionäre hätten die Revolution verraten. Entweder seien sie zur Kollaboration mit Sultan Quabus übergegangen oder sie hätten sich in die Demokratische Volksrepublik Jemen davongemacht. Die Bevölkerung von ganz Oman, das auf der Südspitze der Arabischen Halbinsel am Ausgang des Arabisch-Persischen Golfes liegt, habe jedenfalls, so die These des Korrespondenten, ihren Frieden mit dem Sultan gemacht und erkenne ihn an als alleinigen Inhaber der Staatsgewalt.

Das westdeutsche Finanzkapital, das sich bei der Ausplünderung Omans gern noch stärker – besonders im Ölgeschäft – engagieren möchte, und mithin seine Propagandaorganer haben ein zweifaches Interesse, diese Behauptung zu verbreiten und zu belegen, damit die westdeutsche Bevölkerung es ihnen auch abnimmt. Zum einen geht es ihnen darum, herauszustellen, die Sache des Sultan Quabus sei gerecht und die Sache des Volksbefreiungskampfes sei ungerecht. Zum anderen ist es gerade deswegen notwendig für das westdeutsche Finanzkapital, zu betonen, der Sultan übe die Macht aus und es seien nicht die Invasionstruppen des Iran oder die britischen Offiziere, die alle Aktionen gegen den Volksbefreiungskampf leiten. Seine Auftraggeber hatten von dem ZDF-Korrespondenten verlangt, einen Sultan zu zeigen, der Herr seiner selbst, seines Volkes und seines Landes ist. Weil aber die Sache der Unterdrückung des Volksbefreiungskampfes ungerecht ist, mußte der Korrespondent damit scheitern. Seinem Auftrag konnte er nur durch Zusammenzimmern gröblichster Lügen nachkommen.

Den Gipfel bildete dabei ein Interview mit dem britischen Brigadegeneral Akehurst, der von der britischen Regierung an den Sultan Quabus ausgeliehen worden war als Einsatzleiter gegen den Volksbefreiungskampf. Quabus hatte diesen Experten der Konterrevolution zum Befehlshaber der Provinz Dhofar ernannt. Diese Provinz war vom Volk von Oman unter Führung der PFLO befreit worden.

Dhofar ist die einzige Provinz Omans, wo das Volk selber die Macht ausübt. Ganz das Gegenteil ist es in den übrigen Provinzen. Dort herrscht nicht der Sultan, sondern die Offiziere der britischen Armee, gestützt auf Tausende iranischer Söldner. Die Anwesenheit britischer Offiziere hat Berg gar nicht erst zu verschweigen versucht. Und das Vertuschen iranischer Söldner ist ihm nicht gelungen. Was aber nun den Brigadegeneral Akehurst, den angeblichen Kommandanten von Dhofar, betrifft, so hat er diesen Posten zum Zeitpunkt des Interviews nicht mehr bekleidet: Sein Schicksal hat ihn schon im Dezember ereilt! Das Interview ist aus der Zeit vorher. Damals gelang es den Volksbefreiungsstreitkräften, ein Flugzeug mit vier Offizieren abzuschießen. Einer dieser Offiziere war eben der Brigadegeneral! Ein Vertreter der PFLO hat den Lesern der Kommunistischen Volkszeitung diese Mitteilung schon in einem Interview gemacht, das am 19. Februar abgedruckt wurde. Nebenstehend wird der Bericht über den Abschuß aus dem Interview noch einmal veröffentlicht.

Im folgenden drucken wir eine Korrespondenz über die ZDF-Sendung ab sowie den zweiten Teil eines Interviews, das Hussein Moussa, Mitglied des Zentralen Komitees für Internationale Beziehungen der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) am 25. März in Mailand einem Vertreter des Palästina-Komitees Freiburg gab. Hussein Moussa war an der Spitze einer PFLO-Kulturgruppe nach Europa gekommen. Die Kulturgruppe war zu Veranstaltungen nach Heidelberg und Köln geladen worden. Die Bundesregierung jedoch hatte ihr die Einreise verweigert. Der erste Teil des Interviews hatte die Bedeutung der Kulturfrage und die Rundreise der Kulturgruppe zum Inhalt. (Vgl. KVZ Nr. 13/1976, Seite 13) Der jetzt abgedruckte zweite Teil hat die militärische Lage im Befreiungskampf zum Inhalt und ist ein Dokument, an dem das ganze Lügengebäude des ZDF-Korrespondenten deutlich wird.

Interview (Teil 2) mit H. Moussa

Teil 2 des Interviews mit Hussein Moussa, Mitglied des Zentralen Komitees für Internationale Beziehungen der Volksfront für die Befreiung Omans. Der erste Teil des Interviews zu Fragen der Kultur im Befreiungskampf wurde bereits in der KVZ Nr. 13 vom 1. April abgedruckt.

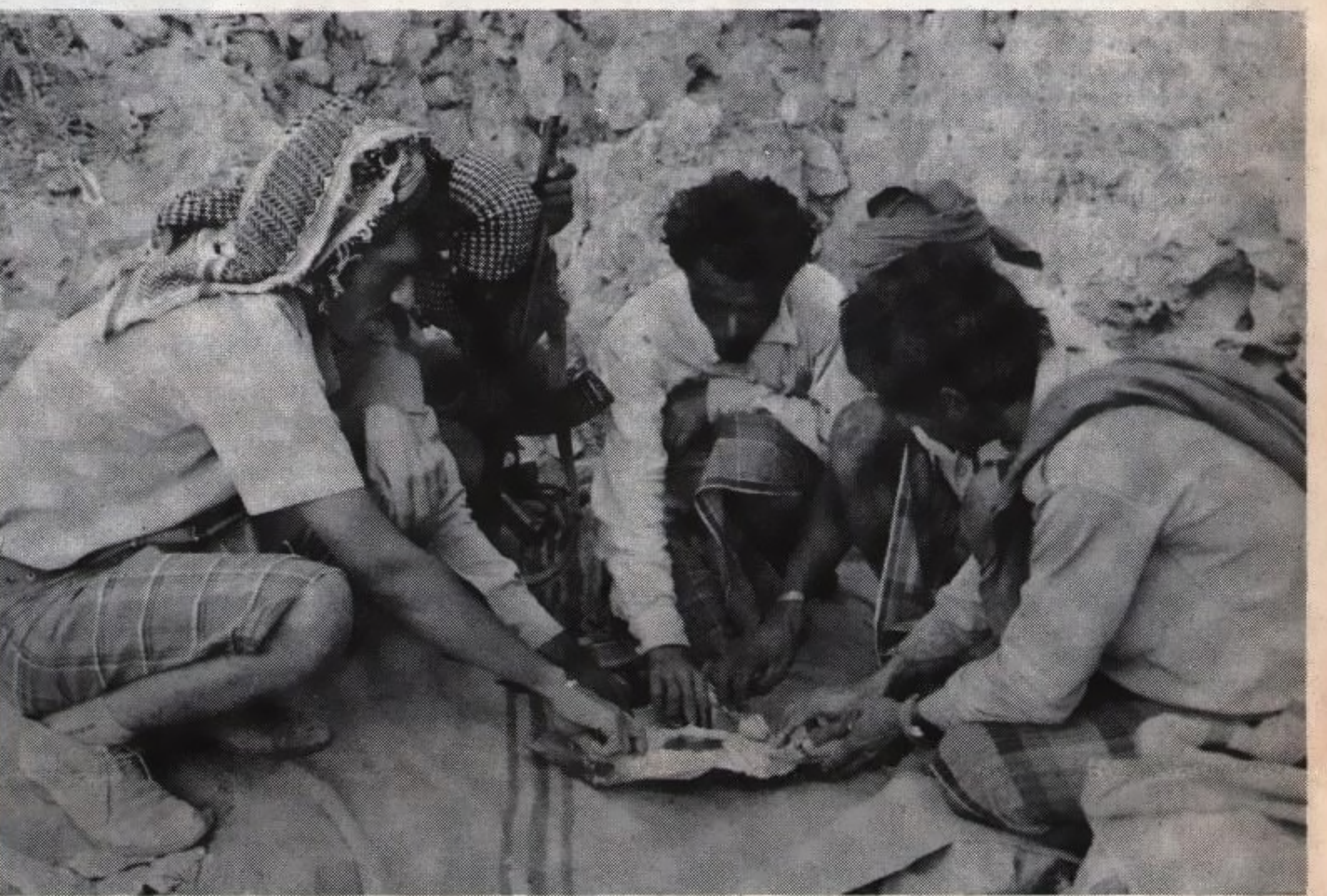
Aus Anlaß der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen und Saudi-Arabien (siehe KVZ Nr. 12/1975) verbreiteten einige Zeitungen, daß dies das Ende der Revolution bedeute, da die Demokratische Volksrepublik Jemen sie nicht mehr unterstützen würde.

Zuallererst möchte ich festhalten, daß die Haltung der Demokratischen Volksrepublik Jemen (DVRJ) zur omanischen Revolution unverändert und in keiner Weise von der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien beeinfluß worden ist. Das gemeinsame Kommuniqué beider Staaten betont, daß keine Seite sich in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite einmischen darf. Die DVRJ betrachtet die Frage der Unterstützung der omanischen Revolution als etwas, was nur sie angeht. Es ist tatsächlich so, daß wir keineswegs ein Nachlassen in der Unterstützung der omanischen Revolution durch die DVRJ gespürt haben.

Kannst du uns einen Überblick über die Entwicklung der militärischen Lage seit Januar geben?

Die Veränderung, die sich am stärksten bemerkbar macht, ist die, daß der Iran dazu übergegangen ist, feste, dauerhafte militärische Stützpunkte aufzubauen. Er wandelt die provisorischen Stützpunkte in feste Militäranlagen wie z.B. Thamrit und Marastun, von denen aus die Phantomjäger ihre Angriffe gegen die DVRJ fliegen. Weiterhin gibt es den Hafen von Raysut, der zu einem Marinestützpunkt umgewandelt worden ist. Hinzu kommt, daß die Zahl der iranischen Soldaten sich erhöht hat. Der Feind arbeitet also darauf hin, die Stellungen, die er von Oktober bis jetzt einnehmen konnte, zu befestigen, Straßen zwischen den einzelnen Stellungen zu bauen und eine elektrisch geladene Grenze zur DVRJ aufzubauen. Demgegenüber hat die Volksbefreiungsarmee ihre Einheiten neu verteilt und ihre Taktik überprüft. Sie führt Operationen im Inneren des Landes hinter den feindlichen Linien in kleinen und breit gestreuten Einheiten durch. Sie versetzt dem Feind einen Schlag nach dem anderen. Es ist unbestritten, daß die Konfrontation schwierig und hart ist. Aber unser Vertrauen in die Revolution und in uns selbst geben uns die Gewißheit, daß der Feind nicht in der Lage sein wird, die Revolution zu zerschlagen. Im gesamten befreiten Gebiet führen wir militärische Operationen durch, sei es im Osten, im mittleren Teil oder im Westen. Was die Westregion anbetrifft, so baut der Feind eine Vielzahl von Stellungen auf in einem Gebiet, das nur 70 Kilometer lang und 20 Kilometer breit ist. Darunter sind große Stützpunkte wie z.B. Marestun und Hayrut. Er konzentriert einen großen Teil seiner Truppen und seines Materials in diesem Gebiet. Dies alles, weil diese Region an die DVRJ grenzt. Der Feind verfolgt das Ziel, sie von der DVRJ zu isolieren. Trotzdem funktionieren die Verbindungen immer noch. Unsere Kämpfer führen ihre Operationen auch in der Westregion verstärkt weiter. In letzter Zeit hat der Feind versucht die Volksbefreiungsarmee von den Massen zu isolieren, indem er die Bevölkerung in die Küstendörfer vertrieb und sie in KZ-ähnlichen Lagern zusammenpferchte.

Aber dieser Plan ist an dem Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Es wurden sogar einige wegen ihrer patriotischen und kämpferischen Haltung umgebracht. Der Feind weiß genau, daß die Revolutionäre sich bei ihren Operationen auf die Massen stützen, ja, daß ihre Verankerung unter den Massen die Voraussetzung dafür ist, daß sie weiterkämpfen können.



Befreiungskämpfer der PFLO in den befreiten Gebieten in der Provinz Dhofar



Im Befreiungskampf spielen die Frauen eine hervorragende Rolle.

Oman – vom BRD-Imperialismus ausgebeutet

Der ZDF-Korrespondent Berg berichtete im „Auslandsjournal“:

Zu Zeiten des Sultans Said bin Taimur herrschte in Oman finstere Reaktion. Das Volk lebte in großer Armut, es fehlte an Schulen, Gesundheitsversorgung, die Bevölkerung kannte kein Fernsehen usw. Damals hatte die marxistische Befreiungsorganisation PFLO den größten Zulauf, beinahe wäre Oman kommunistisch geworden. Gerade rechtzeitig hat Sultan Quabus seinen Vater gestürzt, und seither geht es den Omanis zunehmend besser. Mit Sultan Quabus ist der Fortschritt ins Land eingekehrt. Schulen werden gebaut, die Gesundheitsversorgung ist hervorragend, kurz, dem offenen Krieg der PFLO als Mittel zur Revolution ist der Boden entzogen worden. Das alles hat Quabus geschafft, gestützt auf die britischen und iranischen Truppen, die ihm bei dem Aufbau einer eigenen Truppe halfen, die Befreiungsbewegung geschlagen haben und nun zivile Arbeit im Dienst der Bevölkerung leisten. Gezeigt wurden ehemalige Rebellen, die zu Quabus' Armee übergelaufen sind, da er ihnen ja alles gibt, wofür sie früher den Kampf geführt haben.

So weit die Zusammenfassung der Darstellung des ZDF-Korrespondenten Berg.

Es ist schon immer so gewesen, daß die Bourgeoisie die gerechten Ziele der Arbeiterbewegung und die gerechten Kämpfe der Völker der Dritten Welt entweder ganz verschwiegen hat oder, wenn sie das nicht mehr konnte, sie verfälscht und in den Dreck gezogen hat. Beispiele dafür gibt es genug, sei es zu Vietnam oder wie in jüngster Zeit gerade zu Kambodscha, wo die reinsten Horrormärchen über den Aufbau von Kambodscha verbreitet werden.

Mit einer solchen Propaganda will der BRD-Imperialismus seine imperialistischen Ziele, die er in Oman hegt, verdecken. 50 Prozent der Erdölimporte der BRD kommen aus Oman und dem Golfgebiet. Die StraBAG hat sich beim Sultan ein Straßenbauobjekt von 170 Millionen DM gesichert. Hochtief baut für 220 Millionen den Hafen Port Quabus. Siemens liefert Farbfernseher, die nur der Sultansclique zugutekommen, für die aber das ganze Volk bezahlen muß. Daimler-Benz baut Staatskarossen. All diese Projekte dienen der schmalen Schmarotzerschicht um Sultan Quabus, der seit seinem Machtantritt die Unterdrückung des Volkes verschärfte, sich als Helfer der ausländischen Monopole bei der Ausplünderung der Ölreserven hervortat und dafür von den ausländischen Monopolen auch sehr gelobt wird. Der Einsatz der britischen, jordanischen und iranischen Truppen besteht darin, daß sie das Land besetzt halten und das Ziel haben, die Befreiungskräfte vollständig zu vernichten. Die Massen von Oman haben diese Aggression nicht passiv hingenommen. Sie haben den bewaffneten Kampf aufgenommen unter Führung der PFLO, um den Imperialismus und seine Handlanger zu stürzen und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.

Die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland haben kein Interesse und keinen Nutzen an der Unterdrückung und Ausbeutung der Völker der Dritten Welt. Die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse, und gerade jetzt bei der Vorbereitung des 1. Mai, wo die Maidemonstrationen der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Völker dienen müssen, gilt es, die Unterstützung für den Befreiungskampf des omanischen Volkes zu verstärken. – (e., Frankfurt)

Der Absturz von General Akehurst

Über den erfolgreichen Abschuß des britischen Brigadegenerals Akehurst, der die Konterrevolution in Oman leitete, berichtete Said Masoud, Mitglied des Komitees für Internationale Beziehungen der PFLO, am 19. Februar in einem Interview der KVZ (Nr. 7/1976, Seite 12):

„Zur gleichen Zeit, als die Feinde der Revolution verbreiteten, sie hätten die Revolution besiegt, als Quabus seine Siegesfeier veranstaltete, war es ihnen nur gelungen, den einen oder anderen Stützpunkt einzunehmen. Es scheint so zu sein, daß ihre imperialistische Logik dann zu dem Schluß kommt, damit wäre die Revolution erledigt. Genau zur gleichen Zeit haben wir Operationen durchgeführt, von denen sowohl Quabus als auch seine imperialistischen Herren genau wußten.

Am 25. Dezember und nicht etwa am 25. November haben wir ein britisches Flugzeug abgeschossen, in dem vier hohe britische Offiziere saßen. Unter ihnen befand sich Brigadegeneral Akehurst, der Anfang Dezember erklärt hatte, die Revolution stünde kurz vor ihrem Ende (darüber wurde auch in der westdeutschen Presse berichtet). Großbritannien schwieg zunächst. Als wir dann am 31. Januar in einem Militärkommuniqué den Abschuß bekanntgaben, erklärte London einen Tag später, es handle sich um ein Aufklärungsflugzeug mit vier Offizieren. Ausdrücklich gaben sie zu, daß darunter ein Brigadegeneral gewesen sei. Wenn die Revolution beendet sein sollte, wer hat dann dieses Flugzeug heruntergeholt? Die nicht mehr existierende Bodenabwehr der nicht mehr existierenden Volksbefreiungsarmee?!! Dieses Imperialistenpack belügt sich und die Völker der Welt.“

Die Hetze gegen Kambodscha verfehlt ihr Ziel

In ganz Kambodscha feierte das Volk vom 15. bis 17. April den 1. Jahrestag des vollständigen Sieges über den US-Imperialismus und der Errichtung des Demokratischen Kambodscha. Den Imperialisten ist das Anlaß dafür, eine wilde Schimpf- und Lügenkampagne zu betreiben. „Steinzeit-Sozialismus", „schrankenlose Brutalität", „Zwangsevakuierung Phnom Penhs", „Zwangsarbeitslager" heulen sie. „Es ist Haß, der das herkömmliche Schema des Klassenkämpfers sprengt: Er richtet sich nicht nur gegen die Besitzenden, sondern gegen jeden, der sich durch Herkunft, Erziehung oder Eigeninitiative eine bessere Ausgangsstellung im Leben verschafft hatte. Schon wer lesen und schreiben kann, ist verdächtig, ein Konterrevolutionär zu sein. Es ist die Verrohung und Verwilderung ihrer Massen, die die Khmer Rouge zur Gleichmacherei mit der Dampfwalze antreibt. Bis heute haben sie ihre eigene Revolution nicht unter Kontrolle; sie läuft ihnen davon." (Süddeutsche Zeitung, 20. April)

Fröhlich stimmt dieses Gezeter die werktätigen Massen und jeden Revolutionär, bestätigt doch die hilflose Wut der herrschenden bürgerlichen Klasse, daß es mit ihrer Diktatur in Kambodscha endgültig vorbei ist. Wenn sie „Zwangsarbeitslager", „Gleichmacherei" heult, so heißt das bloß, daß nachdem die Arbeiter, Bauern und die revolutionäre Armee die Macht übernommen haben, auch die alten Parasiten und Blutsauger des Volkes gezwungen werden, von eigener Hände Arbeit zu leben. Wenn sie „Zwangsevakuierung" schreien, heißt das, daß ihr Plan gescheitert ist, mit Hilfe einer Hungersnot unter den 3 Millionen Bombenflüchtlingen in einem Phnom Penh voll Fäulnis, Elend, Korruption infolge der US-imperialistischen Besetzung erneut an die Macht zu kommen. Wenn sie den Massen Verrohung und Verwilderung vorwerfen, heißt das, die Massen haben eine wirklich demokratische Herrschaft errichtet.

Spendenkonto:

Spendenkonto: Bezirkssparkasse Heidelberg, Nr. 437 50 92 (H. Leberl)

Daß das so ist, zeigen die Errungenschaften der kambodschanischen Revolution während des vergangenen Jahres. Die Evakuierung Phnom Penhs verhinderte das Eintreten der von den US-Imperialisten geplanten Hungersnot, die Entfaltung der Initiativen und Energien der Massen im kollektiven Einsatz brachte eine etwa dreihundertprozentige Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Wiederherstellung der Infrastruktur und Inbetriebnahme der von den USA gesprengten Fabriken durch die Arbeiter. Erst der Sturz der Herrschaft des Imperialismus und der Bourgeoisie hat das ermöglicht.

Ein Ausschuß hatte dem Volkskongreß eine Verfassung vorgeschlagen, die viermal von den Volksmassen in den Zellen und Komitees diskutiert und geändert worden war. Sie legt die Staatsmacht in die Hände der Arbeiter, Bauern und der revolutionären Armee, sie schafft jedes Privateigentum an den Produktionsmitteln ab und führt sie in kollektives Eigentum des Staates und der Gemeinschaft des Volkes über, sie macht Schluß mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sie ist eine vollständig demokratische und revolutionäre Verfassung eines „unabhängigen, vereinten, friedlichen, neutralen und blockfreien und souveränen Kambodscha". Auf ihrer Grundlage haben die Volksmassen zum ersten Mal in demokratischen Wahlen eine Versammlung von Vertretern des Volkes gewählt. Die gewählten Vertreter des Volkes in der neuen Volksversammlung sind 50 Fabrikarbeiter, 50 Soldaten und 150 Bauern. Die Arbeiter wählten ihre Vertreter nach Industriezweigen, 8 aus der Rohgummiproduktion, 2 aus der Salzproduktion, einer aus der Fischindustrie und je 3 für Eisenbahnen und Energieerzeugung. Die Bauern wählten ihre Vertreter nach Regionen und die revolutionäre Armee nach Einheiten. 46 Delegierte sind Frauen. In einer Regierungserklärung wird festgestellt, daß die Wahlen in einer Atmosphäre großer Einheit des Volkes und in einer ausgezeichneten Lage in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion im Lande durchgeführt wurden. Nachdem sich Sihanouk, der das befreite und revolutionäre Kambodscha als die glorreichste Epoche kambodschanischer Geschichte bezeichnet, sich aller politischen Ämter entbinden ließ, hat die neue Versammlung der Volksvertreter neben der neuen Regierung auch das Präsidium neu bestimmt.

Auf der Eröffnungssitzung stellte Khieu Samphan, Vorsitzender des neuen Präsidiums, am Schluß seiner Rede fest:

„Das Demokratische Kambodscha

„Das Demokratische Kambodscha

mischt sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes ein, es respektiert unbedingt das Prinzip, demzufolge jedes Land souverän ist und das Recht hat, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu entscheiden ohne fremde Einmischung. Das Demokratische Kambodscha reiht sich entschieden ein in die große Familie der blockfreien Staaten."

„In Gegenwart und Zukunft stehen wir fest auf der Seite der revolutionären Bewegungen in der Welt, an der Seite der befreudeten Länder nah und Fern, an der Seite der für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt eintretenden Völker im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie, Freundschaft und wirklichen sozialen Fortschritt in der Welt." – (hl)



Reisfelder in Kambodscha, Zeugnis vom Aufbau des Landes nach der Befreiung von der Herrschaft des US-Imperialismus

1. Jahrestag der Gründung des Demokratischen Kambodscha

Solidaritätsadresse des KBW

Mannheim, 17. April 1976

An die Botschadt
des Demokratischen Kambodscha
Paris

Liebe Freunde,

am 1. Jahrestag des Sieges über den US-Imperialismus senden wir Euch unsere herzlichen Glückwünsche. Am 17. April 1976 feiern die Arbeiter, Bauern, die revolutionäre Volksarmee den Jahrestag des vollständigen Sieges über den US-Imperialismus und seine Lakaien.

Sie feiern die Errichtung des Demokratischen Kambodscha und die weiteren Siege der Revolution im vergangenen Jahr. Die Arbeiter, Bauern und die revolutionäre Volksarmee haben unter Führung ihrer revolutionären Organisation im ganzen Land die Produktionsmittel in Besitz genommen, große Fortschritte in der Beseitigung der Kriegsschäden und im Aufbau der Produktion erzielt. Im ganzen Land haben sie demokratische Machtorgane des Volkes errichtet, eine revolutionäre Verfassung geschaffen und Volksvertreter gewählt, die die neue Regierung des Demokratischen Kambodscha einsetzen.

So wie das Volk von Kambodscha im Vertrauen auf die eigene Kraft und durch bewaffneten Kampf sich Unabhängigkeit und Freiheit erkämpft hat, verteidigt es diese jetzt mit derselben Entschlossenheit und Wachsamkeit. Der US-Imperialismus hat wiederholt imperialistische Provokation und Aggression versucht und ist jedesmal gescheitert.

Das Volk von Kambodscha hat durch seinen siegreichen Volksbefreiungskrieg wie auch durch seine großen Aufbauleistungen im vergangenen Jahr die Völker der Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, sehr ermutigt und unterstützt.

Wie am 1. Mai 1975 beim Sieg über den US-Imperialismus, so werden auch dieses Jahr die Völker der Welt am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, die großen Errungenschaften des Demokratischen Kambodscha feiern. Das kambodschanische Volk und das Demokratische Kambodscha ist unserer Solidarität gewiß!

Zentrales Komitee des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland

lutionäre Volksarmee haben unter Füh- Das Volk von Kambodscha hat durch Westdeutschland

„Kein Marsch! Keine Siedlungen! Keine Zionisten!"

In den Monaten vor der Wahl nahmen die Kämpfe der unterdrückten palästinensischen Massen einen großen Aufschwung. Ihren Widerstand gegen die zionistische Besetzung, eine Annexion an Jordanien und ihren Anspruch auf eine selbständige nationale Existenz unter Führung der PLO als einziger rechtmäßiger Vertretung des palästinensischen Volkes brachten sie in Streiks, Demonstrationen, zahlreichen Kommandoaktionen, Besetzungen zionistischer Einrichtungen u.a. zum Ausdruck, obwohl der Staat Israel dagegen mit faschistischem Terror vorging und zahlreiche Patrioten erschoß und ins Gefängnis warf. Höhepunkt war der 30. März, wo ein Generalstreik, verbunden mit zahlreichen anderen Aktionen, sich gegen die Besiegelung der zionistischen Besetzung durch die Enteignung von 2 000 Hektar arabischen Bodens richtete.

In Reaktion auf die Niederlage in den Gemeindewahlen organisierten die Zionisten, unterstützt durch die israelische Regierung, einen Marsch nach Jericho. Er soll dokumentieren, daß Israel nicht bereit ist, die Beute des Krieges von 1967 loszulassen. „Einer der Organisatoren des Marsches" sagte das trefflich: „Wir wollen Seite an Seite mit den Arabern auf dem Westufer leben. Wir wollen niemandem etwas wegnehmen. Aber das Westufer gehört uns, und die Regierung muß es zu einem Teil Israels machen." (Die Welt, 20. April)

Mit „Autobussen und Privatautos wurden die Demonstranten zum Ausgangspunkt" gekarrt. Viel kosten hat man sich's lassen. „Man glaubt, daß die Aufwendungen einige hunderttausend israelische Pfund betrugen. Woher das Geld kam, ist ein von den Organisatoren streng gehütetes Geheimnis." Angezogen hat die Provokation alles mögliche reaktionäre Gesindel. „Neben den alteingesessenen Israelis ... unterzogen sich Neueinwanderer aus der Sowjetunion und jüdische Touristen aus vielen Ländern den Strapazen des Marsches." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. April)

Diese bewaffnete Provokation – viele Marschierer hatten Schußwaffen bei sich – stand außerdem unter militärischem Begleitschutz, der mit der üblichen Brutalität gegen die ihren Protest ausdrückenden Palästinenser vorging, aber am Widerstand konnten sie die Palästinenser nicht hindern. „In Jericho wurde am Montag eine Ausgangssperre verhängt und rund 30 arabische Bewohner der Stadt verhaftet, nachdem eine Vorhut der Marschteilnehmer mit einem Steinhagel empfangen worden war. Das Ausgehverbot stellte auch eine Antwort auf die Aktion der Geschäftsleute dar, die am Vormittag alle Läden, Cafés und Restaurants von Jericho geschlossen hatten." (Frankfurter Rundschau, 20. April) In Nablus wurden die Schulen aus Protest bestreikt, in Ramallah, wenige Kilometer vom Ausgangspunkt der Demonstration entfernt, „verwandelten mehr als 10 000 Araber ein Begräbnis in eine Demonstration" gegen die zionistische Provokation. Das Begräbnis hatte zwei Opfern zionistischen Terrors gegolten. Der neugewählte Kandidat für die Gemeindeversammlung war vom alten, pro-zionistischen erschossen worden, und als die israelische Armee gegen die empörte Bevölkerung vorging, hatte sie dazu am Samstag einen sechsjährigen Jungen erschossen.

Die Demonstranten „schwenkten palästinensische Flaggen und Transparente mit den Parolen: „Kein Marsch, keine Siedlungen auf unserem Boden, keine Zionisten". (Die Welt, 20. April)

„Für den israelischen Annexionismus, auch schleichenden durch fortgesetzten Landkauf, besteht im Westjordanland jetzt keine Chance mehr. Aber für eine kluge Besatzungspolitik fänden sich, sofern sie nicht von den eigenen Leuten gestört würde, noch genügend Ansatzpunkte." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. April) Der erste Teil ist richtig, mit dem zweiten irren sich jedoch die bürgerlichen Propagandisten. Schon immer hat die Bourgeoisie den Kampf des palästinensischen Volkes für seine Rechte, für nationale und soziale Befreiung unterschätzt. Heute wird berichtet, daß die zionistischen Behörden die Altstadt Jerusalems für Touristen sperren mußten, weil sie den Kampf der palästinensischen Bevölkerung nicht niederhalten kann. – (hl)

Israels Niederlage bei den Wahlen in Westjordanien

„PLO-Anhänger siegen bei Wahlen in Westjordanien", eine „schwere israelische Niederlage" ist die bürgerliche Presse gezwungen als Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Judea und Samaria, den 1967 von Israel besetzten sogenannten Westbanks, einzugestehen. Aus 514 Kandidaten wurden 205 Stadtverordnete gewählt, davon nur 43 der alten und 148 neue. „Palästinensische Kandidaten", gemeint sind Patrioten, liegen in „Bassaa Schakaa, in Nablus, Ahmed Saadi in Jenin, Hilmi Hanoun in Tulkarem, Karim Khalaf in Ramallah und Ahmed Karaan in Al-Birre an der Spitze". (Neue Zürcher Zeitung, 14. April) „In den beiden wichtigsten Städten Nablus und Hebron wird der Stadtrat nur von neuen Gesichtern bestimmt." (Süddeutsche Zeitung, 14. April)

Forts. v.S. 3: Südafrika: Stützpunkt des BRD-Imperialismus

Konzerne, die teilweise mehrheitlich vom Bund kontrolliert werden, betreiben führend den Ausbau der Uranförderung und den Aufbau einer Atomindustrie in Südafrika, z.B. Salzgitter, Veba, Ruhrkohle, STEAG. Die Gesellschaft für Kernforschung und andere staatliche Institute betreiben Forschungsprojekte für das südafrikanische Kolonialistenregime. Auch die Versorgung mit Strom als Energiequelle wird von der BRD ausgebaut. Hans Gunther Sohl erklärte dazu in seiner oben zitierten Rede, „daß die BRD Hauptlieferant ist für den Aufbau der südafrikanischen Elektrizitätswerke und daß sie dabei ist, deren Kapazität von jetzt 14 000 Kilowatt auf 60 000 bis zum Jahr 2 000 zu erhöhen".

Aber dieses Paradies der Ausbeutung wird durch den Widerstandskampf der afrikanischen Völker im südlichen Afrika, der auch innerhalb der Südafrikanischen Republik einen Aufschwung nimmt, immer erfolgreicher angegriffen. „Die weißen Südafrikaner brauchen unsere Hilfe. Wir müssen ihnen helfen, einen Ausweg aus der politischen Sackgasse zu finden, in die sie durch ihr hartnäckiges Festhalten an einer ‚getrennten Entwicklung' von Weiß und Schwarz geraten sind", lamentiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", Sprachrohr der westdeutschen Monopolbourgeoisie, am 11. März. „Von allen humanitären und politischen Gründen einmal abgesehen ist die Frage, ob es in Südafrika ruhig bleibt, ... gerade für die deutsche Industrie von besonderer Bedeutung."

Als geschäftsführender Ausschuß des Monopolkapitals sichert die Bundesregierung die westdeutschen Investitionen in Südafrika nicht nur durch staatliche Hermes-Kredite, die aus Steuermitteln garantiert werden, sie hofft auch durch verstärkte wirtschaftliche Bindung des südlichen Afrika inklusive der Bantustans an die Europäische Gemeinschaft durch Assoziationsabkommen – Swaziland und Lesotho sind bereits assoziiert – und Förderung der Zusammenarbeit afrikanischer Staaten mit dem südafrikanischen Kolonialistenregime im Rahmen der „Entspannungspolitik" Vorsters sowie durch die Förderung einer südafrikanischen Wirtschaftsunion das südliche Afrika in ein neokoloniales Abhängigkeitssystem unter Führung des BRD-Imperialismus und der Europäischen Gemeinschaft verstricken zu können. Dadurch soll die Ausbeutung intensiviert werden.

„Boykottmaßnahmen sind nach unserer Auffassung auch nicht im Sinne der schwarz-afrikanischen Bevölkerung Südafrikas und der Beseitigung der Rassenschranken in diesem Land. Sie hätte eine nachlassende wirtschaftliche Aktivität zur Folge, die zu Stagnation, Arbeitslosigkeit und damit zu sozialen Unruhen führt.... Dagegen wissen wir, daß eine prosperierende Wirtschaft den allgemeinen Lebensstandard hebt, integrierend wirkt und Spannungen – seien sie sozialer, religiöser oder auch ethnischer Art – zu beseitigen oder doch zumindest vermindern vermag." (Karl Moersch in dem oben zitierten Buch)

Aber diese „prosperierende" Ausplünderung treibt gerade den Widerstand der afrikanischen Bevölkerung hervor, und ihr Kampf um nationale und soziale Befreiung nimmt von Tag zu Tag an Kraft zu. Dessen wohl bewußt, versucht die BRD-Regierung deshalb auch gleichzeitig mit den wirtschaftlichen und Maßnahmen auf diplomatischer Ebene die Voraussetzungen für eine militärische Intervention über die NATO zu schaffen. Deshalb betreibt sie die Ausdehnung des NATO-Kontrollbereichs über den 10. Breitengrad hinaus auf den Südatlantik. – (h.l.)

Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr:

Planung für den Feldzug des westdeutschen Finanzkapitals

Insgesamt auf 12,2 Mrd. DM wuchs das westdeutsche Auslandskapital in Ländern der Dritten Welt im vergangenen Jahr. Das ist der höchste Stand in der Geschichte der Bundesrepublik und wie man jüngst in der Presse lesen konnte, drängen die Großbanken jetzt noch verstärkt in's „Auslandsgeschäft". Über die Richtung gab anläßlich der Verhandlungen mit dem Iran über die Lieferung von Kernkraftwerken ein Sprecher der westdeutschen Kraftwerk-Union Auskunft: *„Wo immer wir hinsehen – nach Italien, Spanien, Schweden, Thailand, Südkorea – waren die Amerikaner schon da. Die ‚Dritte Welt' ist der einzige offene Markt, der übrig bleibt"* (Herald Tribune 19.4.75).

Dieser Feldzug des westdeutschen Finanzkapitals auf den Weltmarkt und in die Länder der Dritten Welt bedarf freilich einer militärischen Sicherung. Denn mit der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und dem siegreichen Streben der Völker der Dritten Welt nach Unabhängigkeit und Revolution wird es bei dieser imperialistischen Profitmacherei immer weniger friedlich zugehen.

Dessen ist sich das westdeutsche Finanzkapital bewußt und auch daß es zur Durchsetzung seiner Interessen über die Seerouten auf den Weltmeeren verfügen muß. Was diesen Teil des Feldzuges betrifft, so fällt die dementsprechende Planung in den Aufgabenbereich des Führungsstabes der Marine. Über diesen ließ sich das Finanzkapital im vergangenen Jahr beim „Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr" eine Studie erstellen mit dem Titel: *„Welche Bedeutung hat eine ungehinderte Nutzung des Südatlantiks, der Kap-Route und des Indischen Ozeans für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland?"*

Wissen muß man dazu, daß es sich bei den genannten Seegebieten, welche der westdeutsche Imperialismus hier zu seinem Studienobjekt macht, um die Seegebiete südlich des Wendekreises des Krebses handelt. Dieser ist gleichzeitig die südliche Grenze des „offiziellen" Operationsbereiches der NATO. Daß der westdeutsche Imperialismus die Seegebiete südlich des NATO-Grenzbereichs zu seinem Untersuchungsgebiet macht, belegt, wie weltumfassend seine Expansionsabsichten sind.

Eingangs wird in der Studie bemerkt, daß sie *„zum Hintergrund hat einerseits die politische, wirtschaftliche und militärstrategische Entwicklung in dem genannten geographischen Raum, sowie andererseits einschlägige Untersuchungen der NATO – insbesondere SACLANT'S – die sich ebenfalls mit diesen Gebieten befassen"*.

Was diese „einschlägigen Untersuchungen" betrifft, so handelt es sich hierbei um NATO-Studien der letzten Jahre mit dem Ziel, den Operationsbereich der NATO auch auf das Gebiet südlich des Wendekreises des Krebses auszudehnen.

So enthält die von der nordatlantischen Versammlung angenommene Empfehlung 22 an den Nordatlantikrat u.a. folgenden Passus: „SACLANT die Bevollmächtigung zu erteilen, den Schutz der für die europäischen NATO-Staaten lebenswichtigen Schiffahrtslinien im Indischen Ozean und im Südatlantik zu planen, einschließlich Überwachung und Nachrichtenwesen."

Der „Hintergrund" dieser Ausweitung des Operationsgebietes der NATO stellt das Streben nach Unabhängigkeit und Revolution der Völker der Dritten Welt dar, sowie die verschärfte Konkurrenz mit der Supermacht UdSSR, so daß die imperialistischen NATO-Staaten versuchten, über eine engere Zusammenarbeit mit den rassistischen Siedlerregimes im südlichen Afrika wie mit den damals dort noch herrschenden portugiesischen Kolonialisten ihre Stellung auszubauen.

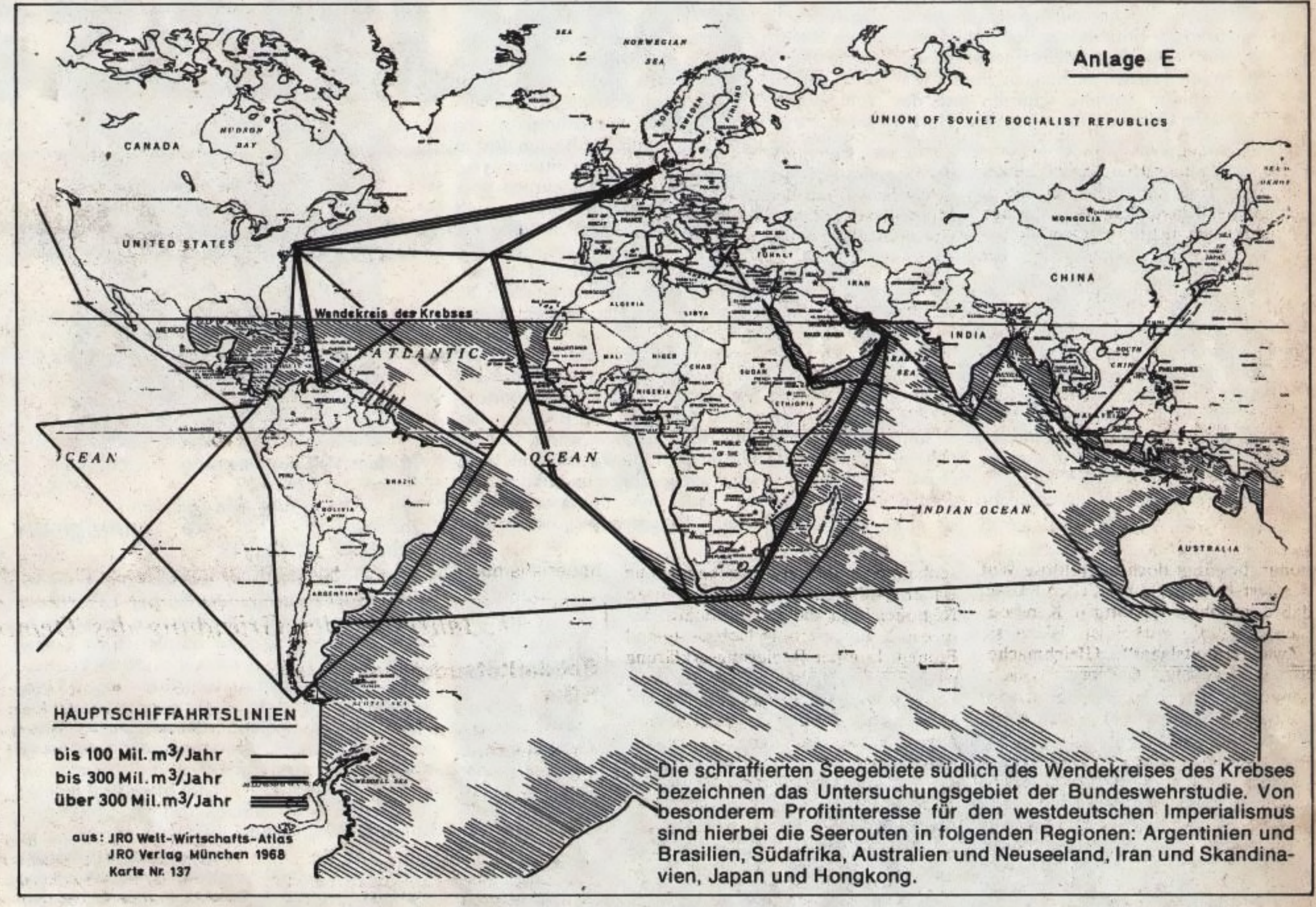
Anders der „Hintergrund", welcher die westdeutschen Imperialisten zu dieser Studie veranlaßt hat, und grob gesagt zeigt sich an ihr, daß sie noch viel vorhaben, zu welchem Zweck sie ihren Blick für die Weltmeere schärfen.

Seerouten zur Plünderung der Reichtümer der Dritten Welt

Sodann zum Aufbau der Studie selbst. Innerhalb des untersuchten Seegebietes, so stellt die Studie fest, *„zeichnen sich fünf Regionen ab, mit denen besonders intensive Handelsbeziehungen bestehen"*. Es handelt sich hierbei um Argentinien und Brasilien, um Südafrika, Australien und Neuseeland, den Iran und Saudiarabien, Japan und Honkong. Diese fünf Regionen, bzw. neun Länder sind für den Handel der BRD-Imperialisten ungefähr genauso bedeutend, wie die übrigen 108 Staaten dieses Gebietes, betrachtet man allein das wertmäßige Ausmaß des Handels. Siehe Kasten)

1975 hat die BRD aus diesen fünf Regionen Waren im Werte von 13,7 Mrd. DM ein- und Fertigwaren im Werte von 12,1 Mrd. DM dorthin ausgeführt. Nimmt man noch die restlichen 108 Anliegerstaaten hinzu, so betragen die entsprechenden Werte 24,3 bzw. 20,5 Mrd. Mark, was den Handel betrifft, der über die Seerouten in diesem Raum abgewickelt wird.

Gemessen am gesamten Außenhandel der BRD ist dies nicht viel, nämlich 18,6 % der Gesamteinfuhr und 13,6 % der Gesamtausfuhr der BRD. Aber schon bezüglich des gesamten westdeutschen Seehandels werden über diese Seerouten bereits rund die Hälfte der Ein- und Ausfuhr abgewickelt.



Die schraffierten Seegebiete südlich des Wendekreises des Krebses bezeichnen das Untersuchungsgebiet der Bundeswehrstudie. Von besonderem Profitinteresse für den westdeutschen Imperialismus sind hierbei die Seerouten in folgenden Regionen: Argentinien und Brasilien, Südafrika, Australien und Neuseeland, Iran und Skandinavien, Japan und Hongkong.

Die Sache erhält ihr Gesicht aber erst, betrachtet man, worin die besondere Bedeutung dieser eingangs erwähnten fünf Regionen für den westdeutschen Imperialismus besteht. Dazu heißt es in der Studie: *„Vier dieser fünf geographischen Regionen* (ausgenommen Japan und Honkong, aus denen Fertigwaren bezogen werden, e.r.) *liefern lebensnotwendige Rohstoffe für die deutsche Industrie, die wegen der Ausschließlichkeit ihrer Vorkommen nicht anderweitig bezogen werden können, und die auch nicht substituierbar sind."*

In diese vier Regionen liefern die BRD-Imperialisten Fertigwaren und beziehen von dort Rohstoffe. So beziehen sie den größten Teil ihres Rohöls aus Saudi Arabien (1973 sind das 25 283 000 Tonnen bei einer Gesamteinfuhr von 67 330 000 Tonnen) und an zweiter Stelle steht hier der Iran mit einem Anteil an der Rohöl-Gesamteinfuhr von 14 122 000 Tonnen im selben Jahr. 23 % des gesamten Eisens – wobei 95 % des gesamten in der BRD verbrauchten Eisens eingeführt werden – bezieht die BRD über Brasilien. 60 % des Bauxits (Aluminium), das zu 100 % eingeführt werden muß, wird über das Australien bezogen. Südafrika ist der Hauptlieferant für Chrom, Mangan und Vanadium und Lieferant für Uran. Worin die Bedeutung der Seerouten in diesem Gebiet besteht, erhellt auch folgendes Zitat: *„Die beiden südamerikanischen Staaten Argentinien und Brasilien sind außerordentlich reich an Rohprodukten und haben aufgrund ihrer Größe, ihrer Bevölkerungszahl und der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einen aufnahmefähigen Markt."* Das erklärt nebenbei gesagt noch einmal deutlich, warum der westdeutsche Imperialismus den jüngsten Militärputsch in Argentinien so freudig begrüßt hat.

Insgesamt zeigt die Untersuchung bis hierher, daß die Seerouten südlich des Wendekreises des Krebses als Zufahrtswege zu den für das westdeutsche Finanzkapital wichtigsten Rohstoffländern unerläßlich und von höchster Bedeutung sind. Wir können daher zu dem Schluß kommen, daß die Studie eigentlich den Titel tragen muß, ‚Welche Bedeutung haben die Seerouten südlich des Wendekreises des Krebses für die Ausplünderung der Reichtümer von Ländern der Dritten Welt in diesem Bereich durch die BRD'.

Sodann wird in der Studie untersucht, was eingangs als politischer und militärstrategischer „Hintergrund" bezeichnet wurde, wozu ein Unterkapitel „politische Aspekte" und ein weiteres mit dem Titel „militärische Aspekte" dient.

Im wesentlichen wird dabei festgesellt, daß die politische und militärische Situation in dem betreffenden Gebiet durch die Konkurrenz „von Großmächten" – womit die Supermächte gemeint sind – und durch das Streben der Völker nach Unabhängigkeit und Revolution („durch aufstrebende Freiheitsbewegungen") *„eher als politisch instabil bezeichnet werden müsse". „Dieser Zustand wird durch vordringliche Interessen von Großmächten nicht nur an gewissen Rohstoffen, sondern nicht zuletzt auch zur Erringung militärstrategisch günstiger Positionen in den entsprechenden Gebieten eher geschürt als gedämpft."* Und weiter: *„Entsprechend diesen Absichten wird der Einsatz, die Dislozierung und die Zusammensetzung der Streitkräfte – naturgemäß Seestreitkräfte – von den Weltmächten geplant und durchgeführt."*

Aus dieser Situationsbeschreibung ziehen die Bundeswehrstrategen die Schlußfolgerung, daß dies *„große Gefahren, jedoch auch Entwicklungsmöglichkeiten für die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik Deutschland bergen kann"*.

Man sieht, die Militärstrategen des westdeutschen Finanzkapitals setzen darauf, daß, wo man sich den USA als Partner in diesen Gebieten empfiehlt, man dort auch die eigenen imperialistischen Interessen durchsetzen kann. Gesetzt wird dabei weiter darauf, daß der westdeutsche Imperialismus infolge des Zusammenbruchs der kolonialistischen Unterdrückung durch den englischen und französischen Imperialismus wie durch den portugiesischen Kolonialismus in diesen Regionen Fuß fassen kann, wozu in einer Fußnote angeführt wird: *„Der gute Ruf Deutschlands bei den Völkern dieses Raums sollte in diesem Zusammenhang nicht zu gering eingeschätzt werden"*, wobei darauf angespielt wird, daß Deutschland *„seit 1919 keine Kolonialmacht mehr"* ist. Insgesamt enthält so die Studie die unausgesprochene Schlußfolgerung, daß der US-Imperialismus in diesen Regionen der Unterstützung bedarf und daß, wo die BRD ihm diese anbietet, dort für den westdeutschen Imperialismus viel zu holen ist, wozu die aus der Kolonialzeit übernommenen *„politischen und wirtschaftlichen Bedingungen und Abhängigkeiten ... der Pflege und des Ausbaus wert sind"*.

Das läuft auf ein Flottenbauprogramm hinaus

Im Schlußkapitel wird noch einmal zusammenfassend die Feststellung getroffen, *„daß die import- und exportabhängige Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ohne weitreichende Einbußen auf eine unbehinderte Nutzung des Südatlantiks und des Indik zur Zeit nicht verzichten kann"*, da ansonsten das *„Florieren der deutschen Industrie"* nicht gesichert ist. Dies ist nichts anderes als die Feststellung, daß „zum Florieren der deutschen Industrie" die Reichtümer der genannten Länder unerläßlich sind, und daß daher der Zugriff auf diese Länder gesichert werden muß.

Dabei kann es freilich bei einer Studie der „volkswirtschaftlichen Bedeutung" dieser Seerouten nicht bleiben. Denn aus der Einschätzung der „politischen und militärischen Situation" in diesen Regionen wissen die westdeutschen Imperialisten, daß es bei ihrer Expansion zum Zwecke der Profitmacherei immer unfriedlicher zugehen wird und daß so die Tendenzen zum Krieg geschürt werden.

Entsprechend heißt es in der Studie vorweg: *„Da diese Studie auf wirtschaftliche Aspekte abstellt, sollte sich eine prospektive Untersuchung der militärpolitischen Aspekte in dem entsprechenden Großraum anschließen."* Das macht den Umfang des Auftrags des Finanzkapitals an den Führungsstab der Marine deutlich: Untersucht werden soll, wie die imperialistische Expansion militärisch durchgesetzt und abgesichert werden kann. Da wird erkennbar, in welche Richtung die ehrgeizigen imperialistischen Pläne der westdeutschen Bourgeoisie laufen. Und man kann bezüglich des militärstrategischen Teils der Studie schon voraussagen, was sie zum Ergebnis haben wird. Daß man zur Sicherung der Seerouten und Reichtümer in dem genannten Raum Flagge auf den Weltmeeren südlich des Wendekreises des Krebses zeigen muß. Das wird einen Aufrüstungsplan mit noch ganz anderem Umfang nach sich ziehen, im Verhältnis zu dem, der jetzt mit dem Bau der Fregatten beschlossen worden ist. – (e.r.)

Bedeutung der Seerouten südlich des Wendekreises des Krebses für die Rohstoffversorgung des westdeutschen Imperialismus

Rohstoff	Einfuhrabhängigkeit in %	Einfuhr über Südatlantik/Indik in % der Gesamteinfuhr
Eisen	95	41
Kupfer	100	Kupfererz: 55
		Rohkupfer: 55
Blei	85	19
Zink	70	Zinkerz: 21
		Hüttenzink: 29
Zinn	100	100
Aluminium	100	Bauxit: 83 / Aluoxid: 90
Titan	100	Rutilerz 99
Chrom	100	52
Mangan	100	100
Molybdän	100	30
Nickel	100	Rohnickel: 16 / Ferronickel: 60
Wolfram	100	63
Niob/Tantal	100	80
Vanadium	100	60
Rohphosphat	100	0
Rohöl	95	61
Kautschuk	100	100
Baumwolle	100	6

(Aus: Statistisches Jahrbuch, 1974)

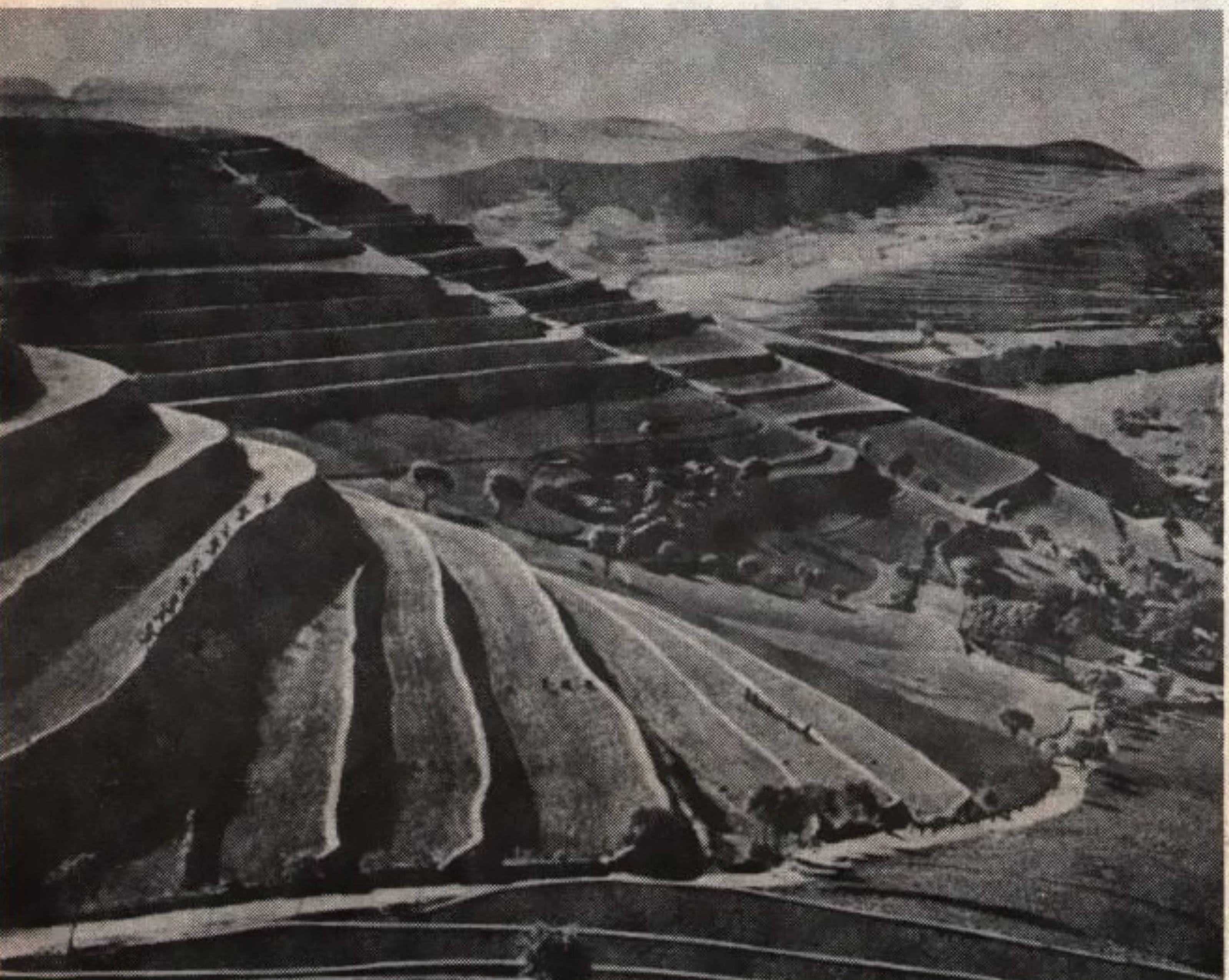
Vor allem für den Transport von Rohstoffen ist der westdeutsche Imperialismus weitgehend auf Seerouten angewiesen. Die südafrikanischen Häfen Richard's Bay, Saldanha Bay, Durban und Kapstadt sind gleichzeitig als Versorgungs- und Reparaturhäfen auf der Route in den Persischen Golf bzw. den Indischen Ozean von Bedeutung.

Neue Bücher aus der Volksrepublik China

„Nur der Sozialismus kann China retten"

Bürgerliche Kommentatoren erklären die gegenwärtigen Klassenkämpfe in der Volksrepublik China gerne so: Es handle sich um die Auseinandersetzung zwischen nüchternen Pragmatikern, denen an der Entwicklung des Landes gelegen sei, und utopischen Menschheitsverbesserern, die irrealen Idalen nachjagten, immer wieder zerstörerische Unruhe schürten und das ganze Land ins Chaos zu stürzen drohen. Hatten sie sich noch vor kurzem die Finger geschleckt wegen des erhofften profitablen China-Geschäfts und den Chinesen das „unpolitische Wesen des Handelskredits" ans Herz gelegt, um Abhängigkeiten zu schaffen, so schreiben die bürgerlichen Zeitungen jetzt wieder enttäuscht über die „Unberechenbarkeit" dieses Landes.

Tatsache ist, daß nur die Revolution und der Sozialismus China entwickeln können und daß der sogenannte nüchterne Pragmatismus – was eine Umschreibung für den kapitalistischen Weg ist – China rettungslos der Unterentwicklung und der Ausbeutung durch den Imperialismus und Sozialimperialismus überantworten würde. Diese Tatsache kann man auf höchst interessante und lehrreiche Weise studieren in einigen Büchern und Broschüren, die vom Verlag für Fremdsprachige Literatur in Peking herausgegeben worden sind.



Umgestaltung der Löß-Hochebene

Als erstes muß hingewiesen werden auf eine kleine Broschüre, in der einige Ergebnisse der „Landeskonferenz über das Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft" wiedergegeben sind, u.a. der Bericht, den der jetzige Ministerpräsident Hua Guo-feng der Konferenz vorgetragen hat, sowie Redeauszüge der Sekretärin der Parteizelle von Dadschai und des stellvertretenden Sekretärs des Parteikomitees des Kreises Hsiyang, in dem Dadschai liegt. Einige darin mitgeteilte Daten sind geeignet, die Bedeutung des Lernens von Dadschai für die Entwicklung von Chinas Landwirtschaft zu verstehen. China ist ein Entwicklungsland. In der Landwirtschaft, der Grundlage aller Produktion, arbeiten bis heute noch 80 Prozent der Bevölkerung.

Die Produktionsbrigade Dadschai besteht aus 83 Familien mit insgesamt über 450 Einwohnern. Sie verfügt heute über ganze 56,4 Hektar Ackerland. (Zum Vergleich: In der BRD betrug 1975 die durchschnittliche Betriebsgröße eines Hofes, der durchweg von einer einzelnen Familie bewirtschaftet wurde, 13,8 Hektar.) Dadschai liegt im Gebirge. Sein Boden war bei der Befreiung karg, ständig von Erosion, von Naturkatastrophen wie Dürre oder Sturzfluten bedroht, verteilt auf 4 700 kleine Flecken, die auf den Bergen zerstreut lagen. 60 Prozent des Landes gehörten einem Gutsbesitzer und drei reichen Bauernfamilien. Die übrigen Familien rangen buchstäblich mit dem Hungertod, mußten ihre Kinder verkaufen, konnten in guten Jahren dem Boden gerade kärglichste Nahrung abringen oder mußten sich als Landarbeiter verdingen. An Hebung der Produktion war gar nicht zu denken. Die armen Bauern besaßen dazu nicht die Mittel, die Gutsbesitzer bzw. reichen Bauern hatten daran kein Interesse, und wo sie es gehabt hätten, hätten auch ihnen dazu die Mittel gefehlt, einen Gutsbetrieb auf der Grundlage der systematischen Ausbeutung von Lohnarbeit zu führen, und die Märkte zum Absatz der Produkte. Chinas Landwirtschaft vor der Befreiung stagnierte bzw. seine Produktion ging sogar zurück, und Abermillionen von armen Bauern sind in China verhungert, wie es heute in Indien der Fall ist.

Die Befreiung brachte die Agrarrevolution und die Verteilung des Landes an die Bauern. Man kann sich ausmalen, was in Dadschai geschehen wäre, wenn man danach den kapitalistischen Weg beschritten hätte mit Förderung der Privatwirtschaft und der Privatinitiative. Eine Aufteilung des Landes konnte für jede Familie nicht mehr als 0,7 Hektar im Durchschnitt bringen. Arbeitsmittel, Zugvieh usw. waren äußerst knapp. Anstachelung des Konkurrenzstrebens hätten schon nach kürzester Zeit wieder einen schroffen Unterschied zwischen reichen und armen Bauern entstehen lassen müssen. Den Armen wäre schließlich nichts übrig geblieben als ihr Land zu verpfänden, es am Ende zu verkaufen. Sie hätten buchstäblich jede Möglichkeit verloren, zu arbeiten und sich zu ernähren.

Selbst die Landflucht in die Städte, um dort in der Industrie Arbeit zu finden – ein bitterer Weg, den die verarmten Bauern in Westeuropa über mehrere Jahrhunderte lang gehen mußten und noch heute gehen müssen – selbst dieser Weg war in China versperrt. Unter der Herrschaft des bürokratischen Kapitals und des Imperialismus wurde die Industrie nicht entwickelt. Sondern die Werte, die chinesische Arbeiter schufen, machten ausländische Kapitalisten reich oder flossen in den Luxuskomsum der bürokratischen Bourgeoisie. Wo hätte die Masse der armen, vom Land vertriebenen Bauern also Arbeit finden können? Abermillionen von Arbeitern und Bauern – der größte Reichtum des Landes – wären für die Entwicklung sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie verloren gegangen und hätten verderben müssen. Auf dem „pragmatischen", „nüchternen", kapitalistischen Weg war und ist jede Fortentwicklung Chinas unmöglich. Und nicht diejenigen sind Träumer, die an der Fortführung der Revolution – gegen die Bourgeoisie und alle bürgerlichen Überreste – festhalten. Reaktionäre Träumer und Vertreter untergehender Klassen sind diejenigen, die sich dem sozialistischen Weg entgegenstellen und auf den kapitalistischen Weg drängen.

Die Produktionsbrigade Dadschai hat diesem Drängen nicht nachgegeben, sondern es bekämpft. Seit der Befreiung hat sie ihren Hektarertrag an Getreide verzehnfachen können, Nebengewerbe entwickelt und die Mechanisierung in Gang gebracht. Voraussetzung dazu waren gewaltige Wasserbauarbeiten, die Terassierung der Bergfelder, Einebnung von Hügeln und Schluchten, ständige Bodenverbesserung. Niemals hätten einzelwirtschaftende Bauern die ärmliche Berglandschaft so grundlegend umgestalten können. Dazu war die Kraft des organisierten und selbstbewußten Kollektivs nötig.

Jeder Arbeiter weiß aus der Fabrik, daß die Kooperation Vieler unendlich wirkungsvoller ist als die Einzelarbeit. Das ist selbst in der Fabrik der Fall, wo Tausende von Arbeitern dem Kommando eines Kapitalisten unterworfen sind und wo die Entfaltung der Kraft der Kooperation gehemmt ist, weil gepreßte Heere ihrem Oberherrn Widerstand leisten. In Dadschai und in der chinesischen Landwirtschaft insgesamt war und ist diese Kraft der Kooperation auf kapitalistischem Weg aber überhaupt nicht entfaltbar. Der chinesischen Bourgeoisie mangelte es an Kapital, um auch nur die Industrie, das eigentliche Feld ihres Profitstrebens, voranzubringen. Wie hätte sie da die Landwirtschaft ihrer Produktionsweise unterwerfen können, die überall, auch in den reichsten kapitalistischen (und revisionistischen) Ländern, der Entwicklung der Industrie hinterherhinkt.

In Westeuropa, wo der kapitalistische Weg der Entwicklung beschritten wurde, waren Jahrhunderte nötig, um eine solche Entfaltung der Produktivkräfte zu bewerkstelligen, wie sie in China auf dem sozialistischen Weg in einem Vierteljahrhundert bewerkstelligt wurde. Und dieser kapitalistische Weg hat die europäischen Völker ungeheure Opfer gekostet: Abermillionen geschundene, vernichtete Bauern, verhungerte Arbeiter, Kriege und Katastrophen. Selbst dieser grausame und quälend langsame Weg war für China versperrt. Mao Tsetung hat erklärt: „Nur der Sozialismus kann China retten", und diese wissenschaftliche Wahrheit wird in den verschiedenen Büchern und Broschüren auf vielfältige Weise entfaltet.



In einer Volkskommune
Bericht aus Tjiliying
von Dschu Li und Tiän Djia-yün
262 Seiten *1,70 DM*
Bestell-Nr.: 17 G-1343

Das ist der Titel des neuesten und umfangreichsten der anzuzeigenden Bücher. Es berichtet über eine Einrichtung, die bisher in der Menschheitsgeschichte ganz ohne Beispiel ist: die Volkskommune. In Tjiliying umfaßt sie 38 als Produktionsbrigaden organisierte Dörfer mit 53 000 Bewohnern. Die Verfassung der Volksrepublik China faßt zusammen: „Die ländliche Volkskommune ist eine Organisation, in der politische Macht mit der wirtschaftlichen Verwaltung zu einer Einheit verschmilzt." Und Mao Tsetung hat als ihren Vorzug erklärt, daß sie „Industrie, Landwirtschaft, Handel, Bildungs- und Milizwesen" kombiniert. Hat der Zusammenschluß der Bauern zur Produktionsgenossenschaft schon die Kraft der Bauern vervielfacht, so hat der von den „nüchternen Pragmatikern" als Verrücktheit bekämpfte Zusammenschluß der Bauernmassen in der Volkskommune diese Kraft potenziert.

Die Volkskommune Tjiliying hat seit ihrer Gründung die bewässerte Anbaufläche von 29 auf 91 Prozent ihrer gesamten Anbaufläche steigern können, und die Getreideproduktion, die sich von 1948 bis 1957 verdoppelt hatte, wurde nach Bildung der Volkskommune, von 1958 bis 1973, noch einmal um das 6,5-fache gesteigert.

Und was noch wichtiger ist: Nicht nur quantitativ hat sich mit Bildung der Volkskommune das Entwicklungstempo beschleunigt. Es sind ganz neue Entwicklungen möglich geworden. Die Industrie hat auf dem Lande Einzug gehalten. Jedes Dorf hat eine Schule. Wissenschaft und Kultur haben sich verbreitet. Vereint in der Volkskommune haben die Bauern kleine Fabriken schaffen können. In Tjiliying eine Getreidemühle, Mehrzweckmühlen zur Verarbeitung von landwirtschaftlichen und Nebenprodukten, eine Landmaschinenfabrik mit fünf Werkhallen, eine Traktorenstation mit Reparaturwerkstätten, eine Phosphatdüngerfabrik, eine Spinnerei und eine Transportgruppe mit einigen LKWs. Diese zunächst noch kleinen Industriebetriebe sind im wesentlichen aus eigener Kraft entstanden, sie dienen unmittelbar der Landwirtschaft und fördern ihre Entwicklung. Unter den Bauern arbeiten heute schon 400 Arbeiter, die zum größten Teil aus den Reihen der Bauern stammen. Der schreiende Gegensatz zwischen Stadt und Land beginnt sich zu schließen. Wo die Bauern an den Privatbesitz gebunden blieben und von der Bourgeoisie geführt wurden, ist ihnen eine solche Entwicklung nirgends auf der Welt gelungen, sondern ist ihnen erbarmungslos mitgespielt worden.

Mao Tsetung hat gegenüber den Befürwortern des kapitalistischen Wegs, die mit der Behauptung auftreten, daß die Bauern der Kleinproduktion verhaftet seien und nur arbeiten würden für privaten Gewinn, betont: „In den Massen steckt ein gewaltiger Drang zum Sozialismus." Auch in den Bauernmassen. Ein Drang allerdings, der ständig neu entfaltet und freigesetzt werden muß im Kampf gegen kapitalistische Tendenzen und Kräfte. Nur unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei konnten die Arbeiter und Bauern in China ihre Unterdrücker und Aussauger niederwerfen, sie bis auf den heutigen Tag unterdrückt halten und in kollektiver Anstrengung die Entwicklung des Landes voranbringen.

Der Kampf zwischen kapitalistischem und sozialistischem Weg ist keineswegs zu Ende, sondern durchzieht alle Bereiche der Arbeit und des Lebens in der Volkskommune. Die einzelnen Berichte geben davon einen lebhaften Eindruck. Und da täglich die Erfahrungen mit beiden Wegen gemacht und zusammengefaßt werden, ist gut verständlich, daß die arbeitenden Massen entschieden jede Befürwortung des kapitalistischen Wegs bekämpfen, wie verborgen sie auch zunächst auftreten mag.

Die Kommunistische Partei, die bewußte Vorhut der chinesischen Arbeiterklasse, hat für den Wirtschaftsaufbau Chinas die Leitlinie ausgearbeitet: „Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führenden Faktor betrachten". Die Industrie, das ist die Arbeiterklasse. Die Landwirtschaft, das sind die Bauern. Die Leitlinie besagt also etwas über das Verhältnis der beiden Klassen zueinander bei der Aufbauarbeit. Die Arbeiterklasse kann die Bauern nur führen, wenn sie die industrielle Produktion dazu verwendet, der Landwirtschaft zu helfen. Die Entwicklung der ländlichen Gebiete, die Hilfe bei der Mechanisierung, das sind äußerst wichtige Aufgaben, ohne deren Erfüllung auch von einer Entwicklung der Industrie bald keine Rede mehr sein könnte.

In dem Buch



Das erste Vierteljahrhundert des neuen China
267 Seiten *4,60 DM*
Bestell-Nr. 17 G-1355 PA

werden einige Beispiele für diese Hilfe gegeben, wo der führende Faktor sich darin als führend erweist, daß er die Grundlage hebt. Über Schanghai, das größte industrielle Zentrum des Landes, kann man erfahren:

„Bei der Entwicklung der Industrie hat Schanghai Unterstützung aus dem ganzen Land erfahren. Schanghai wiederum unterstützt den sozialistischen Aufbau des Landes mit großen Mengen von Gütern der Schwer- und Leichtindustrie, mit zahlreichen Fachleuten und großen Summen akkumulierter Fonds. Von Schanghai wurden seit der Befreiung in viele Teile des Landes maschinelle Ausrüstungen und andere Produkte geschickt und fast eine Million Facharbeiter und Techniker entsandt; es wurden in Schanghai Hunderte Fabriken abgebaut und in anderen Orten des Landes wieder aufgebaut. Außerdem wurde in Schanghai eine große Anzahl Techniker für die Arbeit in anderen Teilen Chinas ausgebildet."

Es ist unmöglich, auf all die von den Massen in der Revolution, bei der Produktion und dem wissenschaftlichen Experimentieren geschaffenen neuen Dinge einzugehen, über die in den Büchern und Broschüren berichtet wird. Jede dieser Neuerungen verdiente eine eigene Behandlung, denn es sind die fortgeschrittensten Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, die gegenwärtig in China gemacht werden. Und da es Erfahrungen in einem siegreichen Kampf sind, sind die Berichte für jeden fortschrittlichen Menschen nicht nur äußerst lehrreich, sondern auch mit großem Vergnügen zu lesen. – (wm)